

Arzt: Springer-Verlag AG, Postfach 10 00 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern: Polizei (0 20 54) 10 15 24 / Vertikaleitung
304-1 / Anrufnummern: Telefon (0 20 54) 10 15 24 / Vertikaleitung
Hamburg (040) 247-1 / Fächelblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 hfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 ffr, Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 36,00 hfr.
Niederlande 2,00 fl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12,50 Sch, Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 sfr, Spanien 160 pta, Tschechien 150 Kčs

TAGESSCHAU

POLITIK

Koalitionskrise: Der stellvertretende israelische Ministerpräsident und Außenminister Schamir hat einen Aufenthalt in Venezuela abgebrochen, um in Jerusalem eine Koalitionskrise überwinden zu helfen. Die kleine orthodoxe Partei „Schas“ hat gedroht, die Koalition zu verlassen, wenn sie nicht den Posten des Religionsministers erhält. (S. 12)

Kinereiseverbot: Die israelischen Behörden wollen die Abgeordnete der Grünen im Europaparlament, Brigitte Heinrich, nicht einreisen lassen. Sie sei wegen „Kooperation mit dem Terrorismus“ verurteilt worden. (S. 5)

Privataudiens: Papst Johannes Paul II. hat im Vatikan den zweiten Mann der libyschen Führung, Jelloud, in Privataudiens empfangen. Zwischen dem Vatikan und Libyen gibt es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen.

Flüchtlinge: Rund 100 Flüchtlinge aus Irak und Iran sowie Staatenlose, die mit einer Fähre aus Saßnitz („DDR“) nach Schweden gekommen sind, haben die schwedischen Behörden um Asyl ersucht.

Äthiopien: Der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko hat Äthiopien weitere Unterstützung zugesagt. In einem Gespräch mit Staatschef Mengistu im Kramel forderte er eine atomwaffenfreie Zone in Afrika.

Polen: Die Auseinandersetzungen um den Verbleib von Kreuzen in den Klassenräumen einer Schule in Wloclaw sind zunächst beendet. Die rund 300 Schüler, die das Gebäude besetzt hielten, haben das Haus verlassen, ohne eine Übereinkunft mit den Behörden erzielt zu haben. (S. 6)

Blockade: Der Lastwagenverkehr zwischen Frankreich und der Schweiz ist gestern weitgehend zum Erliegen gekommen. Aus Protest gegen die Einführung von Schwerkraftsperren in der Schweiz blockierten französische Lastwagen 200 Grenzübergänge. (S. 20)

Protest: Rund 3000 Umweltschützer haben eine Unterbrechung der Rodungsarbeiten für das österreichische Wasserkraftwerk Hainburg erzwungen. Die Arbeiten wurden vorübergehend eingestellt.

Streik: Ein Ende des Arbeitskampfes im britischen Kohlebergbau steht nicht in Sicht. Die Arbeitgeber rechnen damit, daß er auch über Weihnachten weitergeht. 120 000 Kumpel sind im Streik.

Medien: Der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) rechnet mit einer Einigung über den Rundfunk-Staatsvertrag noch in diesem Monat. Er geht davon aus, daß der Entwurf dann auch die Zustimmung seiner Partei finden wird. (S. 12)

Wirtschaft soll Abiturienten Alternative zum Studium bieten

Neue Vorschläge der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bildungspolitik im Bund und in den Ländern wollen die Weichen für das Auszubildendenverhalten der Jugendlichen umstellen. Die „Attraktivität der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten“ soll so gestärkt werden, daß sie „dauerhaft eine Alternative zum Studium“ werden, heißt es in einer Empfehlung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK). Die „besondere Attraktivität für Hochschulabsolventen“ ergebe sich vor allem dann, wenn „interessanten und entwicklungsreichen Berufsaussichten“ eröffnet werden, die „mit der Möglichkeit, ein Studium zu verbinden“.

Für die deutsche Wirtschaft könnte sich dadurch „ein Potential an Belegschaften mit einem höheren Grad an Ausbildung und Qualifikation“ erschließen. „Denn infolge des technologischen Trends werden in den nächsten Jahren die Anforderungen an die Beschäftigten im Bereich der Technik und der Informatik immer höher werden.“ Die Betriebe könnten sich „ein weiteres Potential an Fach- und Führungskräften erschließen“, wenn die berufliche Aus-

bildung zu einer wirklichen Alternative zum Studium wird.

Die Jugendlichen scheinen angesichts der verschlechterten Berufsaussichten für Akademiker bereit zu sein, ihre Ausbildungsprioritäten neu zu setzen. Nach vorliegenden Abiturienten-Umfragen ist heute bereits jeder fünfte ohne Studienabsicht, sieht allerdings wegen der mangelnden Karriere-Aussichten noch keine Alternative in der nicht-akademischen Ausbildung.

Obwohl der Beschluß der BLK einstimmig gefaßt und von den beiden Vorsitzenden Dorothee Wilms (Bundesbildungsministerin) und Rolf Krumsiek (nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister) unterschrieben wurde, haben die Ministerpräsidenten das Papier nicht auf der Tagesordnung ihrer morgigen Konferenz, sondern werden sich nur mit der Lage auf dem Ausbildungsmarkt beschäftigen. Politische Querelen zwischen den Ländern, verfechten von leitenden Beamten und den Chefs der Staatskanzleien, haben das drängende Problem auf Anfang 1985 vertagt.

Dahinter steht zum einen das Ge-

fühl Baden-Württembergs, mit den eigenen Berufskadern gegenüber den anderen Ländern auf dem Sektor der Uni-Alternativen isoliert zu sein. Dies führt dazu, daß Stuttgart voraussichtlich im Bundesrat auch die Novelle des Hochschulrahmengesetzes versuchen wird, in Richtung auf die Berufskadern „nachzubessern“.

Vor allem aber rührt die Blockade des BLK-Beschlusses aus den Vorbehalten Bayerns, Baden-Württembergs und Niedersachsens gegen die Einrichtung BLK überhaupt. Als im vergangenen Jahr die Entscheidung der Ministerpräsidenten fiel, dieses Bund-Länder-Gremium erst einmal weiterzuführen, wurde dies mit dem unverfügbaren - Protokoll-Zusatz dieser drei Länder ergänzt, daß man nur aus Rücksicht auf das Bild der Einheit zugestimmt habe, aber eigentlich nach wie vor für die Abschaffung der BLK sei. Beschlüsse dieses Gremiums stoßen also sofort auf grundsätzliche Vorbehalte in diesen Ländern - selbst wenn die eigenen Kultus- bzw. Wissenschaftsminister diese mitunterschrieben haben.

Genscher spricht mit Flüchtlingen

Bundesaußenminister heute in Prag / WELT-Korrespondent wurde Visum verweigert

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird heute zu einem besonders unstrittigen zweieinhalbtägigen Besuch nach Prag fliegen. Er wird dort auch mit den „DDR“-Bürgern zusammenkommen, die in der Botschaft der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben und von denen sich rund 40 im Hungerstreik befinden. Das Gespräch mit den „DDR“-Flüchtlingen wird voraussichtlich erst nach Abschluß des vereinbarten Programms und ohne Teilnahme von Journalisten stattfinden.

Offiziell lehnte das Auswärtige Amt gestern allerdings - offenbar mit Rücksicht auf die CSSR-Behörden - jede Stellungnahme zu diesem Punkt ab. Operativ sind ohnehin nicht Genscher und sein Amt, sondern das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für innereuropäische Beziehungen zuständig. Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Innerdeutschen Ministerium, der in dieser Angelegenheit mehrfach in Prag und Ost-Berlin war, hatte Ende letzter Woche mitgeteilt, daß die „DDR“-nicht

bereit sei, über die Zusage und Einhaltung der Straffreiheit hinaus weitere Konzessionen zu machen.

Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen agiert die CSSR-Regierung in der Frage der Botschafts-Flüchtlinge sehr zurückhaltend und hält das Ganze für eine zwischen der Bundesregierung und der „DDR“-Regierung zu erörternde Sache. Dem Bundesaußenminister, der selbst aus der Gegend von Halle in der „DDR“ stammt, wird es vermutlich vor allem darauf ankommen, sich persönlich über die Stimmungslage in der Botschaft zu informieren.

Das offizielle Programm Genschers sieht Begegnungen mit Außenminister Chnupek, Staats- und Parteichef Husak und Ministerpräsident Strougal sowie eine Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten vor.

Außerhalb des Programms wird der Bundesaußenminister, ebenso wie bei seinem letzten Besuch 1983, mit Kardinal Tomasek zusammenkommen und einen Kranz am Grab eines deutschen Soldaten niederlegen. Auch über die letzten beiden Punkte

hat es nach Bonner Informationen keine Schwierigkeiten mit den CSSR-Behörden gegeben. Der Widerstand Warschaws gegen den Besuch an einem deutschen Soldatengrab hatte zu den Gründen für die Absage von Genschers Polen-Reise gehört.

Dem WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ström hat die CSSR ein Einreisevisum zur Berichterstattung über die Genscher-Reise verweigert. Auch andere Journalisten werden vom Bundesaußenminister nicht im Flugzeug mitgenommen, sondern müssen separat nach Prag fliegen.

Es ist das erste Mal, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher heute in einer Sondermaschine der Luftwaffe ohne Journalisten in ein Ostblockland fliegt. Der Grund liegt offensichtlich darin, daß er befürchtet, bei der Mitnahme von Korrespondenten nach Prag wieder, wie im Fall der Polen-Reise, zu einer Absage gezwungen zu sein. Offiziell allerdings wurden technische Ursachen und inoffiziell gesamtpolitische Erwägungen als Begründung dafür genannt.

„Probleme mit DDR offen ansprechen“

Union will mit eigenen Initiativen Menschenrechtsfrage betonen / Konflikt mit FDP?

fac. Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wächst die Neigung, 1985 durch eigene Initiativen im Parlament die Problematik der Menschenrechte in der „DDR“ akzentrierter anzusprechen, als dies durch gemeinsame parlamentarische Anfragen mit dem Koalitionspartner FDP möglich wäre. Offensichtlich nimmt man dabei einen möglichen Konflikt mit den Freien Demokraten durchaus in Kauf.

Indiz für solche Absichten ist unter anderem ein Interview des CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Reddemann, der auch Vorsitzender des Innerdeutschen Ausschusses ist, gestern im Deutschlandfunk. Reddemann reagierte damit auf Erklärungen seines Fraktionskollegen Ewald Linder, der sich für eigene Initiativen im Parlament ausgesprochen hatte, bemühte sich aber, den Eindruck von „Alleingängen“ zu vermeiden. Er verwies darauf, daß man seit längerer Zeit mit Kollegen der FDP versucht habe, eine gemeinsame Große Anfra-

ge vorzubereiten und daß dies derzeit nicht besonders glücklich gelaufen ist.

Reddemann: „Wir haben 13 Jahre lang nicht miteinander, sondern in der Deutschlandpolitik teilweise gegeneinander gestanden, und wenn auch die Zielvorstellungen gleich sind, ist es doch die Frage, wie man in der Methode mit der DDR-Regierung umgeht, damit man zumindest das eine Ziel besser erreicht: Menschliche Erleichterungen zu schaffen.“ Hier gebe es „gelegentlich unterschiedliche Auffassungen“. Der CDU-Politiker bemerkte unter Anspielung auf FDP-Mahnungen zur Zurückhaltung weiter: „Hier geht es auch nicht um eine härtere Gangart, sondern hier geht es einfach um die Frage, ob man Ereignisse, die in der DDR derzeit von der Regierung forciert werden, einfach links liegenläßt und sagt, wegen der allgemeinen Bemühungen, ein besseres Verhältnis zur DDR-Regierung zu schaffen, wollen wir über solche unangenehmen Dinge nicht reden, oder aber, ob man nicht zum

Beispiel die verstärkte Militarisierung und die Haßerziehung, die derzeit sehr stark drüben propagiert wird, ob man die nicht einfach hier in der Bundesrepublik dadurch bewußt machen muß, daß man dies auch im Parlament behandelt.“

Reddemann fügte hinzu, die Bundesrepublik Deutschland setze sich in eine schlechte psychologische Situation, wenn „wir die Attacken der anderen Seite einfach hinnehmen, ohne darauf zu reagieren, was tatsächlich an Negativem sich leider weiter in der DDR entwickelt“. Er habe volles Vertrauen zu Bundesminister Schauböle und wolle diesem auch nicht öffentlich Ratschläge geben. „Aber ich muß immer wieder darauf hinweisen: Das, was der Kollege Schauböle als Mitglied der Bundesregierung bei seinen Verhandlungen tut, ist Sache der Bundesregierung“, hob der Unionspolitiker hervor. „Ich habe nicht den Eindruck, daß die Bundesregierung die Absicht hat, irgendjemandem im Parlament deswegen den Mund zu verbieten.“

Prognose: Konjunktur gewinnt an Fahrt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Für die nächsten sechs Monate erscheint der Konjunkturbericht der deutschen Börse ein Kurspotential von zehn Prozent auskauf zu hoch. Favoriten seien aus heutiger Sicht Finanzwerte, Aktien des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der Großchemie. Ihre Zuversicht gründet die Commerzbank in ihrer Broschüre „Rund um die Börse 1984“ auf das freundliche Konjunkturprofil, auf die relativ niedrige Gewinnbewertung deutscher Aktien sowie auf den sinkenden Zinstrend.

Nach Ansicht der Bank bleibt die deutsche Wirtschaft auf dem eingeschlagenen Wachstumspfad, wobei sich das Tempo des Konjunkturaufschwungs 1985 sogar noch leicht beschleunigen könnte. Ausrichtungsinvestitionen und Export böten die besten Voraussetzungen für sich selbst verstärkende Konjunkturförderung. Bei einem außerdem weiter wachsenden Konsum

hilt die Commerzbank trotz der Dämpfung in der Bauwirtschaft ein reales Wirtschaftswachstum von 2,8 bis drei Prozent für erreichbar. Als tragende Säule des konjunkturellen Aufschwungs sieht die Bank vor allem die verbesserten Unternehmenserträge an, für die letztlich der Staat mit seiner Konsolidierungspolitik den Spielraum geschaffen habe. Auch 1985 bleibe die staatliche Finanzpolitik als Rahmentendenz eine entscheidende Stütze.

Daraus leitet die Commerzbank auch Zuversicht für die weitere Zinsentwicklung ab. Die Verringerung der Neuverschuldung lasse eine spannungsfreie Zinsentwicklung an den Finanzmärkten erwarten. Zudem übe die nur leichte Budgetaufweitung einen anhaltenden Bremsdruck auf die Preisentwicklung aus. Deshalb, so schreibt die Commerzbank, sei bei den Zinsen am langen Ende des Kapi-

talmarkts zumindest vorübergehend eine sechs vor dem Komma möglich.

Bei nochmals erhöhter Kapazitätsauslastung könnten die Industrieerträge durchschnittlich noch einmal um etwa ein Zehntel steigen, so daß - angesichts stabiler und sinkender Zinsen für Geldkapital - Investitionen in Sachkapital reizvoller werden. Obwohl der Schwerpunkt bei Modernisierungen liegen werde, scheine sich inzwischen auch das Interesse an Erweiterungsinvestitionen allmählich zu beleben, zumindest in Branchen, die fast eine Vollauslastung ihrer Kapazitäten erreicht haben.

Die Bank sieht Risiken des recht vorteilhaften Konjunkturbildes in einigen möglichen - aber wenig wahrscheinlichen - scharfen Dollarschwächen. Sollte sie eintreten, könnte sie für den Rentenmarkt, aber auch für die Aktienbörse eine weitere Stütze sein, weil dann D-Mark-Anlagen vom Ausland her gesucht würden.

DER KOMMENTAR

Der Trick

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Botschaft der CSSR in Wien hat der Redaktion auf Anfrage mitgeteilt, daß der Osteuropa-Korrespondent der WELT kein Visum zur Berichterstattung über den Besuch des Bundesaußenministers Genscher in Prag erhalten werde. Das Faktum ist also da: Ein kritischer Journalist wird von der Berichterstattung ausgeschlossen, gleichwohl fährt der Bundesaußenminister nach Prag.

Inoffiziell wird in Bonn ein überraschendes gesamtpolitisches Interesse an dieser Reise geltend gemacht. Offiziell fehlt der Mut zu einer solchen Aussage, was auf den wirklichen Gehalt des vorgeblichen gesamtpolitischen Interesses schließen läßt. Genscher verschandelt sich hinter der völlig unglaubwürdigen Ausrede, es sei auf technische Gründe zurückzuführen, daß keine Journalisten mitgenommen würden. Die technischen Gründe hat er selbst geschaffen, indem er in einem kleinen Jet nach Prag fliegt und seine Delegation so aufbläht, daß sie jeden der dreißig Flugplätze besetzt.

Geben wir also der Wahrheit die Ehre: Der Bundesaußenminister will sich von der Hartnäckigkeit einer Zeitung oder eines Journalisten seine Pragtour nicht vermasseln lassen. Im November war Genscher standhaft genug gewesen, seine

Reise nach Polen abzusagen, unter anderem auch deswegen, weil Warschau den Osteuropa-Korrespondenten der WELT nicht in seiner Delegation dulden wollte. Um im Fall Prag eine Wiederholung zu vermeiden, richtete Genscher es so ein, daß es ihm angeblich unmöglich ist, Journalisten in seine Delegation aufzunehmen. Er gibt sich mit der Zustimmung Prags zufrieden, daß diejenigen Journalisten, die 1983 den Bundesaußenminister in die CSSR begleitet hatten, auf privaten Antrag auch diesmal das Visum erhalten würden. Daß diese Formel den WELT-Korrespondenten von der Berichterstattung ausschließt, duldet er.

Oschon dem Bundespräsidenten für die bedauernde Erklärung zu danken ist, bleibt der Tatbestand wie folgt:

1. Zwar sind die Prozeduren anders, in der Sache jedoch nimmt der Bundesaußenminister im Fall Prag hin, was er im Fall Warschau nicht akzeptiert hatte.

2. Es ist zu befürchten, daß der Bundesaußenminister mit seinem trickreichen Verfahren einen Präzedenzfall für den Ausschuß kritischer Journalisten durch Staaten des sowjetischen Machtbereichs geschaffen hat.

USA sehen Hindernisse für Besuch Reagans

BERNT CONRAD, Bonn

Auf amerikanischer Seite bestehen Befürchtungen, daß sich bei einem Staatsbesuch von Präsident Ronald Reagan in der Bundesrepublik gewalttätige Demonstrationen, wie sie sich am 25. 8. 1983 beim Besuch von Vizepräsident George Bush in Krefeld ereigneten, wiederholen könnten. Diese Befürchtung ist nicht etwa eine Rücksichtnahme auf den 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 - gehört nach zuverlässigen Informationen zu den Hindernissen, die einem Staatsbesuch Reagans im Zusammenhang mit dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai noch entgegenstehen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hofft dennoch, daß der Präsident an den Wirtschaftsgipfel noch einen offiziellen Besuch anhängen wird. Er hat dies auch gegenüber US-Außenminister George Shultz am letzten Samstag in Ludwigshafen zum Ausdruck gebracht. Eine Entscheidung Reagans liegt aber noch nicht vor.

Regierungssprecher Peter Boenisch versicherte gestern vor der Bundespressekonferenz, es gebe bisher keine Pläne für gemeinsame Feiern mit den westlichen Alliierten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Er schloß allerdings mögliche gemeinsame Projekte nicht grundsätzlich aus.

Wie berichtet, würde der Kanzler gern zusammen mit Reagan auf einem Soldatengrabmal der Opfer des Zweiten Weltkrieges gedenken, falls sich der Präsident zu einem Anschlußbesuch entschließt (siehe die WELT vom 17. 12. 1984).

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Otto Graf Lambsdorff forderte die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß mit den neuen schnurlosen Telefonen kein Monopol der Bundespost geschaffen wird.

Gebührennachlaß für 600 000 Postkunden

pje. Bonn

Die Bundespost senkt ihre Gebühren und entlastet die Fernsprechnutzer um jährlich rund 182,5 Millionen Mark. Der Post-Verwaltungsrat stimmte gestern der von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling vorgelegten „Pädung der Fernmeldeordnung“ zu. Neben der Gebührensenkung auch die Einführung des schnurlosen Telefons „Sinus“ vor-

Nach der neuen Gebührenordnung erhalten Telefonkunden in strukturschwachen Ortschaften (weniger als 30 000 Hauptanschlüsse) vom 1. Juli 1985 an zusätzlich 50 freie Gebühren-einheiten im Monat. Die Regelung bedeutet für 600 000 Postkunden einen Gebührennachlaß von 11,50 Mark monatlich. Darüber hinaus erhalten Ortsnetze im Zonenrandgebiet innerhalb der nächsten drei Jahre einen um fünf Kilometer erweiterten Nahbereich mit Billiggebühren. Da auch hier nicht selten Gebührennachlaß für strukturschwache Gebiete erfolgt, ergibt sich eine hohe Zahl von „Doppelbegünstigten“.

Schließlich steht von sofort an für ein zusätzliche Monatsgebühr von 88 Mark allen Kunden das Telefon „Sinus“ zur Verfügung, das schnurlose Telefonieren bis zu einer Entfernung von 200 Metern erlaubt. Für Tastenwahlapparate wird die Gebühr zum Juli auf einheitlich 2,50 Mark gesenkt.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Otto Graf Lambsdorff forderte die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß mit den neuen schnurlosen Telefonen kein Monopol der Bundespost geschaffen wird.

Erzbischof von San Salvador lobt Schritte der Guerrilla

Rivera y Damas besorgt über „Todeschwadronen“

DW. San Salvador/Mexiko-Stadt. Der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, hat die Freilassung von 43 gefangenen Soldaten und die Gewährung eines Waffenstillstands über die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage durch die Guerrilla als Schritte in Richtung auf eine „Humanisierung des Krieges“ gelobt. Die Soldaten, die er in der vergangenen Woche persönlich in Empfang genommen hatte, hätten übereinstimmend berichtet, sie seien von der Guerrilla „menschlich“ behandelt worden. Eine solche Haltung müsse auch in den staatlichen Gefängnissen Eingang finden, betonte der Erzbischof.

Besorgt zeigte sich Rivera y Damas über die jüngsten Aktivitäten der „unheimlichen Todeschwadronen“. In der vergangenen Woche waren in San Salvador die Leichen von drei Jugendlichen auf einer Müllhalde gefunden worden. Am Wochenende wurde die Gründung einer neuen rechtsextremen Organisation bekannt, des „Sonderkommandos Brigada Domingo Monterrosa Barrios“. Sie will eigenen Aussagen nach die

Regierung von „kommunistischen Elementen“ säubern. Der Erzbischof beklagte abschließend eine von der Armee veröffentlichte Bilanz, nach der in der vergangenen Woche bei Gefangenen zwei Soldaten und 70 Guerrilleros getötet wurden. Bei von den Streitkräften als „Guerrilleros“ aufgeführten Opfern handelt es sich nach Angaben der Kirche meist um Zivilisten.

Der Vorsitzende der mit der Guerrilla verbündeten „Demokratischen Revolutionären Front“ (FDR), der Sozialdemokrat Guillermo Ungo, hat am Sonntag die jüngste Stellungnahme des Papstes zur Lage in Mittelamerika gelobt. Die Verurteilung der Gewalt durch Johannes Paul II. sei eine „positive Maßnahme, die zur Erlangung des Friedens in der Region führen“ könnte, meinte Ungo. Er warf dem Papst vor, seine Aufmerksamkeit bisher mehr auf Polen gerichtet zu haben, ein Land, in dem es „keine massiven Morde und Menschenrechtsverletzungen“ gebe wie in El Salvador, wo seit 1980 rund 50 000 Menschen von Armeen und Todeschwadronen ermordet wurden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Warten auf Godotskij

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Westen wartet seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf Godot – auf einen neuen, „reformfreundigen“, kooperativen sowjetischen Politiker, der das erstarrte System des Marxismus-Leninismus durchbricht und die Sowjetunion aus der ideologischen Konfrontation mit dem Westen herausführt. Zur Zeit gibt es einen neuen Hoffnungskandidaten: den „Benjamin“ des sowjetischen Politbüros, Michail Gorbatschow.

Gerade konnte man ihn in London bewundern: Mit korrekter, unauffälliger Eleganz gekleidet, freundlich lächelnd, mit einem Hut auf dem Kopf, der eher nach italienischen als den Produktionsbedingungen des real existierenden Sozialismus aussieht. Ist er also endlich da, der sowjetische Godot – der Mann, der so anders wirkt als die bärbeißigen Gromykos, Ustinows und Tschernenkos aus der alten Generation?

Manchmal scheint es, als sei im konfliktmüden Westen der Wunsch nach Ruhe der Vater des Gedankens. Gorbatschow mag gebildeter, elastischer und „weltöffender“ als die Kreml-Führer der alten Generation sein, wenn auch einer seiner letzten außenpolitischen Auftritte in Sofia dazu führte, daß der bulgarische Partei- und Staatschef Schiwkow eine bereits fest geplante Reise nach Bonn absagen mußte.

Aber so wie jetzt auf Gorbatschow – und morgen vielleicht schon auf den nächsten – hoffte der Westen 1953 nach Stalins Tod auf Malenkov, und, als aus diesem nichts wurde, auf Chruschtschow. Nach dessen Sturz 1964 hoffte man auf den „Wirtschaftsfachmann“ Kossygin oder – wer erinnert sich noch an ihn? – auf einen gewissen Dmitri Poljanskij. Zum Schluß klammerte man sich gar an den alten Breschnew; und dann entdeckte man in der Gestalt Andropows einen „Liberalen“, der in seiner Freizeit amerikanische Jazz-Musik höre und schottischen Whisky lieber als Wodka trinke.

Alle diese Gedankenspieler haben nichts außer Verwirrung und Illusionen gestiftet. Statt sich aber zu fragen, ob man nicht mehr auf die Strukturen der Sowjetunion als auf Einzelpersonen achten sollte, stürzt man sich bereits in das nächste Abenteuer: Diesmal mit einem neuen „Liberalen“ namens Gorbatschow.

Über die Überstunden

Von Peter Gillies

Selten ist Gegnerschaft so tief, daß sie nicht doch Verständigung wenigstens minimaler Art zuließe. Wie in der Diplomatie gilt auch für die Sozialpartner, daß es kein Kunststück darstellt, sich über das große Grundlegende zu streiten, wohl aber Geschick dazu gehört, kleinste Signale auszutauschen. Die gemeinsame Erklärung von Ernst Breit, dem DGB-Vorsitzenden, und Arbeitgeberpräsident Otto Esser ist ein solches Signal. Ohne falsches Harmoniepathos: Die Fronten sind nach dem Sommerstreik nicht mehr so starr; auch Norbert Blum hat daran mitgewirkt.

In dem Appell geht es um mehr Neueinstellungen durch weniger Überstunden. Dieser Weg „legt es nahe, zukünftig die Abgeltung durch bezahlte Freizeit stärker in Betracht zu ziehen“, heißt es vorsichtig. Die Betriebe werden aufgefordert, nach der „größtmöglichen Beschäftigungspolitischen Wirksamkeit“ zu verfahren. Warum tun sie das eigentlich nicht schon heute, fragt man sich.

Überstunden werden heute gefahren, weil Produktions- und Auftragsverlauf sie erfordern. Kunden, Lieferanten und technische Prozesse sind manchmal recht sprunghafte Gesellen, die weder auf Sonntag, Nacht, Jahreszeiten noch auf Tarifvertrag Rücksicht nehmen. Die Mitarbeiter springen durch Überstunden ein. Aber in der Praxis hat sich in manchen Betrieben ein dauerhafter Sockel von Überstunden ergeben, an dessen Abbau niemand Interesse hat: Die Mitarbeiter nicht, weil sie den Mehrverdienst schätzen und ihn oft fest eingeplant haben, der Betrieb nicht, weil ihm Neueinstellungen zu riskant sind.

Da ein Verbot von Überstunden einem gesetzlich verordneten Wachstumsverzicht, der die Arbeitslosigkeit steigern würde, gleichkäme, bleibt nur der Appell an den guten Willen. Das wird insofern schwierig, weil die Betriebsräte die Interessen der Beschäftigten und kaum die der Arbeitslosen vertreten (wie auch die Gewerkschaften die der Arbeitsbesitzer). Aber sicher gibt es einen Handlungsspielraum dort, wo Unternehmensführung und Betriebsrat gemeinsam Überstunden in Einstellungen umzuwandeln vermögen. Wenn es beide wollen, seien sie herzlich dazu aufgefordert, meinen Esser und Breit.

Buscettas Lawine

Von Friedrich Meichsner

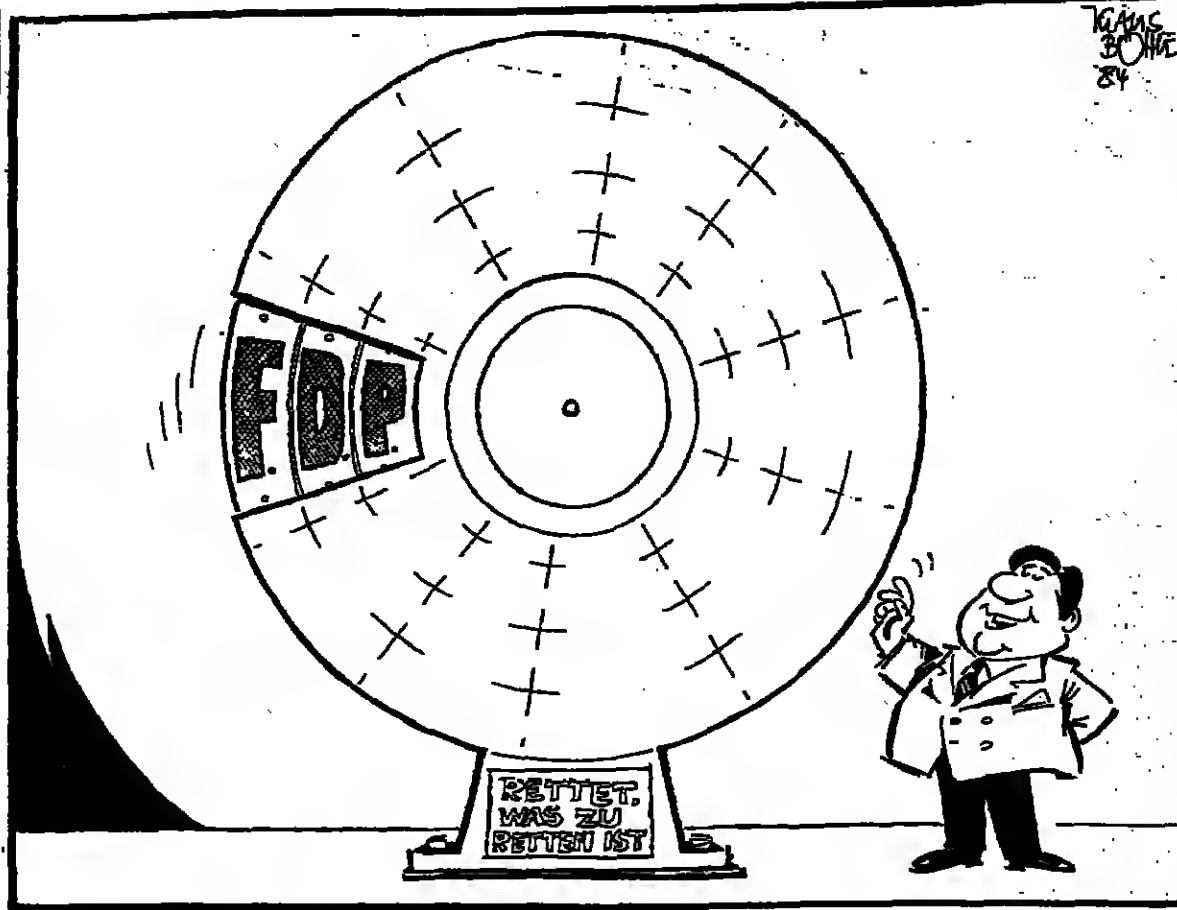
Als sich vor drei Jahren einige der dingfest gemachten Entführer des US-Generals Dozier in der Hoffnung auf Strafmilderung zum Reden entschlossen, öffneten sie eine Bresche in der terroristischen Verschwörung des Schweigens. Dadurch konnte der linken Terrororganisation innerhalb weniger Monate das Rückgrat gebrochen werden.

Als im Sommer dieses Jahres der „Pate“ Tommaso Buscetta vor dem Ermittlungsrichter auszupacken begann, warnte zu nächst sogar der römische Innenminister davor, dies für den entscheidenden Durchbruch im Kampf gegen die in Sizilien tief verwurzelte und international weit verbreitete Verbrecherbande zu halten. Die Mafia, so warnten viele, sei eine ernsthafte Bedrohung als die Roten Brigaden. Ihre Mentalität habe nicht nur auf Sizilien ganze Bevölkerungsschichten durchdrungen, und ihr Arm reiche bis in die obersten Schaltzentralen der Macht.

Inzwischen sind fast drei Dutzend inhaftierte Mafiosi dem Beispiel Tommaso Buscettas gefolgt. Durch ihre Aussagen wurden nicht nur mehr als hundert Morde aufgeklärt und serienweise Haftbefehle gegen niedere Mafia-Chargen ausgestellt. Zum ersten Mal erfaßte die Aktion der Justiz auch Personen, die über jeden Verdacht erhaben schienen: zwei hohe sizilianische Richter, einen Carabinieri-Oberst, andere Angehörige dieser Elitetruppe und der Polizei sowie einen renommierten Strafverteidiger.

Wer will, mag einen doppelten Skandal sehen: einmal, daß der Staat offenbar nur durch Mobilisierung niedriger Instinkte, wie sie der Hoffnung auf Belohnung für Verrat zweifellos innewohnen, einer kriminellen Organisation Herr zu werden vermag. Und skandalös ist auf der anderen Seite auch die offenkundig werdende Verflüchtigung hoher Staatsdiener und Angehöriger der gesellschaftlichen Elite mit der Bandenkriminalität.

Aber schon im alten Rom wußte man um die reinigende Wirkung des Skandals. „Oporet ut scandala eveniant“ zitiert deshalb Catianus Generalstaatsanwalt Filippo Di Cataldo – gut, daß die Skandale durchschaubar werden.



Aktion Sorgenkind

KLAUS BÖHLE

Japans neuer Aufbruch

Von Heinz Barth

Zwei Jahre, nachdem Yasuhiro Nakasone japanischer Regierungschef wurde, hat sich sein Konzept einer Aufwertung der internationalen Rolle seines Landes auf der ganzen Linie durchgesetzt. Mit dem Besuch, den der Premierminister demnächst Washington abstattet, beginnt eine neue und voraussichtlich umwälzende Phase dieser Entwicklung, die durch die Entscheidung, sich stärker in die Weltpolitik einzuschalten, gekennzeichnet ist.

Mehr noch als im Fall der Bundesrepublik hat der Schock, den die durch den nuklearen Paukenschlag besiegelte Niederlage von 1945 hinterließ, die japanische Verhältnis zwischen außen und wirtschaftspolitischer Kreativität aus dem Gleichgewicht gebracht. „Die Diplomatie Japans“, befand Außenminister Shintaro Abe in einem vor kurzem gegebenen Interview, „muß schöpferischer werden. Dem Status Japans entsprechend ist unsere internationale Verantwortung wesentlich größer geworden.“ Das sind völlig neue Töne von der Führung eines Landes, das sich viele Jahre nicht durch Drang zu machtpolitischer Dynamik hervorhat.

Man darf daraus schließen, daß Ronald Reagan demnächst in dem japanischen Ministerpräsidenten einen Gesprächspartner finden wird, der dem amerikanischen Bedürfnis nach geostategischer Entlastung mehr Verständnis entgegenbringt als die meisten Europäer. Offiziell hält Tokio aus innenpolitischen Rücksichten zwar noch immer an selbst auferlegten Pfählen der Militärausgaben von nur einem Prozent des Bruttosozialproduktes fest. Aber die japanische Regierung hat mittlerweile ihre Bereitschaft erkennen lassen, innerhalb dieses Grenzwertes die „Qualität“ ihres Sicherheitsbeitrages anzuhäufen.

Das Hauptgewicht dürfte allerdings auch in Zukunft auf einer kooperationswilligeren Einsparung der Außenpolitik in das westliche Gesamtkonzept liegen. Nakasones Begegnung mit Reagan dient vor allem der Vorbereitung des im Mai fälligen Bonner Gipfels. Als eines ihrer Ergebnisse ist ein weiter ausgreifender Beitrag Japans zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles zu erwarten. Im wesentlichen beschränkte sich die Rolle Tokios bisher auf die Förderung der asiatischen Entwicklungsländer. Sie

stark, wie Außenminister Abe versprach, fortan auch auf den Kampf gegen Hunger und Armut in den nördlichen Regionen Afrikas ausgedehnt werden.

Japan ist außerdem die einzige der großen Industrienationen, die gleich gute Beziehungen zu Iran und Irak unterhält; es hat infolge seiner überdurchschnittlichen Abhängigkeit von den Energiereserven des Mittleren Ostens ein dringlicheres Interesse als die Supermächte an einem baldigen Abschluß des Golfkrieges. Es beachtet nicht, sich als Vermittler zu exponieren, weiß sich aber in einer bevorzugten Position, um zu einer Entschärfung der Atmosphäre beizutragen. Das gilt nach dem Tod Indira Gandhis auch für die Verbesserung des politischen Klimas in ganz Asien, das bisher durch den missionarischen Reformismus der Nehru-Tochter belastet war.

Den mit Abstand größten Gewinn an diplomatischem Bewegungsraum bedeutet für Japan aber die ideologische Umorientierung der chinesischen Volksrepublik unter der realistischen Führung Deng Xiaopings. Keines der tragenden Ereignisse von 1984, weder Reagans Wahlsieg, noch der Kollaps der Ölpreisse, noch die Wiederanknüpfung des Großmächte-Dialogs, wird im historischen Rückblick später der Bedeutung vergleichbar sein, die Chinas Abkehr vom Rauschert-Marxismus hat. Gewiß hat die Peking-„Volkszeitung“ ihre Kritik an der

marxistischen und leninistischen Lehre inzwischen wieder relativiert – aber nur ein wenig. Beim Grundgedanken, Marx als nicht mehr verbindlich darzustellen, blieb es. Der Sieg des Dengismus über den Maoismus aber, und damit die anlaufende Umquartierung von einer Milliarde Chinesen ins Lager des aufgeklärten Kapitalismus, verändert das Weltbild mit jedem Tag.

Das ist die neue Klaviatur Asiens, in deren Tasten Japan jetzt ohne die früheren Hemmungen greifen kann. Das Verhältnis zur Sowjetunion ist das bei weitem schwierigste Kapitel der japanischen Außenpolitik. Daran dürfte sich nichts ändern, solange Moskau einen Friedensvertrag verweigert, der die Rückgabe der 1945 besetzten Kurilen einschließt. Hier kennt Japan kein Nachgeben und keine Äußerung, wie man dergleichen in Deutschland hört: daß die Frage „nicht mehr offen“ sei. In dem Maß, in dem Japan zum bestimmenden Faktor einer neuen fernöstlichen Friedensordnung werden könnte, die starrte Haltung der Sowjets in dieser Frage sich für sie als Fehlkalkulation erweisen, denn nach Jahrzehnten fast unüberbrückbarer scheinender Gegensätze haben sich die japanischen Beziehungen zu Rotchina inzwischen entscheidend verbessert.

Dengs Pragmatismus weist Japan eine bedeutsame Rolle beim Einzug Chinas ins technologische Zeitalter zu. Diese Rolle beschränkt sich heute nicht mehr ausschließlich auf die Wirtschaftskooperation. Unter Nakasone ist die japanische Diplomatie aktiv geworden, um Fäden zwischen Peking und Südkorea zu knüpfen, die bisher keine offiziellen Beziehungen haben. Für Tokio ist die davon zu erwartende Stabilisierung der Verhältnisse auf der koreanischen Halbinsel von fundamentaler Bedeutung. Das Risiko, das sich für Japans Sicherheit aus der Teilung Koreas ergibt, ist nicht mehr so bedrückend wie noch vor wenigen Jahren. Mehr als die auch weiterhin begrenzte Militärausstattung ist die diplomatische Aufrüstung Japans dabei, dem Gesicht der Weltpolitik einen neuen Zug zu verleihen.



Stärker in die Weltpolitik einschalten: Nakasone FOTO: AP

Liebe Nachbarn, hier wohnt das Zionistschwein

Der Kampf gegen Israel in Grün-Alternativ / Von Werner Kahl

Von den deutschen Grünen seien die meisten „gesunde Antisemiten“, meinte die israelische Zeitung „Jediot Acharonot“, als im Sommer eine Delegation aus Bonn in den israelischen Wahlkampf einzugreifen versuchte. Grünen-Anwalt Otto Schily sprach daraufhin von einer Beleidigung. Inzwischen vermerken israelische Korrespondentenberichte aus Bonn erneut den Rassismusverdacht, als Reaktion auf Programmvorschläge aus den Reihen der Grünen für eine neue Reise ihrer Vertreter in den Nahen Osten.

Das Programm sieht das Sammeln von Informationen über den nahöstlichen Krisenherd vor, enthält aber zugleich eine vorfabrizierte Verurteilung von „Unterdrückung und Terror“ der Israelis. Das Arbeitspapier sei ein weiterer Beweis „für den Israel-Haß, der in dieser Partei wuchert“, kommentierte die Zeitung „Maariv“. Das Papier wurde zwar von den Grünen heruntergespielt, inhaltlich wurde

jedoch nichts von den antisraelischen Schmähungen und Beschuldigungen zurückgenommen.

Im Text hatte es beispielsweise geheißen, man werde in Beirut eine Pressekonferenz abhalten, „auf der wir den Terror der Israelis im Süden des Landes verurteilen“. Auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv wollte man eine „Bilanz ziehen“ mit dem Karmagedanken: „Die israelische Führung ist nicht nur verantwortlich für die Vertreibung von Palästinensern. Unterdrückung und Terror in den besetzten Gebieten, Verewigung antidemokratischer Verhältnisse in den israelischen Gebieten, sondern trägt auch die volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten, wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert.“

Dies sind nicht die ersten Erfahrungen der Israelis mit den Grünen in der Bundesrepublik, speziell mit den Linksradikalen in der Berliner alternativen Szene. Was dort an „Kampfpapieren“ gegen Israel zu-

lage kam, waren keine Zufallsprodukte emotionaler Solidarität mit emotionalen Palästinensern. Am 15. Juli 1982 beispielsweise fand ein Redakteur einer linken Zeitung in Berlin-Kreuzberg seine Wohnungsfenster von Steinwürfen zerstört. Gesprühter Kommentar im Treppenhäus: „Liebe Nachbarn, hier wohnt das Zionistschwein... Werft ihn raus.“ Und die Drohung: „Das nächstmal schlagen wir Dir die Fresse ein.“

Die Stürmer kamen nicht aus der neonazistischen Ecke. Hier entlief eine grüne Gruppe ihre Wut über einen Zeitungsbericht, in dem das Opfer „unbewußten Antisemitismus“ in der Unterstützung für die Palästinenser kritisiert hatte. Im Mitteilungsblatt der Szene, das diesen Beitrag publiziert hatte, sprachen sechs Redakteure daraufhin von „Zionismus“ in der Redaktion und erklärten den Anschlag auf die Wohnung für „verständlich“.

Man muß nicht weit zurückgehen, um die Wurzeln dieser Front-

IM GESPRÄCH Manuel Esquivel

Weltmann für Belize

Von Günter Friedländer

Ministern bringen verhältnismäßig mehr Männer von Welt hervor als große Länder, da sie nur recht begrenzte Erziehungsmöglichkeiten bieten können, müssen strebsame Geister die Ferne suchen, um ihre intellektuelle Unruhe zu stillen. Zu diesen Menschen gehört der an der nordamerikanischen Loyola-Universität in New Orleans und an der englischen Bristol-Universität ausgebildete, charismatische Manuel Esquivel (44), der bis vor neun Monaten an von den Jesuiten geleitetem St. John's Junior College in Belize City Physik lehrte. Bei den am letzten Wochenende in Belize abgehaltenen Wahlen führte er die bisher regierende George Price und seiner Volkspartei eine vernichtende Niederlage zu. Er blamierte auch alle ausländischen Diplomaten, die diesen Wahlausgang nicht vorausgesehen hatten.

Dabei hätte es für die Berufspolitiker, deren Hauptaufgabe die Beurteilung der politischen Lage an diesem neutralen Punkt Mittelamerikas ist, nicht schwer sein sollen, die Stimmung in einem Land zu erfassen, das zwar etwas größer als Hessen ist, aber nur 154 000 Einwohner zählt und dessen größte Stadt Belize City knapp 40 000 Einwohner hat. Überdies geht die Machtübernahme durch die Vereinigte Demokratische Partei, deren Mitbegründer Esquivel ist, weit über einen einfachen Wahlsieg hinaus.

Der mit einer englischen Mathematiklehre, die er auf der Universität kennenlernte, verheiratete Esquivel vertritt in der ehemaligen britischen Kronkolonie das lateinische Bevölkerungselement, das durch die Flüchtlings der mittelamerikanischen Bürgerkriege ständig wächst und bereits vierzig Prozent der Bevölkerung erreicht hat. Esquivel siegte nicht nur, weil die Belizeaner nach 34 Jahren von Price genug hatten und etwas

Vertreter Belizes Latinos: Esquivel (mit Ehefrau) FOTO: AP

Neues ausprobieren wollten. Das Neue ist größere Freiheit der Wirtschaft, um ausländische Anleger anzuziehen, die das Land dringend braucht. Belizes Hauptprodukt ist bisher Zucker, dessen katastrophal niedrige Weltmarktpreise dem Land großen Schaden zufügen.

Esquivel sieht die Rettung beim großen Bruder, den USA, für die der wirtschaftliche Beistand im kleinen Belize eine Bagatelle ist. Aber der Physiker denkt dabei auch an das internationale Kräftegleichgewicht. Nur die USA können auf die Dauer Guatemala davon abhalten, Belize, auf dessen Gebiet es seit hundert Jahren Anspruch erhebt, mit Gewalt zu besetzen. Die neue Konstellation würde den Engländern die Aufgabe erleichtern, mit ihrer Truppe von 1800 Soldaten die Unantastbarkeit des Landes zu verteidigen; sie würde auch in vor-ausschauer Zukunft einen britischen Abzug ermöglichen. Diese Entwicklung würde Belize schließlich zu einem mehr als nur geographisch mit Lateinamerika verbundenen Land machen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Östliche Handreichung

Sie meint zu den bevorstehenden Gendern Geschehen:

Das propagandistische Vokabular der beiden Großmächte ist sensibler geworden und wird längst nicht mehr mit so vielen harten Vorwürfen überschüttet. Außer zurückhaltend, aber dennoch unüberhörbar beschneigen sich Ost und West sogar ein Minimum an gutem Willen... Alles, was man aus Washington und Moskau hört, stimmt in der Bewertung der Erwartungen überein: Die Verhandlungen werden äußerst langwierig sein, aber man verfügt inzwischen über ein ausreichendes Instrumentarium, um sie nicht abbrechen zu müssen.

EPOCHÉ

Die Münchner Handelszeitung beschäftigt sich u.a. mit der permanenten Untergrundorganisation „Leuchtender Pfad“:

Was dieser Bewegung besondere Kraft zu verleihen scheint, ist die dialektische Doppelstrategie, mit der sie für die (mehr oder weniger) Gebildeten einen marxistischen Kommunismus predigt, während sie für die Massen der Indios in einer nostalgischen mystischen Verklärung das Tahuantinsuyo heraufbeschwört, jenes große Inkareich, das sich vom Süden Ekuadors über Peru und Bolivien bis nach Chile und Argentinien erstreckte, als es von den Spaniern überannt und zerstört wurde. Dieses Ereignis und der darauf folgende spanische Kolonialismus wird von „Sendero Luminoso“ als die zentrale Tragödie für die Indios, die diese Regionen mehrheitlich bevölkern, dargestellt. Nach 400 Jahren der Unterdrückung durch die Spanier und ihre Nachfahren, durch andere Einwanderer und letztlich durch den amerikanisch-europäischen „Imperialismus“ in Gestalt der großen Bergwerks- und Ölgesellschaften soll nun der Augenblick für die Befreiung und Unabhängigkeit

der Nachkommen des alten Inkareichs gekommen sein.

Westliche Nachrichten

Die Zeitung aus Münster kommentiert die nordrhein-westfälische FDP:

Die nordrhein-westfälischen Liberalen haben auf ihrem Landesparteitag am Wochenende in Gütersloh eine völlig neue Erfahrung gemacht. Sie sind sich einig. Ob es um die Wahl ihres neuen Spitzenkandidaten Achim Rohde, um den Beschluß der Koalitionsaussage oder um die Verabschiedung des Wahlprogramms ging, immer gab es Mehrheiten von über 90 Prozent... Zu denken geben müßte der Partei aber zwei Punkte: Ihr Spitzenkandidat Rohde ist im Land viel zu wenig bekannt... Der zweite Punkt ist das Wahlprogramm, das erst gar nicht mehr den Versuch macht, breitere Wählerschichten anzusprechen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie blickt auf die Wahlen in Nord-Süd-Deutschland:

Die Grünen haben sich, ihrer aktuellen Lieblingsbeschäftigung nachgehend, von der SPD abgegrenzt und damit vielleicht schon ausgegrenzt. Ihre Forderung, die SPD müsse den Bannfluch über Kernenergie und Großchemie abschreiben, ist praktisch gleichbedeutend mit Fundamentaltatoposition. Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, war schon oft die Wasserscheide, an der sich die politischen Strömungen der Republik brachen. Das könnte sich wiederholen. Der Urnengang am 12. Mai bildet den Schlüsselpunkt der drei Landtagswahlen des nächsten Jahres. Verlieren die Liberalen am Stück, muß sich die Union in Bonn entscheiden, ob sie 1987 mit Blick auf ihre Koalitionsoptionen einen Erhaltungskampf oder einen Vernichtungskampf führen will.

Nr. 55 vom 3. April 1970 die als Aufforderung zum Handeln verstandene Frage: „Wann endlich beginnt der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ Das wurde unter dem Vorwand, den Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu treffen, inszeniert.

Selbst die israelische KP ließ durch ihren Sprecher über die Einmischung der Grünen (in den Wahlkampf) erklären: „Ausgerechnet die Deutschen, warum nicht ein paar Eskimos?“ Die Grünen selbst sind den Ursachen für ihr Erscheinungsbild in Israel in der Bewegung nicht nachgegangen. Da wird pauschal mit einer „antisemitischen“ Grundhaltung operiert. Aber André Glucksmann, der führende Philosoph der jungen Generation in Frankreich und prominente Vertreter der „Neuen Philosophie“, der 1968 noch an der Apo-Front stand, zog aus seinen Erfahrungen die Lehre: „Ein gewisser Antifaschismus kam zu einem anderen Faschismus führen.“

مركز التجميل

Wenn der Minister an die „Front“ muß

„Du hast das Vertrauen der Bauern verloren“, rügte CSU-Chef Strauß vor Monaten seinen Parteifreund Ignaz Kiechle, Landwirtschaftsminister in Bonn. Der zieht nun übers Land, Vertrauen zurückzugewinnen. Die Proteste sind noch nicht verstummt, aber sie sind leiser geworden.

Von PETER SCHMALZ

Die Ehrengäste, sagt Werner Strauß, der Minister vom örtlichen Bauernverband, habe man nicht auf dem Podium, sondern unter den Zuhörern in der ersten Reihe platziert, denn „wenn hier oben die Eier fliegen...“ Die 400 in der kirchlichen Mehrzweckhalle von Bad Aibling, hoch im bayerischen Norden, kichern über die eher scherzhaft gemeinte Annahme, sie könnten als renitente Eierwerfer dem Gast des Abends den Anzug besudeln und sich damit ihren Unmut und Ärger, aber auch ihre Enttäuschung und Verunsicherung von der Seele werfen.

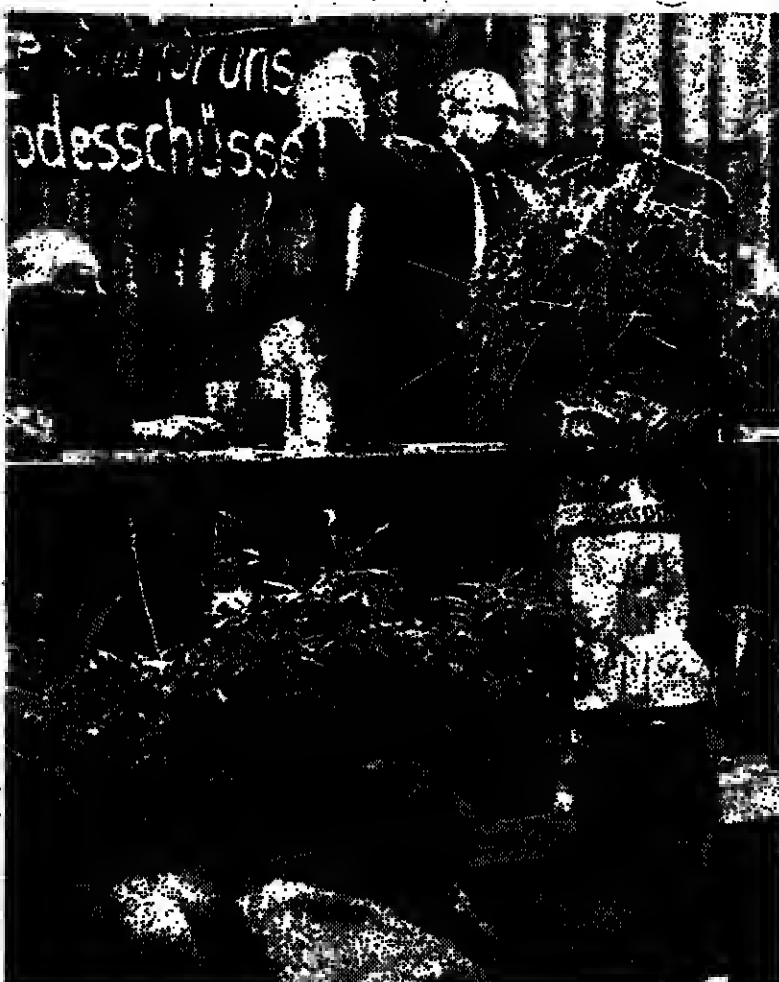
Ignaz Kiechle muß nicht mehr um seine saubere Weste fürchten, wenn er sich vor die Landwirte stellt und sagt, er werde ihnen jetzt etwas sagen, wofür er nicht nur Beifall bekomme, das aber ehrlich sei und wozu er auch noch in fünf Jahren stehen könne.

An diesem Abend hält der Bundeslandwirtschaftsminister die 129. Rede dieses Jahres vor Bauern, eine Stunde zuvor beendete er im oberfränkischen Nalla die 128., am nächsten Morgen wird es im oberfränkischen Fürstentfeldbruck die 130. sein, wo er hemisärmelig gesteht, er komme sich vor wie eine Schallplatte, er werde es als Minister so lange sagen, bis es verstanden wird.

Zum Beispiel das mit den Produktionsüberschüssen, wofür er einen eingängigen Vergleich gefunden hat. „Das ist“, sagt Kiechle, „wie mit den Semmeln. Ein Bäcker kann auch nicht sagen, ich backe 5000 Semmeln, und wenn die Leute nur 3000 holen, dann muß der Bürgermeister eben die letzten 2000 kaufen.“ Das bringt die Lacher auf seine Seite.

Solch kleiner Erfolg macht Kiechle sichtbar Mut, er fühlt wieder festen Boden unter sich. Er muß nicht mehr mit hochrotem Schädel anschreien gegen aufgebrachte und brüllende Bauern, auch sein Parteivorsitzender in München, der ihn mit Vorwürfen und Ungnade reichlich einkdeckt, widmet sich wieder anderen Geschäften. Vorüber sind auch die schlimmen Wochen, in denen ein Kiechle als Redner umgeben war von einem Wald wortgewaltiger Protestplakate. Jetzt absolviert er drei Veranstaltungen hintereinander und muß nur einmal vor einem schwarzen Transparent stehen, auf dem in weißen Lettern geschrieben steht: „Kiechles Beschlüsse sind für uns Frankenwald-Bauern Todesschüsse“. Das ist in Nalla, nur wenige 100 Meter vom Todestreifen entfernt, und damit wohl auch eine Geschmacksfrage.

Hier oben bei Hof, in der nördlichsten Ecke des Freistaats, staunt sich der Unmut offenbar am längsten, hier wird der Minister aus Bonn, der zur



Empfang mit feierlichem Getöse und starkem Spritzen: Ignaz Kiechle auf einer Bauernversammlung in Nalla

FOTO: CLAUD HAMPPEL

Verstärkung seinen ortsansässigen Kollegen Jürgen Warnke mitgebracht hat, noch eingedeckt mit einem gelben Pfeifkonzert. Hier erntet er Beifall, wenn ihn ein Bauernfunktionär als „hochverehrter Herr Bundesminister“ anspricht.

Der Ärger wird aus der Verzweiflung genährt. Auf den kargen Böden dieser klimatischen Dörfer, wo die Niederschlagsmenge mit jährlich 900 Millimeter weit über und die Jahresmitteltemperatur mit 5,7 Grad weit unter dem Durchschnitt liegt, verdient sich der Bauer sein tägliches Brot noch im Schweiß seines Angesichts. In den Kleinbetrieben, die kaum Geld aufbringen für teures, weil weit von der Küste herangefahrenes Kraftfutter, spürt man keine Verantwortung für den europäischen Milchse, dafür aber viel Ungerechtigkeit, daß auch hier die Quotenregelung zu Kürzungen der Milchmenge geführt hat, die zum Garantiepreis von gut 70 Pfennig abgeliefert werden darf. Die Sünden, davon sind die Landwirte in dieser von Gottes Gnade vernachlässigten Gegend überzeugt, sitzen woanders, weshalb Bauernverbandsobmann Heinz Bauer reichlich Beifall erntet für sein mutiges Wort in des Ministers Angesicht: „Wir werden den Eindruck nicht los, daß Sie, lieber Herr Minister, von einer unter norddeutschem Einfluß stehenden Ministerialbürokratie überfahren wurden.“ Eine Unterstellung, die der Angesprochene erwartungsgemäß zurückweist.

Aber die Bauern an der Grenze plagt noch mehr: Während die EG in diesem Jahr eine ungeahnte Rekord-ernte an Getreide in die überfüllten Scheuern fuhr, zerstörten hier prasechende Sommerregen 70 Prozent des erhofften Ertrags, die Körner wuchsen noch auf dem Halm aus und wurden unverkäuflich. Dem Redner aus Bonn hat man ein garstiges Gebilde aus dieser verwachsenen Frucht neben das Pult gestellt, das weniger attraktiv wirkt als der Strauß aus weißen Ästern und roten Nelken, neben dem Kiechle tags darauf im Oberbayerischen sprechen darf.

Aber auch hier setzt der Allgäuer Bauern-Minister seine stärkste Waffe

reichlich und mit Erfolg ein: Er redet und redet und redet. Wie schon auf dem letzten CSU-Parteitag, als die Abrechnung der verängstigten Partei mit dem in Ungnade gefallenen Minister erwartet wurde und dieser die Kritiker munter schwäbelnd ins Abschieds schätzte.

So erzählt er von der Million Tonnen Butter und der Million Tonnen Magermilchpulver, den sieben Millionen Tonnen Getreide und den 300 000 Tonnen Rindfleisch, die er als Erbe seines FDP-Vorgängers Ertl in den Kühlhäusern und Lagern vorgefunden hat, erläutert wortreich, wie die Überschüsse den Preis gefährden – und hat dafür zwei verständliche Beispiele: In der Schweiz ist die Milchmenge seit 1977 um nur drei Prozent gestiegen, der Preis aber um 36 Prozent. Und in Südtirol, wo mehr Milch verbraucht als produziert wird, gibt's für den Liter gut 30 Pfennig mehr als in Bayern, weshalb fast jeder zweite Liter weiß-blauer Milch über den Brenner exportiert wird. Er berichtet von den Regierungserfolgen bei den Sozialzuschüssen für die Bauern („heute morgen habe ich mich mit meinem Kollegen Blum darüber geeinigt“) und von der Ausdehnung der benachteiligten Gebiete, von denen künftig 40 Prozent allein in Bayern liegen. Er holt weit aus, um die Nachteile der deutschen Bauern durch die europäische Ecu-Verrechnung zu erklären. Und er sagt, weil er nur knapp eine Stunde Redezeit hat: „Ich könnte Ihnen noch viel erzählen.“

Da steht dann schon mal einer auf und meint, hier seien „viele Worte gesprochen worden, die wir alle schon kennen“, weshalb ein anderer fordert: „Wir wollen Taten sehen.“ Daß die Zeit zur Entwarnung noch längst nicht gekommen ist, das spürt der trotz seiner Leibesfülle dünnhäutige Minister allerorten. „Ich bin“, so Obmann Bauer in Nalla, „seit 25 Jahren Mitglied der Partei, der auch Sie angehören, aber ich war noch nie so enttäuscht über die Politik dieser Partei wie jetzt.“ Und sein Kollege Dinkel wird in Fürstentfeldbruck noch deutlicher: „Wir Bauern haben endlich begriffen, was man mit fünf Prozent Stimmen anfangen kann.“

Nachts blüht das Geschäft am Bullauge

Manch ein sowjetischer Seemann nutzte den Landgang auf den Kanarischen Inseln, wo Moskau einen Fischerei-Stützpunkt unterhält, zur Flucht. So auch der Autor des folgenden Berichts, ein junger Mann aus Sewastopol. Er schildert, wie die Seeleute das Unternehmen Kanarische Inseln erleben.

Von ANDREJ J. SOLMIN

Seemann wurde ich, um an Land zu gehen. Im Westen, auf den Kanarischen Inseln, dem Ziel der Sehnsucht vieler Bürger der Sowjetunion. Nur die wenigsten wollen sich von dort in die Freiheit absetzen und nach Amerika gehen. Die meisten heuern auf den Fischtrawler oder Fabrikschiffen an, um an Bord ein paar Rubel mehr zu verdienen und um mit spanischen Pesetas Dingo einzukaufen, die zu Hause das 20- und 30fache kosten oder überhaupt nicht zu haben sind.

Wer in Las Palmas oder Santa Cruz auf einen Trawler unserer Fischereiflotte steigen will, muß zunächst einen Antrag stellen. Interesse zeigen an der Ernährung der Sowjetvölker und Papiere ausfüllen können. Die Behörden wollen wissen, warum einer zur See fahren will und was man bisher getan hat. Schule, Berufsweg, Militärdienst, Zeugnis der letzten Arbeitsstelle – alles wollen sie wissen. Man muß niederschreiben, wer die Eltern sind, wo sie bekommen, wo sie jetzt wohnen und wo sie arbeiten. Verwandte außerhalb der Sowjetunion? Wenn ja, ist die Ablehnung gewiß.

Zuletzt entscheidet ein Komitee nach einer mündlichen Prüfung. Da saß ich also, vor mir den Vorsitzenden des Komitees, den Sekretär, die

Vertreter der Miliz und der Polizei. Sie wollten vor allem wissen, wie ein über die Sowjetunion denkt, was man von der Innen- und von der Außenpolitik weiß. Wichtig ist die Bereitschaft für die kommunistische Revolution in der Welt.

Natürlich fahren alle lieber im Winter als im Sommer, wo es auch bei uns warm ist, und so machen sich die Funktionäre daraus ein Geschäft. Die Winterreise kann 100 bis 150 Rubel kosten – wenn man den richtigen Mann im richtigen Komitee kennt. So stand ich nun schon zum zweiten Mal auf dem Moskauer Flughafen vor der Aeroflot-Maschine nach Las Palmas. Mit mir die anderen 81 Besatzungsmitglieder des Fangschiffes „Nina Onilova“. Sechs Monate nur Meer und eine strenge Rangordnung. Der Kapitän, die Offiziere und Maschinisten in ihren Kammern und wir Arbeiter unter Deck. Zwei getrennte Klassen, mit dem Kommissar als Aufpasser dazwischen.

Nach sechs Monaten wird die gesamte Besatzung ausgewechselt. Länger dürfen wir nicht zusammenbleiben, ganz gleich, ob der ständige Wechsel für die Maschinen und die Elektronik gut ist oder nicht. Er ist nicht. So dauerte meine erste Reise nur zwei Monate. Dann mußte der Trawler wegen Maschinenschadens in die Welt.

Die Seeleute und die Mechaniker arbeiten im 8-Stunden-Wechsel. Wir an den Fischverarbeitungs-Maschinen immer 12 Stunden. In den Freistunden: Schlafen, täglich einen Film ansehen – vaterländisch und lustig – und immer wieder politischen Unterricht anhören, je nach dem Eifer des politischen Kommissars, der wütend wird, wenn wir den selbstgebrannten Schnaps wichtiger nehmen als die kommunistische Partei. Zehn Tage muß das Gebräu aus Wasser, Zucker,

Gerste oder Reis in einer Ecke gären, dann ist das unser Wodka. Nur einmal im Jahr, am „Tag des Fischers“, stehen jedem Besatzungsmitglied 200 Gramm Wein zu.

Dennoch lohnt sich die Plackerei und der Fischgeiz. Denn am Ende können 2000 Rubel winken, und das ist viel Geld für einen, der sonst in sechs Monaten nur 450 Rubel, 600 oder gar 700 Rubel nach Hause bringt. 2000 Rubel – wenn die morosen und häufig geflickten Netze auch einen vollen Steert aushaken. Oft zahlt man nur 1600 oder gar nur 1200 Rubel – je nach Fangergebnis. Der Kapitän, der Kommissar und die Offiziere bekommen natürlich mehr, aber auch ihre Rubel müssen sie mit Fischen aufwiegen.

Sieben Prozent der Heuer streicht man in Devisen ein, und 80 Prozent davon kann man in Las Palmas in Peseten ausgeben. Der Rest ist für die Devisengeschäfte in der Sowjetunion, wo sonst nur Funktionäre oder Touristen einkaufen dürfen.

Die Peseten lassen sich vermehren, nachts im Hafen, durch das Bullauge. In Ruderbooten kommen Spanier leise längs, nehmen russische Leicas für 3000 bis 4000 Peseten oder Aluminiumkästen, die zur Schiffsausrüstung gehören, für 1000 Peseten (18 DM). Manchmal verschwinden auch Kupferteile, die einer irgendwo abgeschraubt, durch das Bullauge. Die Spanier unten in den Ruderbooten kaufen alles und zahlen prompt. Der Posten an Deck weiß Bescheid, er gehört schließlich zu uns.

Der Lohn der Reise liegt im Landgang in Las Palmas oder in Santa Cruz, kurz vor dem Rückflug nach Moskau. Niemand hat die Straßen je gesehen, an denen die Läden liegen, aber alle kennen sie von Erzählungen anderer, wissen ganz genau Bescheid. Zu viert oder zu dritt, aber immer mit

einem Aufpasser von der Schiffsführung, stolpern wir langsam in die ersten kleinen Hinduläden. Die indischen Händler sind billiger. Niemand darf ein Geschäft allein betreten. Wir kaufen alle immer dasselbe: Blaurote Sportschuhe, Jeans, Parfüms, japanische Transistorgeräte und Kassettenrecorder. Und natürlich Wodka. Wodka zuallererst.

Kein Bordell, nicht einmal ein Kino dürfen wir betreten. Selbst Literatur ist verdächtig. Ein Kapitän, zum Beispiel, kaufte sich ein Buch von Solchenizyn und mußte ins Gefängnis. Man erzählte sich, er müsse noch einmal zur Steuermannschule, und zu den Kanarischen Inseln darf er nie wieder. Das ganz große Geschäft kommt dann zu Hause: Sonnenbrillen, Jeans und vor allem die Schuhe und der Wodka bringen oft das 30fache von dem, was die indischen Händler in Las Palmas kassierten.

Bei der ersten Reise war meine Flucht mißlungen, einfach weil der Kahn kaputtging und wir sofort nach Hause geflogen wurden. Diesmal bin ich gleich am ersten Tag von Bord gegangen. Die anderen fischen jetzt wieder, reden in ihren Kojen über ihre Mädchen und Frauen. Lachen und lachen.

Der Kommissar hat bestimmt meine Artikel an sich genommen, die ich schon geschrieben habe, bevor es losging. Ich will in Amerika Bücher oder Artikel schreiben über die vielen Jugendgruppen bei uns in Sewastopol, die Rock und Pop mehr lieben als die vaterländischen Filme, und ich will schreiben, was die Soldaten erzählen, die aus Afghanistan zurückkamen, bringen grausame Geschichten mit, die nicht in den Zeitungen stehen, und sie haben Drogen in ihre Helmkasernen mitgebracht – und das Verlangen nach Drogen.

WIE WAR DAS?

Von WERNER KAHL

Im Alter von 76 Jahren starb in Ost-Berlin der führende SED-Kunstwissenschaftler Professor Gerhard Strauss. Die SED lobte ihn als „Aktivist der ersten Stunde“. Der Nachruf des SED-Zentralkomitees schweigt über den wichtigsten Partiauftrag für den Alt-Kommunisten im Berliner Sowjet-Sektor: Von Strauss ließ sich Ulbricht den beschlossenen Abriss des Berliner Stadtschlosses wissenschaftlich als unumgänglich beschreiben. Heute würde Ulbrichts Nachfolger vermutlich viel „dafür“ geben; könnte die Entscheidung rückgängig gemacht werden. Das Schloß wäre die Perle in der wiederentdeckten Traditionspflege.

Augenzeugen der Bombenangriffe auf Berlin glaubten schon beinahe an ein Wunder. Der mächtige Königsbau gegenüber dem Dom schien den Bombenteppichen zu widerstehen. Rings um das Schloß – als großartigster Profanbau in Deutschland nach dem Dreißigjährigen Krieg gerühmt – schlugen Spreng- und Brandbomben tiefe Wunden in das Stadtbild. Aber nur ein Treffer beschädigte bis 1944 das Schloß. Das nährte im vorletzten Kriegsjahr Hoffnungen, der Bau werde die stärksten Angriffe seiner bewegten 500jährigen Geschichte überdauern.

„Das Schloß wird allgemein angesehen als ein Denkmal der Gründer des Königlichen Hauses, welches in seiner Würde und Pracht diesem Charakter vollkommen entspricht und

Als Ulbricht das Schloß schleifen ließ

eröffnete er im unersetzten Nord-westflügel mit dem weißen Saal die Ausstellung „Berlin plant“. Scharoun, der später die Philharmonie schuf, forderte als Baustadtrat im Magistrat Mittel für notwendige Reparaturen. Aber in den Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Funktionären zeichnete sich bereits das Todesurteil ab. Das Königsbaus erschien der „Gruppe Ulbricht“ als veraltetes Symbol.

Auf dem 3. SED-Parteitag im Juli 1950 ordnete Ulbricht an, das Schloß den Erdboden gleichzumachen und einen zentralen Appell- und Demonstrationsplatz herzurichten, auf dem

Kampf- und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.“

Die Nachricht vom Abriss erregte die Stadt. Seitdem wandern viele Berliner morgens und abends zum Schloßplatz, registrierte auch das SED-Zentralkomitee. „Neues Deutschland“. Die kommunistische Parteipresse verteidigte vor den Berlinern den Befehl zur Sprengung mit der Behauptung, die SED versuche, „zu retten“, was erhaltenswert sei. Laut „Neues Deutschland“ war Gerhard Strauss „Hauptbeauftragter für den Abriss“. Der Wissenschaftler, seit 1929 in der KPD, leitete zugleich die Denkmalpflege in der sowjetischen Besatzungszone.

Am 6. September 1950 begann die Sprengung, am vorletzten Tag des Jahres wurde das unvergleichliche Eosander-Portal mit der Schloßkapelle zertümmert. Die SED-Führung wußte sich dabei der Zustimmung des Kremls gewiß.

Aus der „Täglichen Rundschau“, dem Amtsblatt der sowjetischen Militärverwaltung, erfuhren die Berliner am 10. September 1950 die Moskauer Meinung: das „ehemalige Kurfürsten-, Königs- und Kaiserschloß zu sprengen“, um „Platz zu schaffen für das neue Gesicht Berlins“. Zehn Millionen Mark soll die Sprengung gekostet haben. Die Kosten für einen Wiederaufbau schätzten Experten in den fünfziger Jahren auf etwa 35 Millionen Mark. Auf einem Teil des Schloßareals erhebt sich heute der „Palast der Republik“.



Das Berliner Schloß am Lustgarten um die Jahrhundertwende

FOTO: ULLSTEIN

Festzins-Bank

Wer nichts davon hält, einen Dauerplatz auf dem Zinskarussell zu buchen, schätzt den Langfristkredit der IKB. Feste Zinsen für die gesamte Laufzeit. Das heißt: Zinsschwankungen gefährden nicht Ihr Konzept, wie sich das Rad auch dreht. Die Unternehmerbank hilft Ihnen, Investitionen auf eine sichere Basis zu stellen. Sprechen Sie mit der Festzins-Bank!

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

Union und SPD: Flick-Ausschuß arbeitet gut

hey, Bonn

CDU/CSU und SPD bewerten die bisherige Arbeit des Flick-Ausschusses positiv. Nach Ansicht des Obmanns der Union im Ausschuss, Hans Günther Hirsch, kann das Parlament bereits mit „Gewißheit“ den Schluß ziehen, daß der Fall Flick wohl Einzelfall war. Man dürfe nicht sagen, daß die deutsche Politik korrupt wäre. Es bestehe aber die Notwendigkeit, ein paar Grenzen neu zu ziehen. Denn der notwendige, unbefangene Gedankenaustausch zwischen Politikern und gesellschaftlichen Gruppen würde Schaden nehmen, wenn eine Seite ihn mit „nicht der deutschen politischen Kultur“ entsprechenden Erwartungen betrachten würde.

Während Hirsch fordert, insgesamt zum Abschluß zu kommen, kündigten der stellvertretende Vorsitzende Wilfried Penner und Obmann Peter Struck für das erste Quartal 1985 Vernehmungen an 22 Tagen an. Für die beiden SPD-Politiker ist es „ebenso ungerecht wie grotesk“, von „Verdunkelungsmanövern“ zu sprechen. Ohne Otto Schily (Grüne) namentlich zu nennen, bezeichneten sie es als „unzulässig“, wenn sich „ein einzelnes Mitglied“ oder andere am Untersuchungsausschuß vorbei orientieren wollten. Schily wird mindestens bis zum Ende der Vernehmungen im Bundestag bleiben. Der Parteitag der NRW-Grünen setzte mit über 90prozentiger Zustimmung dessen für März anstehende Rotation vorerst aus.

30 RAF-Häftlinge hungern weiter

dpa, Karlsruhe

30 der in der Bundesrepublik insgesamt 37 inhaftierten mutmaßlichen Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) befinden sich weiterhin im Hungerstreik, bestätigte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Damit demonstrierte er Meldungen, wonach die RAF-Mitglieder den Hungerstreik schon in den vergangenen Woche offen oder heimlich abgebrochen hätten. Am 4. Dezember hatten die als Rädelsführer der RAF in Stuttgart-Stammheim angeklagten Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar einen Hungerstreik für eine Zusammenlegung in „großen, interaktionsfähigen Gruppen“ begonnen. Ihnen hatten sich andere RAF-Mitglieder angeschlossen.

Wie ein Sprecher des Stuttgarter Justizministeriums gestern erklärte, ist der Gesundheitszustand der fünf in Baden-Württemberg inhaftierten RAF-Mitglieder den „Umständen entsprechend“. Die Verfassung von Frau Mohnhaupt, die wegen einer Magenkrankung einige Zeit keine Flüssigkeit mehr zu sich nehmen konnte, habe sich stabilisiert, sagte ein Verteidiger. Ihr sei es nun wieder möglich, Tee zu trinken.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$65.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die deutsche Raumfahrt hofft auf Geld aus Bonn

Von W. WESSENDORF

Die Bundesregierung läßt die deutschen Raumfahrtsexperten zwischen Weser und Bodensee zappeln. Seit Monaten sollen im Kabinett Entscheidungen über die neuen Raumfahrtprogramme getroffen werden. Doch der Kanzler und seine Minister weichen richtungsweisenden Entscheidungen aus. Raumfahrtexperten werfen Bonn vor, daß man dabei jetzt die USA mit ihren dreistelligen Milliardenbudgets im Haushalt als Buhmann aufgebaut hat.

Die brisante politische Entscheidung ist an großen finanziellen Aufwand gebunden. Finanzminister Stoltenberg soll 2,9 Milliarden Mark für das „Columbus“-Programm bis 1995 freigeben, damit sich die Bundesrepublik zusammen mit europäischen Partnern an einer permanenten, für bemannte und unbemannte Aufgaben auszubauende Raumstation beteiligen kann.

Die Raumfahrtexperten sind sich darin einig, daß eine Entscheidung pro Raumstation mit der Freigabe weiterer Mittel für die künftige europäische Träger Rakete „Ariane 5“ sinnvoll gekoppelt werden muß. Denn nur beide langfristigen Programme stärken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Raumfahrtindustrie und sichern das mit dem Weltraumlabor Spacelab und der er-

stiegen mit einer Klappe geschlagen werden sollen.

Einmal ist das Konzept der europäischen Weltraumorganisation ESA als gemeinsames Programm und als Beitrag zur amerikanischen Raumstation vorgeschlagen worden. Die europäischen ESA-Staaten wollen auf Ministerpräsidentenebene am 29./30. Januar in Rom darüber entscheiden. Zum anderen können die verschiedenen Elemente des „Columbus“-Projektes zum späteren Aufbau einer eigenständigen europäischen Station dienen. Und dazu wird letztendlich die Super Rakete „Ariane 5“ benötigt, um Strukturen im Weltraum abzusetzen.

Den ersten Schritt haben die Europäer bereits getan und die Entwicklung einer frei fliegenden und rückführbaren, damit wiederverwendbaren Plattform freigegeben. Dieses unbemannte System bauen die Bremer von MBB Erno schon „Eureca“ heißt die 600-Millionen-Mark-Plattform, die sechs Monate im All bleiben und dann zur Erde zurückgebracht werden soll. Dieses unbemannte Element wird auch Teil der Raumstation sein.

Die bevorstehende politische Entscheidung zur Durchsetzung der neuen Programme birgt indes erhebliche Zündstoffe in sich. Wissenschaftler leisten starken Widerstand gegen die bemannte Raumfahrt. Sie fürchten, daß ihre Mittel gekürzt werden und bezeichnen es als unsinnig, Menschen in den Weltraum zu bringen. Roboter könnten die Arbeit besser und billiger verrichten.

Doch ist dieses Argument nach Ansicht der Raumfahrtexperten zu vordringlich. Sie verweisen auf die bisherigen Erfahrungen mit Wissenschaftsstationen im Spacelab und machen deutlich, daß der Wissenschaft kein Geld abgeknipst werden soll. Denn ein Drittel der veranschlagten Kosten könnte beispielsweise aus dem Topf Energie abgezweigt werden. Zwei Drittel müßten dem Haushalt des Forschungsbereichs zufließen.

Der Rückfluß für die Industrie in der Bundesrepublik würde 600 hochqualifizierte neue Arbeitsplätze schaffen und rund 4000 sichern. Das impliziert auch die Durchsetzung wichtiger technologischer Produkte, die sich wirtschaftlich bis ins nächste Jahrtausend auswirken. Die Raumfahrtsexperten weisen auf die Notwendigkeit hin, nicht nur auf Erreichten auszurufen, sondern immer Neuland zu betreten. In den sechziger Jahren habe niemand einen Pfifferling für Nachrichtensatelliten gegeben. Dieser Technologiebereich sei heute ein immenser Wirtschaftsfaktor.

Und schon werden die nächsten Großprojekte auf den Reißbrettern konzipiert. Bei MBB Erno in Ottobrunn wird am Triebwerk (HM 60) für „Ariane 5“ gearbeitet. Zugeschliffen auf „Ariane 5“ entwerfen französische Ingenieure einen Euro Shuttle. Von Astronauten gesteuert, wird dieser Transporter auf der Spitze der Super Rakete starten, Strukturen absetzen, Menschen und Material zur Station bringen und dann wie ein Segelflugzeug zur Erde zurückkehren.

Landesbericht Bremen

sten Ariane-Generation erworbene Know-how.

Die Spacelab-Entwicklung hat eine technologische Lücke zu den USA geschlossen. Im Nutzungsbereich hat sich Deutschland mit seinen europäischen Partnerländern sogar einen wissenschaftlichen und technologischen Vorsprung aufgebaut. Bremer Fachleute sind der Meinung, daß die Erfahrungen und der Technologie-Transfer durch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wesentlich mehr wert ist als das „Geschenk“, das 1983 mit Spacelab gemacht worden ist. Europa investierte in diese Entwicklung rund 2 Milliarden Mark (finanziert über zehn Jahre) und muß jetzt für die Nutzung des Labors zahlen.

Dieses Geld und die damit erreichte Wettbewerbsfähigkeit wäre buchstäblich für die Katz – sagen die Experten an der Weser – würde auf diesem hohen Niveau nicht weitergemacht. Es müsse nicht um die Frage gehen Raumstation ja oder nein, sondern nur um die Konditionen der Beteiligung und den freien Zugang zur Nutzung und zu den Daten. Dieser Ansicht sind auch alle Bremer Politiker, denn mit dieser Perspektive bestehen für das wirtschaftlich schwer angeschlagene Bremen in diesem Bereich glänzende Aussichten.

Im deutschen Raumfahrtzentrum Bremen haben die Fachleute die Zukunft längst skizziert, auf den Reißbrettern steht die Raumstation „Columbus“, schon eine Weiterentwicklung des Spacelab, mit der zwei

Haarscharf an Spaltung vorbei

Die Grünen in Frankfurt liefern neues Beispiel für die Zerrissenheit der Partei

Nur eine Woche hat der „Scheinfrieden“ des Hamburger Bundestags gehalten – da sind die Grünen schon wieder tief und unversöhnlich zerstritten. Die beiden Flügel der Partei, die „Realpolitiker“ (Realos), die zu Tolerierungsbündnissen mit anderen Parteien bereit sind, und die „Fundamentalisten“ (Fundis), die derartige Bündnisse ausschließen wollen und deshalb unaufrichtige Vorbedingungen stellen, hatten Frankfurt zum Schauplatz einer Machtkämpfe ausgetragen, die bundesweit „Signalwirkung“ haben sollte. Dabei entging die Partei nur haarscharf einer Spaltung.

Exemplarischer Streitfall war die Aufstellung einer Kandidatenliste für die Kommunalwahl am 10. März 1985. Zwei Anläufe zu einer einvernehmlichen Liste der beiden Flügel waren bereits an den vergangenen Wochenenden gescheitert. Der Grund jedesmal: Die „Fundis“ hatten sich unterrepräsentiert gefühlt.

„Nichts bewegt“

Bisher haben die Fundamentalisten um Manfred Zieran und Jutta Dittfurth in Frankfurt den Ton angegeben. Von ihrer Mitarbeit im Räteparlament zeugen dicke Bände von Anfragen und Anträgen, mit denen sie sich nicht nur von der Mehrheitstraktion der CDU, sondern auch von den Sozialdemokraten brüsk abgesetzt haben. Die Realos in der eigenen Partei werfen ihnen deshalb vor, „nichts, aber auch gar nichts bewegt zu haben“.

Gegen diese „Verweigerungshaltung“ haben in den vergangenen Monaten besonders die „Spontis“ um Daniel Cohn-Bendit, den einstigen Tribün der 68er Bewegung und Herausgeber des Frankfurter „Metropolmagazin Pflasterstrand“, mobil gemacht. Der „rote Dany“, wie er früher genannt wurde, trat selbst den Grünen bei und organisierte, wie ihm Zieran heute vorwirft, „Masseneintritte nach DKP-Manier“, um die Mehrheitsverhältnisse in der Partei zu ändern. Vor den Sponti-Eintritten habe die Partei in Frankfurt nur 280 Mitglieder gehabt, jetzt seien es 456.

Zuerst hatten Zieran und Jutta Dittfurth noch die Hälfte der Listenplätze für die „Fundis“ verlangt. Beim dritten Anlauf am Sonntag in der Fachhochschule Frankfurt forderten sie nur noch vier von den ersten zwölf und drohten, andernfalls eine eigene Liste für die Kommunalwahl aufstellen zu wollen. Als daraufhin die „Realos“ von „Erpressung“ und versuchter Spaltung sprachen und als Cohn-Bendit über Zierans Parteigänger sagte: „Viele, die mit euch stimmen, kommen aus dem KB (Kommunistischer Bund), für die ist es noch eine Ehre, als Bolschewisten bezeichnet zu werden“, schienen die Risse nicht mehr zu kitzeln. Einige vermuteten, in Frankfurt wollten die Fundamentalisten den von Rudolf Bahro auf dem Hamburger Bundestag ausgeführten innerparteilichen Krieg gegen die „Realos“ bis zu möglichen Spaltung der Partei durchzuziehen. Mit zwei Kandidatenlisten würden die Grünen womöglich die Fünf-Pro-

zent-Hürde verfehlen und der CDU in Frankfurt einen nahezu sicheren Wahlsieg bescheren.

Erst in letzter Minute gab eine Gruppe um den selbst aus der Frankfurter Sponti-Bewegung hervorgegangenen grünen Bundestagsabgeordneten Joscha Fischer dem „Ultimatum“ nach. Allerdings malte Fischer fatale Folgen für die Partei aus: Die „politische Vergewaltigung“ durch die Fundamentalisten gehe an die „Grundlagen“, die Partei werde künftig „eine andere sein“.

Kein zur neuen Fehde

Fischer: „Wir werden beim radikal-ökologischen Selbstmord enden.“ Dann wurde der „Fundamentalist“ Hans Peter von Soosten mit der hauchdünnen Mehrheit von 114 zu 104 Stimmen als zwölfter Kandidat und vierter „Fundist“ in die Kandidatenliste gewählt.

Die Art und Weise, wie die Frankfurter Kommunalwahlliste der Grünen zustande gekommen ist, enthält allerdings bereits den Keim zur Fortsetzung der innerparteilichen Fehde. Die „Realpolitiker“, die sich mit ihrer Absetzbewegung von der SPD eine Versöhnung der Fundamentalisten versprochen hatten, sehen sich „brüskiert“ von den Vorschlägen der „Fundis“ für eine „ökologische Städtepolitik“ in Frankfurt, die der „Pflasterstrand“ polemisch titelt: „Abriß der Hochhäuser, U-Bahn weg, Feuchtblötte in die Innenstadt, Dorfplätze in die Stadtteile“, erwarten sie einen Wahlschock.

Weniger Macht für die Landräte

Widerstand gegen geplante Wiederaufarbeitungsanlage führte zu Gesetzentwurf

PETER SCHMALZ, München

Als Weihnachtsmann wollte die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) nicht auftreten und Niedersachsen für den Standort Draggahn oder Bayern für Wackersdorf das Milliarden Geschenk einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage noch vor dem Fest überreichen. Die außerordentliche Sitzung des DWK-Aufsichtsrates, die für heute vorgesehen war, wurde abgesagt, eine Entscheidung kann nun frühestens beim nächsten Sondertermin am 4. Februar fallen. Beide Länder fühlen sich als Favorit. „Wir haben objektiv die besseren Argumente“, sagt Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht. Das CSU-Parteiblatt „Bayenkurier“ meint dagegen: „Alles spricht für Wackersdorf“.

Nach dem monatelangen Wettlauf der beiden Bundesländer um das 4,3-Milliarden-Projekt, das den strukturschwachen Gebieten einen wirtschaftlichen Aufschwung bescheren soll, werden inzwischen vermehrt Zweifel geäußert, ob die Anlage überhaupt noch gebaut wird. Nach Meinung von Fachleuten ist die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und die Rückgewinnung des in ihnen verborgenen unverbrauchten Urans heute teurer als der Ankauf neuen Urans, dessen Weltmarktpreis als niedrig und dessen Vorräte als reichlich bezeichnet werden. Einige Elektrizitätsversorgungsunternehmen sollen als Träger der DWK die Möglichkeit bevorzugen, auf eine

Wiederaufarbeitungsanlage zu verzichten und den Müll aus den Kernkraftwerken billiger einzulagern.

Wie der Milliarden-Poker auch ausgehen mag, ob für Niedersachsen oder für Bayern oder für keinen von beiden, er wird zumindest im bayerischen Gesetzbuch Niederschlag gefunden haben. In erster Lesung hat ein Entwurf bereits das Münchner Parlament passiert und ist zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen, der im Vorfeld zu einer kleinen Revolte im Freistaat geführt hat. Die SPD-Opposition sprach von „Entmündigung“, und selbst gestandene CSU-Kommunalpolitiker wurden bei ihren Parteifreunden in der Landesregierung vorstellig.

Der Grund für den Protest: Mit dem Gesetz sollen Bayerns 71 Landräte, die vom Volk gewählt werden und damit eine beachtliche Machtposition in ihren Landkreisen besitzen, dadurch an eine kürzere Leine genommen werden, daß die Regierung notfalls gegen ihren Widerstand und über ihre Köpfe hinweg Projektplanungen durchsetzen kann. Das Verwaltungsrecht spricht von „Selbsteintrittsrecht“, das dem Minister den vollen Durchgriff bis in den Landkreis hinein gestattet.

Worin aber besteht der Zusammenhang zwischen der Wiederaufarbeitungsanlage und diesem Gesetzesvorhaben? Dieser wird durch zwei Fakten erkennbar: Zum einen unwirkt Bayern die DWK mit dem Argument, der Freistaat sei politisch stabil, bei Planung, Bau und Betrieb werde es

deshalb kein Risiko geben. Zum anderen aber liegt der Standort Wackersdorf ausgerechnet in einem der wenigen bayerischen Landkreise, die von einem SPD-Politiker verwaltet werden. Und dieser Landrat Hans Schürer hat sich von einem WAA-Befürworter zum entschiedenen Gegner gewandelt und weigerte sich lange Zeit, den Bebauungsplan öffentlich auszulegen.

Ohne Schürer und seinen WAA-Widerstand wäre dieses Gesetz nicht entstanden, gab CSU-Generalsekretär Gerold Tandler unumwunden zu. „Aber wir können es uns nicht leisten“, so der CSU-Politiker, „1600 hochqualifizierte Arbeitsplätze in einem besonders strukturschwachen Gebiet aufs Spiel zu setzen, nur weil ein der SPD angehöriger Landrat aus parteipolitischen Gründen dieses Vorhaben ablehnt und die ihm gegebenen rechtlichen Möglichkeiten mißbraucht.“ Dagegen meint der SPD-Politiker Karl-Heinz Hiersemann, die CSU wolle die vom Volk gewählten Landräte zu Marionetten degradieren.

Der Protest der sich betroffenen führenden Landräte führte inzwischen zu einer Einschränkung: Die Regierung darf das Selbsteintrittsrecht nur bei besonderen, landesweit bedeutsamen Fällen anwenden. Noch aber ist unklar, wie dieser Begriff unzulänglich umrissen werden kann. Mehr Klarheit darüber erhofft sich die CSU aus einem Hearing, das ihre Landtagsfraktion im Januar plant.

Neues Gesetz soll für klareres Wasser sorgen

BERNHARD NITSCHKE, Bonn

Eine über die Mindestanforderungen hinausgehende Abwasserreinigung soll belohnt werden. Bei einer noch festzulegenden Unterschreitung dieser Mindestanforderungen wird Abgabefreiheit gewährt. Dies sieht eine Novelle zum Abwasser-Abgabengesetz (AbwAG) vor, die zusammen mit einer Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz (WHG) entscheidende Verbesserungen der Wasserqualität herbeiführen soll und im Januar vom Innenministerium in Bonn den zuständigen Bundes- und Landesressorts zur Stellungnahme übersandt wird.

Das neue Wasserhaushaltsgesetz wird strengere Anforderungen an die zu treffenden Vermeidungsmaßnahmen bei der Einleitung gefährlicher Stoffe in Gewässer stellen. Bei der Überdüngung von landwirtschaftlichen Flächen, wo zum Beispiel abfließende Phosphate das Leben in Bächen und Seen töten können, sind verbesserte Eingriffsmöglichkeiten zur Vermeidung von Grundwasserbelastungen vorgesehen.

Erfahrungsbericht

In die Grundsatzvorschrift des Paragraphen 1 wird die ausdrückliche Anordnung wassersparender Maßnahmen aufgenommen. Anlagen zum Herstellen und Verwenden wassergefährdender Stoffe werden nach dem Gesetzentwurf über den Mitte Januar 1985 das Kabinett beschließen soll. In die Gewässerschutzregelungen des WHG mit einbezogen.

Zehn Jahre nach der Vorlage des ersten Entwurfs für ein Abwasserabgabengesetz, das dann im Mai 1976 nahezu einstimmig vom Bundestag verabschiedet wurde, hat das Bundesinnenministerium auf der Basis eines 1983 vorgelegten Erfahrungsberichts eine Neuregelung vorgeschlagen. Die Abwasserabgabe, die früher hier festgesetzt wurde, richtete sich nach der Schädlichkeit des Abwassers, wobei als Parameter der Schädlichkeit die Schwermetalle Quecksilber und Cadmium mit berücksichtigt wurden. Jetzt sollen weitere Schwermetalle darüber hinaus sowie die organischen Halogenverbindungen abgabepflichtig werden.

Das alte Gesetz kennt beispielsweise nicht Schädlichkeitsparameter wie Zyanide, Öle und Fette, Chrom und Blei. Hält ein Einleiter die vorgegebenen Werte mehrmals nicht ein, so soll nach dem Gesetzentwurf der höchste gemessene Einzelwert der Abgaberechnung zugrunde gelegt werden.

Befreiung möglich

Die abgabenrechtliche Erfassung von verschmutztem Niederschlagswasser wird geändert. Damit will man erreichen, daß das Niederschlagswasser von allen Gewerbeflächen abgabepflichtig ist, und ein Anreiz für eine ordnungsgemäße Ableitung und Behandlung durch eine mögliche Abgabebefreiung geschaffen wird.

Im „Erfahrungsbericht zum Abwasserabgabengesetz“ von 1983 war vom Bundesinnenministerium kritisiert worden, daß die Abwälzbarkeit der Abgabe, die das Bundesrecht zwingend fordert, in den Landesgesetzen sowohl als „Kann-“ wie als „Soll“-Vorschrift erscheint.

Mor - gen kommt der Weih-nachts-mann, kommt mit sei - nen Ga - - ben.

Bun - te Lich - ter, Sil - ber - zier, Kind mit Krip - pe, Schaf und Stier,

Zot - tel - bär und Pan - ther - tier möcht' ich ger - ne ha - - ben.

MIT EINER EUROCARD KOMMEN SIE AUCH BEI DEN WEIHNACHTSEINKÄUFEN NICHT AUS DEM TAKT.

Wer sich nicht auf den Weihnachtsmann verläßt, sondern die Gaben für seine Lieben selbst besorgt, kennt die Situation: da entdeckt man überraschend das ideale Geschenk und hat nicht genügend Bargeld, um es bezahlen zu können.

Bei über 35.000 EUROCARD-Vertragspartnern in Deutschland ist das kein Problem. Ob Ihnen der passende „Zettel“ beim Pelzhaus über den Weg läuft oder die richtige „Silbersterne“ beim Juwelier entgegenblinkt – mit EUROCARD sind die Gaben sofort gekauft. Da kann der Weihnachtsmann ruhig morgen kommen.

Um auch seinem Kollegen Santa Claus unter die Arme zu greifen, arbeitet EUROCARD mit England's Access und America's MasterCard zusammen und bietet damit eines der dichtesten Netzwerke der Erde: weltweit mehr als 3,4 Millionen. Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postgroszamt.

EUROCARD
EUROCARD DEUTSCHLAND

UNTERSCHREIBEN

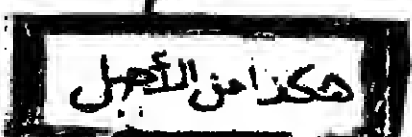
5232 1600 0000 0000

1232 EURO D 00-00

KURT SCHERFER

EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.



Fünf Kilometer Autobahn für 250 Millionen

KERHARD NITSCHKE, Bonn

Das teuerste Stück deutscher Autobahn wird morgen von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger seiner Bestimmung übergeben. Damit wird durchgehend die Strecke Bonn-Königswinter der B 42 n für den Verkehr frei. Jeder Kilometer der 5200-Meter-Strecke zwischen Bonn rechtsrheinisch am Stadtrand Oberkassel und der Stadt am Drachenfels hat rund 50 Millionen Mark gekostet.

Dollinger, der die Verkehrsfrage noch in diesem Jahr im August versprochen hatte, weist mit Stolz darauf hin, daß die enge Ortsdurchfahrt im Rheintal von täglich bis zu 24 000 Fahrzeugen entlastet wird. An der engsten Stelle kommen zwei Lastwagen nicht aneinander vorbei. Verkehrsexperten weisen in diesem Zusammenhang auf den Umstand, daß durch den neuen Straßenabschnitt Bonn-Königswinter pro Jahr eine Million Liter Kraftstoff gespart werden.

Das Bundesverkehrsministerium weist anlässlich der Straßenöffnung auf die über 30jährige Planungszeit hin, außerdem auf die Entstehungsgeschichte der Strecke, die reich an Prozessen vor Gericht war. Den Planern stellte sich die schwierige Aufgabe, eine neue Trasse zwischen dem Rhein und dem Naturschutzgebiet „Siebengebirge“ zu finden. Dabei war manchmal jeder Meter Boden umkämpft.

Der Preis entstand durch die hohen Forderungen nach Lärm- und Umweltschutz. Für das Verkehrsministerium ist die fertiggestellte Straße ein Beweis für die Integration ökologischer Belange in die Ziele der Verkehrspolitik.

Bereits die Abdeckbauwerke an den Stellen, wo die autobahnartige Schnellstraße aus Lärmschutzgründen durch betonierte Trübe führt, kosteten 113 Millionen Mark. Das Bundesverkehrsministerium und mit ihm Minister Dollinger sind stolz darauf, daß allein in den vergangenen Jahren im Zuge von Bundesfernstraßen und Landstraßen für Jahr für Jahr etwa 15 Millionen Bäume und Sträucher neu angepflanzt werden, die einen Wert von über 140 Millionen Mark darstellen.

Die Planung der immer umstrittenen Strecke begann eigentlich schon 1938, wurde dann aber wegen des Krieges nicht weiterverfolgt. 1967 faßte man den Beschluß, eine „Tallinie“ zu geben, die in das Naturschutzgebiet eingegriffen hätte.

Mehr als 80 private Betroffene aus den anliegenden Orten reichten daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht Köln ein, die zwei Jahre später und nach vier Musterprozessen abschlägig beschieden wurde. Insgesamt sind für diesen Straßenbau 35 Gebäude abgerissen worden.

Späth: Weiterbildung als zentrale Zukunftsaufgabe

1200 Bildungsexperten bei Kongreß der Landesregierung

XING-HU KUO, Stuttgart

Zum dritten Mal hat die baden-württembergische Landesregierung zum Jahresende einen „Zukunftskongreß“ einberufen. Gestern und heute werden von 1200 Bildungsexperten aus dem In- und Ausland des Themas „Zukunftsaufgaben eines Industrielandes - Herausforderung Weiterbildung“ eingehend beraten.

Zum Auftakt der Veranstaltung im Neuen Schloß in Stuttgart erklärte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), die Schaffung neuer Weiterbildungschancen sei eine der „zentralen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft“. Es sei in einer „wissenschaftlich geprägten Zeit“ ein „Gebot der Humanität und der präventiven Sozialstaatlichkeit“, den Bürgern genügend Angebote und Motivationen zu unterbreiten.

Der Regierungschef verwies auf die wachsende Bedeutung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien im Berufsleben und Alltag. Hier seien Betriebe, freie Träger und öffentliche Bildungseinrichtungen aufgerufen, „konzentrierte und aufeinander abgestimmte Anstrengungen zu unternehmen“, um den Menschen den Übergang „in eine informationstechnisch geprägte Umwelt zu erleichtern“.

Zur Vorbereitung dieses Kongresses hatte eine regierungsunabhängige Kommission für Weiterbildung im Auftrag der Landesregierung einen 148 Seiten umfassenden Bericht als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Der Vorsitzende des Gremiums, das fast ein Jahr lang an diesem Papier gearbeitet hat, der Mannheimer Professor

Eduard Gaugler, verwies in einer Art Rechenschaftsbericht auf dem Kongreß darauf, daß die Kommission sich „nicht mit grundsätzlichen Zweifeln in die Bildungsfähigkeit des Menschen und die Lernfähigkeit der Gesellschaft“ geäußert habe. Vielmehr gingen die Kommissionsmitglieder „ohne ausholende Diskurse und scharfsinnige Dispute“ davon aus, „daß der Mensch lernen kann, wenn er will und geeignete Möglichkeiten zum Lernen bekommt“.

Der Kommissionsvorsitzende verwies auf die „sehr konkreten Inhalte“ des Abschlussberichtes, der 20 Empfehlungen an Regierung, Bildungseinrichtungen und letztlich alle Bürger des Landes enthalte.

Die Weiterbildung müsse grundsätzlich zum Ziel haben, „ein humanes und sinnvolles Leben“ zu ermöglichen. Sie sei zur Bewältigung der neuen Aufgaben (Umweltschutz, neue Technologien) unverzichtbar. Der Staat müsse ein „weiterbildungsfreundliches Klima“ schaffen: Land und Kommunen sollen mit Zuschüssen die Arbeit der Träger einschließen, eine bessere Kooperation unter ihnen fördern, heißt es in dem Empfehlungskatalog.

Gleichzeitig sollen auch die Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen in der Regel angemessen an den Kosten beteiligt werden. Bereits in der Schule sollen die Kinder nach dem Prinzip „Das Lernen lernen“ auf eine Weiterbildung vorbereitet werden. Hochschulen, Bibliotheken und nicht zuletzt Vereine werden empfohlen, durch verbesserte Rahmenbedingungen ihr Angebot in diesem Bereich zu verbessern.

Rehberger: FDP sollte sich nicht „offenhalten“

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der saarländische FDP-Chef und Wirtschaftsminister Horst Rehberger sieht gegenwärtig keine Chance für Koalitionen mit der SPD in den Bundesländern. Allerdings hält er eine „Gleichschaltung“, also Regierungsverbindnisse zwischen denselben Parteien im Bund und in den Ländern, für „nicht gut“. So sei er 1969 wegen der Ostpolitik für die SPD/FDP-Koalition in Bonn eingetreten. Rehberger, der auch Bundesvorstandsmitglied ist, meinte gestern, die Liberalen müßten sich in Bündnissen künftig auf jeden Fall „noch konsequenter verhalten“. Die FDP „wäre nicht gut beraten“, wenn sie sich „offenhalten“ würde.

Drei Monate vor den Wahlen im Saarland habe er „Grund zu der Hoffnung“, daß seine Partei die Koalition mit den Christlichen Demokraten fortsetzen könne. Gegenwärtig liege die FDP an der Saar nach einer IPOS-Umfrage wieder bei 5,1 Prozent. 1980 hatte sie noch 6,9 Prozent erhalten.

Rehberger rechnet für den 10. März jetzt auch mit Stimmen aus dem „rechten“ SPD- und insbesondere aus dem „linken“ CDU-Lager, weil seiner Ansicht nach viele Wähler ein rot-grünes Bündnis unter dem Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD) befürchten. Deshalb werde die „neue FDP“, die wieder „positiv wahrgenommen“ werde, im Wahlkampf auch nicht verdrängt werden können.

Er bekräftigte, daß es kein Regierungsbündnis mit der SPD geben werde. Denn es sei wichtiger, daß die FDP „ihre Glaubwürdigkeit behält“, als daß er, Rehberger, Minister bleibe.

Eine private Initiative zur Erhaltung der FDP

Regionale „Freundeskreise“ sollen Partei unterstützen

WILM HERLYN, Königswinter

Mit dem Arbeitstitel „Freundeskreis der FDP“ hat sich jetzt ein loser Zusammenschluß von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gebildet. Er setzt sich zum Ziel, die liberale Partei als eigenständige Kraft zu erhalten. Initiator ist der Journalist Leo Brawand, der zu nächst einen ausgewählten Kreis in den Margaretenhof nach Königswinter eingeladen hatte.

Brawand: „Ich lasse hier niemanden aus dem Saal, bis wir einen Beschluß gefaßt haben - oh positiv oder negativ.“ Seine Initiative begründete er im Beisein des FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und dessen Generalsekretärs Helmut Haussmann, die als zuhörende Gäste geladen waren, er sei als Liberaler zwar nicht immer einverstanden, was die FDP treibe. „Es gibt sogar manche Anlässe für Unmut und Ärger. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß wir in der Bundesrepublik die FDP brauchen.“ Nur durch eine Partei der Mitte könnten auf Dauer so große Pendelschläge vermieden werden, wie sie in Ländern mit einem Zwei-Parteien-System beobachtet werden. Er halte es für geboten, die Vielzahl von liberalen Bürgern, die sich gerne für die FDP engagieren, ohne direkt Mitglied werden zu wollen, anzusprechen.

Mehrere der etwa 60 Personen, unter ihnen Professor Wolfgang Leonhardt oder auch Vorstandsmitglied Helmut Schmidt von Daimler-Benz, erklärten sich spontan bereit, nach der Konstituierung auf Bundesebene die lokale und regionale Freundeskreise zu gründen. Sie wollen unter ande-

rem Nachbarschaftspartys mit FDP-Politikern veranstalten oder Vortragsabende oder Vereine und Vereinigungen von Rotary bis zum Traditionsverein ansprechen. Es ist, dies wurde in Königswinter ausdrücklich festgelegt, an keine finanzielle Verzahnung mit der Partei gedacht.

Auch wollen die Initiatoren des Kreises sich keine feste Vereinsform mit Beiträgen und Vorstand geben. Brawand selbst versteht seine Rolle als Moderator. Diese werde er noch einmal bei dem schon jetzt fixierten zweiten Treffen übernehmen, danach sollen sich andere Persönlichkeiten im Wechsel ablösen. Die nächste Zusammenkunft wird am 22. Februar, am Vorabend des Saarbrücker Bundesparteitages der FDP, stattfinden. Ausdrücklich wurde festgelegt, daß die Kreise nicht nur Bestand haben sollen vor den für die FDP wichtigen Landtagswahlen im kommenden Frühjahr im Saarland, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen.

Offensichtlich erhofft sich die Parteispitze von diesen Initiativen auch eine Motivierung der eigenen Mitglieder. In der offenen Diskussion, in der von Genscher und Haussmann vor allem eine deutlichere Profilierung der FDP verlangt wurde, kritisierten einige Teilnehmer, daß die FDP es noch nicht verstanden hätte, dem Bürger ihr „Marktpotential“ besser verständlich zu machen. Genscher räumte ein, daß das Verhalten der Parteiführung häufig als taktische Züge aufgefaßt worden seien, „obwohl sie Strategie waren“. Dies gelte für die Wende selbst oder auch für die Haltung der Partei bei der „Neidsteuer“.

Israel läßt Grüne nicht einreisen

lv. Jerusalem

Die israelischen Behörden wollen Brigitte Heinrich, eine Abgeordnete der Grünen im Europaparlament, wegen ihrer „Vergangenheit“ nicht einreisen lassen. Sie sei wegen „Mitarbeit bei einer Terroristätigkeit von einem deutschen Gericht“ verurteilt worden, und „aller Welt“ sei die Einstellung Israels „gegenüber internationalen Terrorismus und denjenigen, die mit dem Terrorismus zusammenarbeiten, bekannt“, hieß es gestern aus gutinformierten Kreisen des Jerusalemer Außenministeriums. Die israelischen Behörden hätten von ihrer gesetzlichen Befugnis Gebrauch gemacht und ihre Grenzstellen angewiesen, Frau Heinrich die Einreise zu verweigern.

Die Abgeordnete ist Mitglied einer Delegation der Grünen, die sich auf Informationsreise durch den Nahen Osten befindet und nächste Woche auch in Israel eintreffen soll. Die israelischen Behörden stehen der ganzen Reise skeptisch gegenüber, wollen sich aber der Einreise der Delegation als solcher nicht widersetzen.

Ein Antrag auf ein Gespräch der Delegation mit einem israelischen Regierungsvertreter wird noch erwogen. Den Israelis ist es bekannt, daß dieser Antrag erst gestellt wurde, nachdem ein „Strategie-Papier“ der Grünen für ihre Nahost-Reise an die Presse durchgesickert war. In dem Papier hieß es, die Delegation solle sich nicht mit offiziellen Vertretern treffen, solange Israel die PLO nicht anerkannt habe.

Priester unter Hitlers Terror

AP, Köln

Mehr als 8000 Welt- und Ordenspriester haben nach Angaben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Josef Höfner, in der NS-Zeit Widerstand geleistet. Eine Dokumentation darüber mit dem Titel „Priester unter Hitlers Terror“ wurde gestern in Köln vorgestellt. Wie Höfner über die damalige Zeit erklärte, war „die Nationalsozialistische ablehnende Haltung“ unter den Priestern allgemein verbreitet. Die Dokumentation war im Jahr 1979 vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz angeordnet worden und wurde von der „Kommission für Zeitgeschichte“ unter Mitwirkung der Diözesenarchive erstellt. Nach der Untersuchung waren in den Jahren zwischen 1933 bis 45 insgesamt 7145 Welt-Priester und 866 Ordensleute mit den nationalsozialistischen Machthabern „in Konflikt geraten“. Das entspricht nach Angaben Höfners mehr als einem Drittel der damals in der Seelsorge tätigen Pfarrer und Kaplanen. Das bedeute nicht, daß sich die übrigen, angepaßt oder feige“ verhalten hätten, erklärte Höfner. „Nur wurden die meisten nicht erwischt.“

Betrugs-Vorwurf gegen Garski könnte alten Senat entlasten

Von HANS-R. KARUTZ

Wenn voraussichtlich im Herbst 1985 nach mehrjährigen Ermittlungen der Prozeß um den größten Finanzskandal der Berliner Nachkriegszeit mit seinen beträchtlichen politischen Folgen beginnt, kann der frühere SPD/FDP-Senat unter dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) auf Rehabilitation hoffen.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem jetzt wegen Fluchtgefahr erneut verhafteten ehemaligen Star-Architekten Dietrich Garski unter anderem vor, im Sommer 1980 die städtische „Berliner Bank“ mit falschen Zahlen getäuscht zu haben. Aufgrund der Bank-Angaben hatte der Senat wiederum einen letzten Nachschuß von 25,8 Millionen Mark für Bauprojekte in Saudi-Arabien verbürgt.

Garski war in der vorigen Woche überraschend wieder in Untersuchungshaft genommen worden, nachdem er sich monatelang gegen eine Kaution von einer Million Mark und bestimmten Melde-Anfragen auf freiem Fuß befand. Von erheblicher Tragweite kann der erwähnte Anklagepunkt der Staatsanwaltschaft sein, Garski habe über die finanzielle Lage eines bestimmten Projekts in Saudi-Arabien, wo Garskis Firma „Bautechnik“ tätig war, gegenüber der kreditgebenden Berliner Bank unwahre Angaben gemacht.

Denn nach den Unterlagen des Bankvorstandes, der damals im Amtszimmer des „Regierenden“ Dietrich Stobbe gemeinsam mit einigen SPD/FDP-Fachsenatoren eine Beratungsrunde abhielt, beschloß schließlich der Senat im Juli 1980, den Bürgerschaftsantrag zu bewilligen. Offenbar entschieden somit die Politiker in bestem Glauben und der sicheren Annahme, die von der Bank mitgeteilten Angaben seien verlässlich. Die Anklage glaubt nun nach-

weisen zu können, daß die von Garski vorgelegten Zahlen falsch und folglich sowohl die Bank als letzten Endes auch der Senat wegen des wahren Sachverhalts hinteres Licht geführt worden wären.

Die Koalitionspolitiker stellten damals nach dem Vortrag der Bankvertreter ihre Bedenken zurück. Die kritischste Einstellung gegenüber dem weiteren 25,8-Millionen-Kredit legte der damalige Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) an den Tag, drang damit jedoch nicht durch.

Als das Unternehmen Ende 1980 Konkurs anmeldete, nachdem die Berliner Bank alle Zahlungen gestoppt hatte, wurde der SPD/FDP-Senat für den Bürgerschaftsfall von rund 93 Millionen Mark an Steuergeldern politisch haftbar gemacht. Unter dem Druck seiner eigenen FDP-Fraktion mußte zunächst Wirtschafts- und Bürgerschaftssenator Wolfgang Luder seinen Hut nehmen.

Mitte Januar 1981 geriet der Senat unter Stobbe schließlich insgesamt in den Strudel der Ereignisse, als Stobbe vergebens versuchte, durch eine umfassende Senatsumbildung neuen politischen Bewegungsspielraum zu gewinnen. Der Senat trat zurück.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, noch in der kurzen Ara Vogel eingesetzt, vermochte schon damals keinem der beteiligten Politiker irgendeine konkrete Schuld oder Leichtfertigkeit bei ihrer Entscheidung nachzuweisen.

Die Staatsanwälte arbeiteten sich bei ihren Ermittlungen durch 1000 Aktenordner. Die Anklageschrift umfaßt 391 Blatt und weist auf 401 Dokumente hin. Die Ankläger wollen 51 Zeugen - darunter viel politische Prominenten mitsamt früheren Senatsmitgliedern - zwei sachverständige Zeugen und einen Sachverständigen benennen.

Die Staatsanwaltschaft wirft Garski fargesetzten Betrug in besonders schweren Fällen und in einem speziellen Fall sowie die mehrfache Fälschung seines Reisepasses vor. Dabei soll Garski seinen Namen in „Gardeiner“ und „Dietrich“ geändert haben, um nicht entdeckt zu werden. Nach Garski war seit Juli 1982 weltweit gefahndet worden. Im April 1983 wurde er auf den niederländischen Antillen festgenommen und nach Berlin gebracht.

Folgt das Gericht den Vorwürfen der Anklage, müßte Garski mit einer Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahren rechnen. Sein Anwalt Manfred Studier meinte, im Prozeß werde er alle Vorwürfe gegen seinen Mandanten entkräften, „wenn die Verhandlung vorurteilsfrei und sachgerecht geführt wird“. Zunächst haben Garskis Verteidiger eine Erklärungsfrist zur Anklage bis zum 1. März.

Die Banken zum „Leistungswillen“ Was wir uns leisten können, hängt von unserer Leistung ab

Der Wunsch wird nicht von jedem geteilt: Leistung muß sich wieder lohnen. Vielen ist der Zusammenhang zwischen Leistung und Lohn aus dem Blickfeld verschwunden; und mancher meint sogar, Leistung und Lebensfreude schließen einander aus.

Nicht zuletzt politische Einflüsse und staatliche Eingriffe haben das Verhältnis zur Leistung gestört. Soziale Wohltaten nährten Illusionen; überhöhte Steuern und Sozialabgaben weckten Unwillen. Dabei kann es keinen Zweifel geben: Unser Wohlstand, unser sozialer Standard wie auch unsere Zukunft hängen von unseren Leistungen ab. Und das müssen, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen und zugleich unsere Probleme lösen wollen, Spitzenleistungen sein.



Wir Banken meinen: Leistung schafft Erfolg, Wohlstand, Lebensfreude. Wir setzen auf den Bürger, der das, was er sich leistet, von seiner eigenen Leistung abhängig macht. Und wir sind sicher, dies ist die große Mehrheit.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.



Zahl der Asylbewerber steigt wieder

dpa, Frankfurt

Die Welle ausländischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland steigt nach einem vorübergehenden Rückgang in den Jahren 1982 und 1983 wieder an. Allein in Hessen haben im Oktober und November jeweils mehr als 600 Flüchtlinge um Asyl nachgesucht. Damit kamen in diese zentrale hessische Anlaufstelle während der vergangenen beiden Monate halb soviel Asylbewerber wie

DekaDespa-Info Nr. 5

Mit DespaFonds* beteiligen Sie sich an ertragreichen kommerziellen Immobilien im ganzen Bundesgebiet.

Dieser SparkassenFonds bietet Ihnen damit eine attraktive, bequeme Sachwertanlage.

Mehr über DespaFonds und seine Steuervorteile erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Despa*

im gesamten vergangenen Jahr, als in Hessen knapp 2400 Asylanträge gestellt wurden.

Das hessische Innenministerium hatte zuvor den vorübergehenden Rückgang der Flüchtlingszahl 1982/83 auf das Inkrafttreten des neuen Asylverfahrensgesetzes am 1. August 1982 zurückgeführt. Mit der Gesetzesnovelle wurde unter anderem die Sozialhilfe für die Betroffenen verkürzt und ein zweijähriges Arbeitsverbot für Asylbewerber ausgesprochen. Damit sollten sogenannte Wirtschafts-Flüchtlinge abgeschreckt werden.

Die meisten Flüchtlinge kommen aus Iran, Afghanistan, Sri Lanka, Indien und Äthiopien. Sie melden sich überwiegend in Bebra (aus Sri Lanka via Ost-Berlin und die „DDR“) oder auf dem Frankfurter Flughafen (aus Afrika und Asien) bei den Behörden.

Befreiungstheologie hat keine Wurzeln im Volk

WELT-Gespräch mit Bonaventura Kloppenburg

JÜRGEN LIMINSKI, Köln

Die Theologie der Befreiung ist ein „elitäres Denken in wenigen Köpfen“. Die Masse der Menschen in Lateinamerika „bleibt davon unberührt“. Diese Thesen vertritt der Weibischhof von Salvador da Bahia/Brasilien. Bonaventura Kloppenburg, der jahrzehntlang Priesterseminare in Mexiko, Ecuador, Kolumbien und Peru führte und heute als Leiter des Pastoralinstituts der lateinamerikanischen Bischöfe-konferenz einen ziemlich umfassenden Überblick über die Denkweisen im Klerus der Region hat. In den Seminaren konnte er aus nächster Nähe die Arbeit führender Befreiungstheologen wie Leonardo Boff oder Gustavo Gutierrez kennenlernen und beobachten. Boff war jahrelang Sekretär Kloppenburgs.

In einem Gespräch mit der WELT am Rande des vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ausgerichteten Symposiums „Kirche und Wirtschaft im Dialog über Probleme der Entwicklungspolitik“ sagte der Bischof: „Die Befreiungstheologie hat keine Wurzeln im Volk. Von den jährlich 300 Absolventen des Pastoralinstituts kennen vielleicht 50 etwas genauer diesen Begriff. 20 davon können sich für die Befreiungstheologie begeistern, 30 sind dagegen. Die anderen kümmern sich nicht darum.“

Das große Echo im Ausland erklärt der besonnen und abwägend sprechende Bischof zum einen mit der „Lautsprecher-Funktion der Medien“. Die Befreiungstheologen hätten wichtige Zeitschriften in ihrer Hand, unter anderem „Contato“, „Servir“, „Christus“ und „Revista Eclesiástica Brasileira“. Zum anderen sei das große Echo wohl auch darauf zurückzuführen, daß im Ursprungsland der Befreiungstheologie, nämlich Europa, dieses Thema auf ein besonders starkes Interesse stöße. Kloppenburg: „Alle führenden Befreiungstheologen in Lateinamerika haben in Europa studiert und ihre Ideen von dort mitgebracht. Diese Theologie ist in Europa geboren.“ Mit der Popularität der Befreiungstheologie in Lateinamerika verhalte es sich etwa so wie mit der kommunistischen Partei bei den jüngsten Wahlen in Kolumbien. Überall habe man ihre Plakate gesehen. Sie erhielt aber nur sechs Prozent der Stimmen.

Der Weibischhof von Bahia warnt davor, diese Spielart der Theologie mit der Option für die Armen zu verwechseln. Diese Option sei „notwendig“ und „für uns eine Gewähr für die Glaubwürdigkeit unseres christlichen Lebens“. Das Verständnis aber, das manche Bischöfe in Lateinamerika für die „Mystik aufbringen, wie sie die Befreiungstheologie nennen“, lehnt Kloppenburg ab, wenn damit auch die marxistischen Elemente dieser Theologie gedeckt werden sollen. Denn die kritische Übernahme marxistischer Termini und Denkweisen in die Pastoral führe zur Gleichsetzung von Armut und Proletariat, Sozialkonflikt und Klassenkampf. Wer das nicht erkenne, komme in den Verdacht der Ignoranz.

Die durch die Instruktion der Glaubenskongregation verurteilte (marxistische) Variante der Befreiungstheologie sei gewiß „kein Phantasiegebilde des heiligen Stuhls“. Hier widerspreche er auch den Ansichten von Kardinal Paulo Arns (São Paulo), eines Lehrers von Leonardo Boff. Theologen wie Boff, wollen den Klassenkampf in die Kirche hineintragen, weil sie den Kapitalismus für ein in sich schlechtes, nicht korrigierbares Übel und die Methode der marxistischen Analyse für wirklich wissenschaftlich halten.

Kloppenburg unterscheidet zwei Generationen von Befreiungstheologen. Zur älteren rechnet er Gutierrez, Torres, Gonzalo Ryo, Paolo Richard, Enrique Dussel, der die Kirchengeschichte Lateinamerikas im Sinne des Marxismus umschreiben wolle, ferner Juan Luis Segundo und Segundo Gallean. Sie alle würden gern die katholische Soziallehre zugunsten des Marxismus verstoßen.

Er sei in diesem Zusammenhang sehr erfreut darüber, daß das Symposium des Instituts der deutschen Wirtschaft sich so deutlich für eine Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung ausgesprochen habe. Der Dialog der Wirtschaft mit den Kirchen müsse auch in Lateinamerika auf dieser Basis geführt werden. Zur zweiten Generation zählt der Autor das angeführte Buches „Die Volkskirche“, in dem er schon Mitte der sechziger Jahre die Entwicklung richtig voraussagte, vor allem die Gebrüder Boff und ihre Schule.

So nutzen Frauen ihre Chancen

Von M. WEIDENHILLER

Ankara im Dezember: vom Smog umgeben, von Kälte durchdrungen. Auf seinen Höfen die monumentale Grabstätte Atatürks. Kaum ein Besucher findet jetzt den Weg hierher. Aber sein Name fällt dieser Tage um so häufiger, ihm vorangesetzt die Worte „unser großer Führer“. Ausgesprochen von Frauen, die ihn zutiefst verehren und achten. Denn sie verdanken ihm, nicht mehr Bürger zweiter Klasse zu sein. Sie feiern, was er ihnen vor 50 Jahren als Geschenk darbot: das Wahlrecht.

Schon 1926 hatte Atatürk das Schweizer Zivilrecht eingeführt, die Frau gleichberechtigt, die Polygamie in der Türkei abgeschafft. Hand in Hand damit ging die Säkularisierung. Revolutionär waren diese Reformen allemal, hatte doch die moslemische Priesterschaft das Leben der Nation mehr als 1000 Jahre lang geprägt. Und heute? Wie haben die Türkinnen diese Gesetze mit Leben erfüllt, wie haben sie ihre Chancen genutzt? Mit diesen Fragen beschäftigten sich türkische und ausländische Parlamentarierinnen, Vertreterinnen von Frauenverbänden, Professorinnen, Frauen, die sich für „ihre Sache“ engagieren.

Das Parlament, 1983 nach drei Jahren Militärdiktatur gewählt, verneigte sich vor den Frauen mit einer Sondersitzung. Stolz wiesen diese darauf hin, daß Frankreich zehn Jahre später als die Türkei, Portugal gar erst 1976 den Frauen das Wahlrecht gewährte. Aber der Fortschritt trägt keine Siebenmeilenstiefel: Von den 400 Mandaten im Parlament in Ankara haben Frauen nur zwölf inne. Und sie sind nicht Durchschnitt, sondern Elite, Frauen, die aus privilegierten Familien stammen, daher die Chance zu Ausbildung und Karriere hatten.

Nur einmal in den 50 Jahren hat eine Frau aus dörflichem Milieu es geschafft, ins Parlament gewählt zu werden. Die Mehrheit der Frauen lebt in den etwa 40 000 Dörfern des Landes. Hier ist Fatma oder Göksel zu Hause, wie wir die Türkin hierzulande als typisch empfinden und erleben. Mit Kopftuch und bunter Pluderhose, eingemummelt und konturlos und ganz der Familie, den Kindern, der täglichen Plackerei auf den Feldern zugewandt. Der Karikatürist der „Turkish Daily News“

ging ihr Dasein ein: Männer sitzen im Kaffeehaus, Frauen werkeln auf den Feldern, ein Mann reitet auf dem Esel, während seine Frau neben ihm zu Fuß einhertrotzt. Dennoch, so hat eine Umfrage ergeben, ist die Mehrheit dieser Frauen zufrieden, beurteilen sie ihre Situation als glücklich.

Die Frauen, deren kritische und auch selbstzufriedene Vorträge wir in Ankara anhörten, mit denen wir uns unterhalten, denen wir auf Empfindungen begegnen, tragen Pelz und Schmuck, sind selbstbewußt. Welten trennen also die Türkin von der Türkin.

Eine Brücke zu bauen, um die sozioökonomischen Unterschiede zu mindern und den Dorffrauen eine Chance zu Schulbildung zu geben, ist die vordringliche Aufgabe, der sich die Regierung stellen muß, der sich die Frauenverbände verschrieben haben. Nur so können sich Frauen Wissen über ihre Rechte aneignen, um sie dann auch, und nicht nur zu ihrem eigenen Vorteil, zu nutzen.

TURKEI

zen. Schulpflicht herrscht zwar bis zum Alter von 15 Jahren, aber es fehlt an Schulen. Noch immer sind 75 Prozent der weiblichen Landbevölkerung von 20 bis 24 Jahren noch nie zur Schule gegangen.

Im Nachteil waren sie schon immer, die Mädchen. Turkan Akyol, die 1971 die erste Ministerin (für Gesundheit) wurde, erinnert sich: „Wurde nach der Zahl der Kinder gefragt, gab man nur die Zahl der Jungen an. Die Mädchen zählten nicht. Ich habe es selbst erlebt.“ Solche Sätze zeigen an, welche Leistungen in den 50 Jahren erbracht wurden, welche Arbeit noch zu erbringen ist.

Türkan Arıkan, Hochschullehrerin und Abgeordnete, eine zupackende und pragmatische Frau, arbeitet an einem Lehr- und Lernprogramm mit, das vor allem den Frauen auf dem Lande zugute kommen soll: Bücher über die Frau, ihren Lebens- und Problembereich darstellend, werden in den Dörfern verteilt, finden auch Eingang in den Schulungsplan bei den Streikkräften. Denn eine Frauenemanzipation, so Frau Arıkan, ist nur möglich, wenn sich auch Bewußtsein und Verhalten der Männer ändern. Theaterstücke und Kassetten (Videorecorder gibt es in vielen

Dörfern) sollen neues Bewußtsein wecken, verkrustete Traditionen aufbrechen, praktische Hilfe geben.

Hilfsbedürftig sind die Türkinnen nicht in allen Bereichen, wie statistische Angaben belegen: jeder fünfte Jurist, jeder sechste Arzt ist eine Frau. Weibliche Abgeordnete und Offiziere, Angestellte im öffentlichen Dienst weisen ein höheres Bildungsniveau auf als ihre männlichen Kollegen. Lehrerin, Sozialarbeiterin, Sekretärin gelten auch hier als typisch weibliche Berufe. Überraschend daher, daß sie überwiegend von Männern ausgeübt werden.

Genießt die Frau im Arbeitsleben einige gesetzlich verbürgte Vorteile, muß sie darauf achten, daß sie ihr nicht ins Gegenteil verwandelt werden. So sind Firmen, die mehr als 300 Frauen beschäftigen, verpflichtet, eine Kindertagesstätte einzurichten. Viele unterlaufen aber diese Zahl. machen bei 299 halt. Frauen können ungeachtet ihres Alters nach 20 Jahren beruflicher Tätigkeit in Rente gehen. Dies soll künftig erst möglich sein, wenn sie mindestens 50 Jahre alt sind. Ihre Lebensarbeitszeit würde dadurch erheblich verlängert.

Zwar verbietet es kein Gesetz, es ist dennoch Tatsache. Eine Türkin kann nicht „Kaymakçı“ werden, Gouverneur auf Provinz- oder Lokalebene. Dem türkischen Mann scheint es unerträglich zu sein, daß eine Frau „einem Dutzend Männern übergeordnet ist“, heißt es dazu in einem kritischen Kommentar zum Jubelfest des Frauenwahlrechts.

So hätten vor einigen Jahren mehrere Frauen versucht, die Prüfung zur Aufnahme in das Innenministerium zu machen, sich also auch den Weg zum Kaymakçı zu ebnen. Aber sie „versagten“ entweder bei den Tests, oder ihre Unterlagen gingen „verloren“. Nur eine Frau schaffte die Hürde. Sie hieß Müzaffer. Müzaffer ist auch ein Männername. ... Der Innenminister wies die Beschuldigungen prompt zurück. Warten wir's ab, ob er bald die erste Gouverneurin präsentiert.

Wie denken die Frauen nun selbst über die Gleichberechtigung? 61 Prozent der weiblichen ländlichen Bevölkerung akzeptieren die dominierende Stellung des Mannes, dagegen nur 28 Prozent der Türkinnen in den Städten.

Fatma wird das Kopftuch noch lange tragen.

Partei greift jetzt Pater Jankowski an

DW, Warschau

Nach den Arbeiterdemonstrationen vom vergangenen Sonntag hat die Danziger Presse gestern scharfe Kritik an dem Beichtvater Lech Waleśas; Pater Henryk Jankowski, genannt „Das KP-Organ“, „Głos Wyzwolenia“ warf dem Pater vor, seine Brigitten-Kirche zu einem Zentrum für Menschen aus ganz Polen gemacht zu haben, die dort ihrer „Abneigung gegen den Sozialismus“ freien Lauf ließen. Die Zeitung klanderte die Vorgesetzten Jankowskis an, gegen den Geistlichen vorzugehen.

Jankowski kündigte seinerseits an, daß er bei den zuständigen Behörden offiziell gegen das Vorgehen der „Anti-Aufbruch“-Einheiten protestieren werde. Am Sonntag waren in Danzig 10 000 Menschen von der Brigitten-Kirche zu dem Mahnmal vor der Lenin-Werft für die Opfer des 16. Dezember 1970 gezogen. Die Demonstration war von der „Żołnierze“ gewaltsam aufgelöst worden. Die rund 20 Festgenommenen, darunter der ehemalige „Solidaritäts“-Vize Andrzej Gwiżdża und der frühere „Solidaritäts“-Führer von Łódź, Grzegorz Palka, waren bis Montag nachmittags noch nicht wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Arzt des Warschauer City-Krankenhauses, Marek Bagdewski, glaubt nicht daran, daß die Mörder des Priesters Popieluszko einen „ontentlichen“ Prozeß bekommen. Man werde die Mörder genauso decken, wie das im Fall des Abiturienten Grzegorz Przemyski der Fall gewesen sei, erklärte der Arzt auf einer vom britischen Parlamentsabgeordneten Sir Philip Goodhart einberufenen Pressekonferenz in London. Der gesamte darauffolgende Prozeß, bei dem den Krankenpflegern der Tod des Abiturienten zur Last gelegt wurde und die Polizeibeamten freigesprochen wurden, sei eine makabre Farce gewesen.

Er habe als diensthabender Arzt am 13. Mai 1982 den jungen Lyriker bei der Aufnahme in das Krankenhaus gründlich untersucht, im Beisein der Mutter habe der junge Mann kurz vor seinem Tode bei vollem Bewußtsein seine Peiniger genannt, also die Milizbeamten, die ihn mißhandelt hätten. Seine Aussagen seien zuerst von der Staatsanwaltschaft protokolliert, dann jedoch vom Staatsanwalt aus dem Verkehr gezogen worden.

Raus aus dem Ofen und ab geht's mit Brummi. Frisch schmeckt Brot nun mal am besten.

Frisch gedruckt und schon unterwegs: Mit Brummi.

Frische Blumen zu jeder Jahreszeit: Brummi bringt's.

Für Frischgut herrscht höchste Eisenbahn: Brummi.

Brummi tut alles, damit Frisches frisch ankommt. Er ist pünktlich zur Stelle, um die Waren abzuholen. Er läßt sich moderne Ladetechniken einfallen, die viel Zeit sparen, und Spezialaufbauten, in denen das Frischgut auf der Fahrt bestens aufgehoben ist. Und er bringt

alles auf dem schnellsten und direktesten Weg ans Ziel. Ohne Umladen oder langes Hin- und Herrangieren. Darum ist es kein Wunder, daß Frisches am liebsten mit Brummi fährt.

Brummi.
Da bleibt kein Wunsch
auf der Strecke.

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF).

هكذا من الأهل

Hongkonger sagen zum Abkommen „ja, aber“

Umfragen drücken Sorge über Stabilität nach 1997 aus

JOHNNY ERLING, Bonn
Wenn Margaret Thatcher morgen mit dem chinesischen Premier Zhao Ziyang in Peking eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung unterzeichnet, die im Jahr 1997 die Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China vorsieht, kann sie davon ausgehen, daß die an dem Vertragwerk unbeteiligten 5,4 Millionen Hongkonger mit Vorbehalten einverstanden sind. Zu diesem Ergebnis sind übereinstimmend mehrere Umfragen gekommen, mit denen die Stimmung in der Kronkolonie erforscht wurde.

Eine von britischer Seite gestartete Befragung im November kommt zu dem Schluß, daß „die meisten Bewohner Hongkongs das Abkommen akzeptieren“. In siebenwöchiger Arbeit hatte das vom Gouverneur dafür eingesetzte Assessment Office (Amt für Beurteilung) unter Aufsicht einer vom britischen Außenminister Howe ernannten Expertengruppe repräsentative Meinungen ausgewertet. Unter 679 Stellungnahmen von Organisationen und Firmen sprachen sich nur 33 gegen das Abkommen aus, von 1815 Privatpersonen äußerten sich 364 ablehnend. Peking bezeichnete den Report offiziell als eine rein „britische Angelegenheit“, ließ aber durchblicken, daß es ihn für nützlich hält.

Differenzierter fiel die bislang größte Umfrage aus, die kurz zuvor von der unabhängigen „South China Morning Post“ veröffentlicht wurde. Zwischen dem 16. Oktober und dem 2. November ließ sie 6124 Personen interviewen. 90 Prozent der Befragten konnten sich darauf verständigen, das mit Peking vereinbarte Abkommen sei besser als keines zu haben. Nur zehn Prozent der Befragten bewerteten es mit einem „sehr gut für uns“ und weniger als ein Prozent mit „sehr schlecht“. Die Mehrheit gab ein Votum ab, daß die Zeitung als ein „ja, aber“ charakterisierte.

Das „Aber“, so alle Umfragen, bestimmt heute das Denken der Hongkonger. „Wir hatten keine Mitsprachemöglichkeit“, hörten die Umfragten von den Befragten, „was haben wir für eine andere Alternative als zuzustimmen?“. Mit diesem Argument hatten Kritiker bereits die Umfrage des Assessment Office als Farce abgetan. Das sei sie nicht, entgegnete ein hoher Beamter, so die „Far East

Unsicherheit in der Welt (I): Spanien

Wer zuerst schießt, überlebt

In fast allen Ländern wachsen die Kriminalität und die Verbrechensbekämpfung zu einem innenpolitisch brisanten Thema heran. In einer losen Artikelreihe schildern die Korrespondenten der WELT Zustand und Problematik der Sicherheitslage in Europa und Amerika.

ROLF GÖRTZ, Madrid
„Noch hat das Klima der Unsicherheit nicht den Grad panischer Psychose erreicht, wohl aber existiert eine tief empfundene Angst nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Wohnungen.“ So offen charakterisierte dieser Tage der Chef der neu geschaffenen Sondereinheit der Polizei zur Bandenbekämpfung in Barcelona die blasser Angst seiner Mitbürger. In Villenorten von Madrid kurven privatbezogene bewaffnete Wachmannschaften, in Arbeiterquartieren, die nicht weniger unter der Plage von allem jugendlicher Raubhandlungen leiden, rotet man sich gelegentlich zu einer Selbstwehr zusammen.

Madrid setzte dieses Jahr 550 Polizisten zusätzlich ein. Sie sollen zu Fuß die motorisierten Streifen ergänzen. „Aber was sind schon 550 Mann mehr in 38 besonders gefährdeten Stadtteilen einer Viermillionenstadt“, fragten vor allem Apotheker, Juweliere, Uhrmacher und Bankangestellte. Es gibt Geschäfte, die im vergangenen Jahr bis zu dreifach den nervös herausgepressten Satz hielten: „Dies ist ein Überfall!“

Angst wird Routine
Junge Leute, viele Minderjährige darunter, stehen dann mit Pistolen, Jagdgewehren mit abgesägtem Lauf, scharf gefeierten Schraubenziehern oder Messern vor Ladeninhabern, Kunden und Angestellten. Angst wurde zur Routine. Und Verweigerung. Der sechzigjährige Inhaber eines kleinen Madrider Schmuckgeschäftes sah aus dem Hinterzimmer kommend seine Frau, bedroht von zwei Bewaffneten, deren Nervosität die Drogensucht erkennen ließ. „Ich zog meine Pistole und schoß. Ich traf auch; aber ich werde es nie wieder loswerden, daß ich einen Menschen erschöß.“ Meist liegt allerdings der Geschäftsinhaber am Boden.

Jugoslawischer Politiker rügt Kardinal König

Würdigung Stepinacs sei eine „grobe Einnischung“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Der extrem scharfe Angriff eines führenden jugoslawischen Politikers auf den Wiener Erzbischof und Kardinal Franz König hat Spekulationen über eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche in Jugoslawien ausgelöst.

Dusan Dragosavac, Mitglied des Präsidiums der jugoslawischen KP und einer der einflussreichsten Spitzenfunktionäre in Kroatien, hat den Wiener Kardinal beschuldigt, sich auf „grobe Weise“ in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt zu haben. König habe während des eucharistischen Kongresses in Marija Bistrica den verstorbenen kroatischen Kardinal Alojzije Stepinac positiv gewürdigt.

Dragosavac, der zur serbischen nationalen Minderheit in Kroatien gehört und in Zagreb als Vertreter eines harten Kurses gilt, richtete auch Attacken gegen namentlich nicht genannte jugoslawische Regierungsvertreter. Diese hätten sich von einer Predigt Kardinal Königs im kroatischen Marien-Wallfahrtsort „desorientieren“ lassen. Dragosavac wirft diesen Regierungsvertretern vor, sie hätten den Wiener Kardinal nach dessen Eintreten für Stepinac sofort des Landes verweisen müssen.

Kardinal Alojzije Stepinac, um den immer wieder Polemiken zwischen Kommunisten und katholischer Kirche in Jugoslawien und Kroatien aufflammen, war während des Zweiten Weltkrieges und danach katholischer Erzbischof von Zagreb. Die Kommunisten, die ihn zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilten, bezeichnen ihn heute noch als Staatsfeind, Reaktionär und Kriegsverbrecher. Stepinac starb 1960 in der Verbannung. Seine Beisetzung in der Zagreber Kathedrale wurde zu einer Massendemonstration. Heute ist sein Grab ein Wallfahrtsort. Von vielen kroatischen Katholiken wird er als Märtyrer betrachtet.

Erstaunlich ist, daß das Präsidiumsmitglied Dragosavac erst jetzt auf einen Vorfall zu sprechen kommt, der sich im September ereignete. Damals erklärte Kardinal König – der als persönlicher Vertreter des Papstes zum kroatischen eucharistischen Kongreß gekommen war – in einer

Predigt wörtlich: „Es war mir eine große Freude, als ich gestern in der Zagreber Kathedrale als Abgesandter des Heiligen Vaters der Eröffnung des eucharistischen Kongresses beiwohnen konnte – in der Nähe des Grabes von Stepinac, mit dem mich Jahre gemeinsamer Studien in Rom ebenso wie Jahre der Gemeinschaft über das Grab hinaus verbanden.“

Diese an sich unpolitische Bemerkung hat bei Dragosavac und wahrscheinlich auch bei anderen jugoslawischen Spitzenfunktionären zu einer hochpolitischen Reaktion geführt, aus der sich die ganze Empfindlichkeit des „Falles Stepinac“ – und damit das Erbe des innerkroatischen und innerjugoslawischen Bürgerkrieges zwischen Katholiken und Orthodoxen, Kommunisten und Faschisten, Nationalisten und Moslems ergibt.

Zugleich gibt Dragosavac zu erkennen, daß es in der Politik gegenüber der katholischen Kirche – ebenso wie in vielen anderen Fragen – innerhalb der jugoslawischen Kollektivführung offenbar keine einheitliche Linie mehr gibt. Überwiegend zeigte sich das bereits am Verlauf des eucharistischen Kongresses im Spätsommer, zu dem der Papst ursprünglich eingeladen war, dann aber – auf Druck dogmatischer Parteikreise – wieder ausgelassen werden mußte.

Kardinal König, der damals anstelle von Johannes Paul II. erschien – obwohl man weiß, wie gerne der polnische Papst zu seinen slawischen Glaubensbrüdern in Kroatien gefahren wäre –, ist nun in das Schußfeld auch der jugoslawischen Medien geraten. Die Belgrader Parteizeitung „Borba“ bezeichnete den Wiener Kardinal als „typischen Vertreter des habsburgischen Österreich“ und folglich als Gegner der jugoslawischen Staatsidee. König habe, so heißt es in der „Borba“, die jugoslawische katholische Kirche unter „österreichisches Kuratel“ gestellt. Obwohl Kardinal König von höchsten jugoslawischen Politikern – unter anderem durch den verstorbenen Tito-Stellvertreter Edvard Kardelj – über den „nationalen Verrat“ des Kardinals Stepinac unterrichtet worden sei, habe er an seiner positiven Bewertung des verstorbenen kroatischen Kirchenfürsten festgehalten.

Kann man auf Tierversuche verzichten?

Zur Sache:

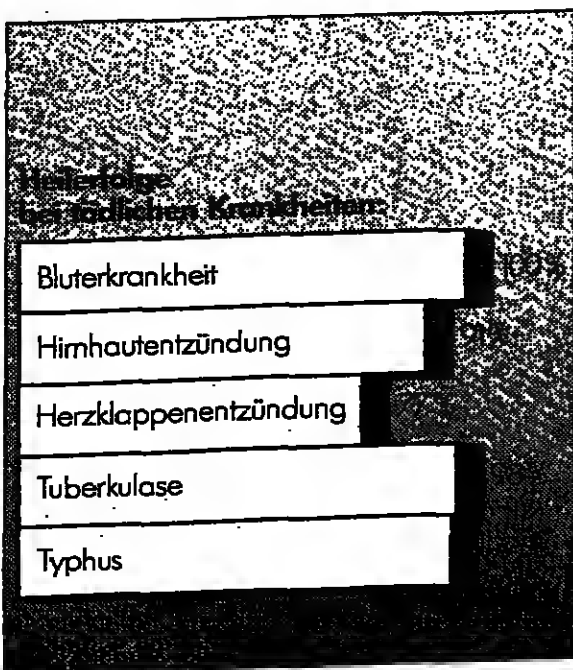
Bei der Bekämpfung von Krankheiten sind Tiere unersetzbare Stellvertreter für den Menschen. Diesen Versuchstieren verdanken wir, daß viele Krankheiten nicht mehr tödlich sind.

Hunderttausenden Menschen wird Jahr für Jahr durch Arzneimittel vorzeitiger Tod und langes Leiden erspart. Diese Arzneimittel wären ohne Tiere nicht entwickelt worden.

90 Prozent aller Versuchstiere sind Mäuse und Ratten. Bei ihnen ist die Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf den Menschen im erforderlichen Maße gewährleistet.

Die deutschen Arzneimittel-Hersteller sind bemüht, die Zahl der unumgänglichen Tierversuche Jahr um Jahr zu senken und sie gegen andere Forschungsmethoden auszutauschen.

Mit Erfolg. Von 1977 bis heute ist die Zahl der benötigten Versuchstiere bereits um 30% zurückgegangen.



Beispiele von Heilerfolgen mit Arzneimitteln, die ohne Wirkstoff-Forschung am Tier nicht möglich gewesen wären.

Es gibt nur einen vernünftigen und moralisch gerechtfertigten Grund für wissenschaftliche Versuche an Tieren: die grundlegenden Lebensbedürfnisse von Menschen und Tieren.

Zu diesen Lebensbedürfnissen gehören die Vorbeugung, Heilung und Linderung von Krankheiten oder Schmerzen, die Vermeidung von Gefahren für Leib und Leben.

Leukämie jetzt heilbar:

Jährlich erkranken bei uns etwa 500 Kinder an einer besonderen Krebsart, der akuten lymphoblastischen Leukämie. Bis vor einigen Jahren verlief sie in allen Fällen innerhalb weniger Wochen tödlich.

Mit einer neuen Kombination von Krebsmedikamenten – alle im Tierversuch erprobt – können jetzt jedes Jahr über 400 von diesen Kindern vor dem sicheren Tod bewahrt werden.

Zuckerkrankhe leben nur dank Tierversuchen

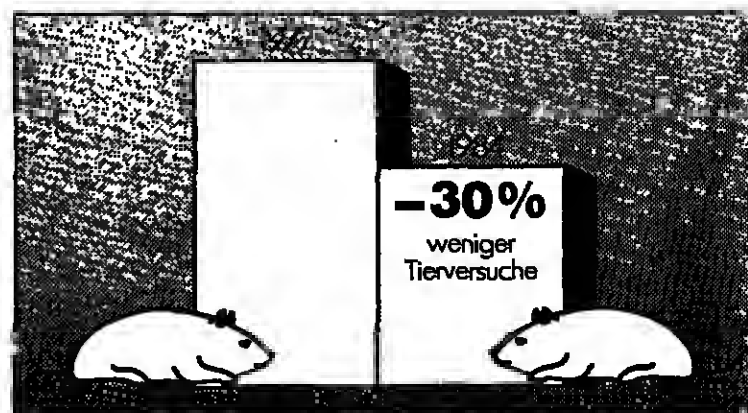
400.000 Zuckerkrankhe in der Bundesrepublik leben nur durch tägliche Insulinspritzen. Das Insulin wurde durch Forschung an Hunden entdeckt. Gewonnen wird es überwiegend noch aus Bauchspeicheldrüsen von Schlachttvieh, Schweinen und Rindern.

Insulin muß in seiner Wirkungsstärke regelmäßig überprüft werden. Dies kann bisher nur an Mäusen und Kaninchen geschehen. Aber nicht nur Insulin, viele andere lebensrettende Medikamente müssen regelmäßig an Tieren überprüft werden.

90% aller Versuchstiere sind Ratten und Mäuse

Nach 100 Jahren Arzneimittelforschung weiß man heute, welche Fragen mit Hilfe welcher Tierart beantwortet und welche Rückschlüsse aus den dabei gewonnenen Ergebnissen gezogen werden können.

Auf der Suche nach Alternativen zu Tierversuchen stehen die deutschen Arzneimittel-Hersteller an der Spitze. Von 1977 bis heute ist die Zahl der benötigten Tiere um 30% zurückgegangen.



Die meisten auf den menschlichen Organismus übertragbaren Erkenntnisse liefern Versuche an Mäusen und Ratten; sie stellen 90 Prozent der Tiere in der Arzneimittelforschung. Andere Versuchstiere wurden mehr und mehr zur Ausnahme.

Immer weniger Versuchstiere

Bereits zu Beginn der industriellen Arzneimittelforschung haben die Wissenschaftler entdeckt, daß sich im Einzelfall nach genaueren Ergebnissen im Reagenzglas oder mit anderen Labormethoden erzielen lassen.

Seither sind Kulturen von Bakterien, Geweben, isolierten Zellen, chemisch-mechanische Organmodelle, Computersimulationen und andere Testmethoden hinzugekommen.

Mehr als die Hälfte aller Versuche erfolgt inzwischen an derartigen technischen und biologischen Systemen. Fast alle diese Methoden sind in der pharmazeutischen Industrie entwickelt worden.

Im Zuge dieser Entwicklung ist die Zahl der benötigten Tiere zurückgegangen: Allein von 1977 bis heute um 30 Prozent.

Oft gibt es keine Alternativen

Bei vielen Fragen an einen neuen Arzneistoff wird auch künftig die Antwort nur am Tier gefunden werden können.

Der natürliche Ablauf komplizierter körperlicher Lebensvorgänge ist nach dem heutigen Stand der Technik nur am lebenden

Organismus erforschbar. Dies gilt für die Verteilung eines Arzneistoffes im Körper, seine Wirkung auf Atmung, Nervensystem, Herz oder Kreislauf, seine Verweildauer im Körper und unerwünschte Wirkungen auf Organsysteme.

Tierversuche sind Verpflichtung

Gegenüber den Menschen, die auf Heilung hoffen – aber auch gegenüber den Tieren, die der Pharmaforschung dienen.

Innerhalb der letzten hundert Jahre hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung der Deutschen verdoppelt. Vor einem heute geborenen Kind liegen über siebzig Lebensjahre. Dem Leben des Menschen sind natürliche Grenzen gesetzt.

Sie könnten in Zukunft weit jenseits des siebzigsten Lebensjahres liegen. Unsere Wissenschaftler arbeiten daran, daß Menschen nicht vorzeitig sterben müssen und daß sie frei von quälendem Schmerz und vermeidbaren Behinderungen ein menschenwürdiges Leben führen können. Wir nehmen unsere Verpflichtung auch den Versuchstieren gegenüber ernst – aber im Zweifelsfall hat der kranke Mensch doch den Vorrang in unseren Bemühungen.

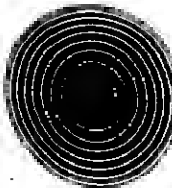
Viele Millionen Menschen verdanken Arzneimitteln Leben und Gesundheit. Grund genug, um wichtige Tatsachen ernst zu nehmen.

COUPON

Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.

Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main



Die deutschen Arzneimittel-Hersteller.

Fürstlicher Genuss



Der Sekt, der unseren Namen trägt, verdankt seinen eigenständigen Charakter ausgewählten deutschen Rieslingweinen. Zur feinen Ausgewogenheit und Abrundung seines unachahmlichen Buketts dienen uns die rassigen und stahligen Weine, die seit altersher im Bereich Johannisberg im Rheingau und in der Fürst von Metternich'schen Domäne Schloß Johannisberg kultiviert werden.

Sektkultur ist unsere Domäne

Fürst von Metternich

Domäne
FÜRST VON METTERNICH

FUSSBALL / Großes Lob für den Debütanten Olaf Thon

Der 3:2-Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Malta war der Abschluß eines Jahres, das vom Umbruch gekennzeichnet war. Der Wechsel von Jupp Derwall zu Franz Beckenbauer hat 1984 geprägt. Äußerer Zeichen der Veränderung: 33 Spieler kamen in der Nationalmannschaft zum Einsatz, 1983 waren es nur 26.

Elf Länderspiele gab es 1984, mit sieben Siegen, einem Unentschieden und drei Niederlagen (0:1 gegen Frankreich, 0:1 gegen Spanien bei der Europameisterschaft, 1:3 gegen Argentinien bei Beckenbauers Einstand). Nur Rudi Völler und Andreas Brehme haben alle Spiele mitgemacht. Letzter Debütant: Olaf Thon auf Malta, der hoch gelobt wird.

„Wir sind so glücklich wie bei einem Sieg.“ So sieht die Zeitung „L'Ora“ das 2:3 gegen Deutschland. „Ein bemerkenswertes Spiel und ein überaus ehrenvolles Ergebnis“, urteilt Maltes Zeitung „The Times“. Und George Abela, der Präsident des Fußballverbandes: „Das kleine Malta hat das große Deutschland zitiert lassen.“

Der Kaiser zeigt Härte – jetzt gegen Funktionäre und Schlachtenbummler

ULRICH DOST, La Valletta

Er hat stets etwas Liebenswürdiges an sich. Dazu weiche Gesichtszüge, die einen angenehmen und umgänglichen Menschen vermuten lassen. Franz Beckenbauer strahlt Ruhe und Souveränität aus. Doch hinter dieser Fassade brodelt es. Franz Beckenbauer, der so geduldig und liebenswert sein kann, hat die große Schere rausgeholt, um lange Zöpfe im deutschen Fußball abzuschneiden. Franz Beckenbauer, der sich nicht so leicht blenden läßt („Auf Malta stimmte nur das Ergebnis und die Leistung von Olaf Thon“), hat seinem Umfeld den Kampf angesagt: Die Funktionäre und die Schlachtenbummler des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die in dem Verein „Freunde der Nationalmannschaft“ zusammengefaßt sind, müssen sich in acht nehmen. „Kaiser Franz“, wie Beckenbauer als Spieler genannt wurde, steckt auch hier seinen Rahmen ab, in dem es nur einen Herrscher gibt: ihn selbst.

Der einzige, der vor des Kaisers Augen Gnade findet, ist sein Chef, Präsident Hermann Neuberg. Beckenbauer: „Er darf als einziger an Mannschaftssitzungen teilnehmen, auch wenn er es bislang noch nicht tat, oder mit der Mannschaft im Bus mitfahren.“ Die vielen Funktionäre, die der DFB bei jedem Länderspiel im Schlepptau hat, sind dem Teamchef ein Dorn im Auge. Erst recht dann, wenn einer seine Spieler kritisiert. Die Mannschaft und Lothar Matthäus trennen Welten, hat der alte Hamburger Spielausschuß-Vorsitzende Walter Baresel nach dem 3:2-Erfolg der Nationalmannschaft auf der Mittelmeerinsel Malta etwas leichtfertig einem Journalisten anvertraut. Der konfrontierte sogleich Franz Beckenbauer mit dieser Aussage, der sich kaum bremsen konnte: „Wenn der Walter Baresel nicht aufhört, die Spieler zu kritisieren, werde ich dafür sorgen, daß er zum letzten Mal mitfahren ist.“ Was sicherlich eine Demonstration von Stärke am falschen Objekt wäre. Denn gerade dem älteren, liebenswerten Herrn Baresel liegt es fern, ihm Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Und weil der Teamchef gerade einmal in Fahrt war, gab es noch weitere Rügen. „Manchmal dachte ich“, so

Beckenbauer, „ich wäre auf einer Hochzeitsreise.“ Der Lärm der Schlachtenbummler, ihre ständigen Autogrammwünsche – dies alles will Beckenbauer künftig nicht mehr haben. Er meint: „Die Mannschaft muß alleine wohnen und sich in Ruhe auf das Spiel konzentrieren können. Künftig werden wir nicht mehr mit den Schlachtenbummlern unter einem Dach wohnen. Wir richten eine halbstündige Autogrammstunde ein, damit hat es sich.“ Nach außen angenehm und nett, nach innen aber ein harter Hund, so präsentiert sich Franz Beckenbauer heute, ein Kaiser, der längst nicht mehr das Mäntelchen der Barmherzigkeit trägt.

Kaum jemand hat im deutschen Fußball einen Namen zu verlieren wie Franz Beckenbauer. Sein Name steht für Genialität im internationalen Fußball, Beckenbauer, das ist ein Markenartikel erster Güte. Einer wie er, der läßt sich nicht von Trittbrettfahrern beeindrucken. Der versucht alles auszuschalten, um sich später nicht den Vorwurf machen zu müssen, etwas übersehen zu haben.

So lebt er seinen Spielern den Beruf Fußball vor, die es allmählich auch begreifen. „Es war sicherlich nicht alles Gold, was glänzte“, meinte Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge nach seinem 80. Länderspiel, das sicherlich nicht zu seinen besten zählen wird. Aber er sagt auch: „Bei uns stimmt wieder das Engagement. Wir haben nie daran gezweifelt, daß wir verlieren könnten, auch als es 0:1 stand. Alle haben mitgezogen, niemand gab auf. Auf so eine Moral läßt sich aufbauen.“ Ob sie dieses Spiel mit Jupp Derwall noch umgebogen hätten? Eine hypothetische Frage gewiß und dennoch gab es meistens ein Kopfschütteln.

Bei ihrem neuen Teamchef gibt es keine Entschuldigungen oder Ausreden, das wissen die Spieler. Franz Beckenbauer geht auch nicht so leicht zur Tagesordnung über. Selbst nicht nach so einem Spiel, das meistens in die Kategorie fällt: Hauptsache gewonnen, möglichst schnell vergessen. Über die zwei Tore, die die deutsche Hintermannschaft hinnehmen mußte, wird noch geredet werden müssen. Beckenbauer: „Da haben wir uns ja ausspielen lassen wie

eine Schülermannschaft.“ Er klopft sich auch auf die eigene Brust, denn in der Vorbereitung sei das Hauptgewicht auf die Offensive gerichtet worden, weil es ja doch sehr unwahrscheinlich war, daß die Malteser oft vor das deutsche Tor kommen würden. Versäumnisse dieser Art wird es vor dem dritten WM-Qualifikationsspiel am 21. Februar 1985 in Lissabon gegen Portugal nicht geben.

Ob denn die Abstimmung zwischen drei Stürmern besser geklappt habe als bei der EM in Frankreich, wurde Karl-Heinz Rummenigge gefragt. Seine Antwort: „Wesentlich besser als in Frankreich. Wir standen uns nicht gegenseitig auf den Füßen.“ Und das nächste Spiel in Portugal, wieder mit Rummenigge, Völler und Klaus Allofs, der nach seinen beiden Kopfbalkontoren von Malta gute Karten besitzt? Rummenigge: „Das will ich nicht beantworten, das ist Sache von Franz Beckenbauer. Da will ich ihm bestimmt nicht reinreden.“ Beckenbauer wird es vom jeweiligen Gegner abhängig machen.

Die Einwechslung zur Pause des erst 18 Jahre alten Olaf Thon beim noch kritischen Spielstand von 1:1 beweist die Experimentierfreude des neuen Teamchefs. Sein Assistent Horst Köppel meinte: „Da haben wir gezeigt, daß wir auch Mut haben.“ Schon vor dem Spiel hat Beckenbauer über Thon gesagt: „Das wird einmal einer.“ Der nur 1,70 Meter große Schalk, der bei seinem ersten Dabeisein gleich 45 Minuten spielen durfte und voll überzeugen konnte, hat schnell begriffen, in welche Richtung die Nationalmannschaft marschiert. Er sagt: „Ich muß jetzt auf dem Teppich bleiben, man darf von mir keine Wunderdinge erwarten, die Sache war doch halb so schlimm. Rummenigge oder Völler, die sind doch noch zwei Klassen besser als ich, und die Malteser waren nicht stärker als eine defensiv eingestellte Oberliga-Mannschaft.“

Auf diese Leute kann Beckenbauer bauen, die nicht so schnell mit sich selbst zufrieden sind und die sich nicht in Selbstgefälligkeit ergehen. Das Jahr 1985 wird es endgültig zeigen, ob im deutschen Fußball eine neue Zeitrechnung begonnen hat.

STANDPUNKT

Bobfahren und Arbeit

Stefan Gaisreiter, ehemals Bob-Pilot der Weltklasse, jetzt Bundestrainer, bemängelt die fehlende professionelle Einstellung der deutschen Fahrer. Daß sie international hinterherfahren, habe einen simplen Grund, sagt Gaisreiter: „Sie gehen, und müssen das wohl auch, in erster Linie ihrem Beruf nach, bevor sie sich im Eiskanal quälen.“ Einer von ihnen, der zweimalige deutsche Meister Toni Fischer aus Ohlstadt, ist dennoch ein Bob-Bessener. Der 30 Jahre alte Kraftfahrzeugmechaniker mußte einen Kredit aufnehmen, um sich die Triumph-Fahrten in Königssee überhaupt leisten zu können.

Das ist die Situation – und sie ist international noch dadurch verschärft, daß in der DDR und in der Sowjetunion regelrechte Forschungsinstitute bei der Konstruktion eines Schlittens und beim Entwurf von Trainingsprogrammen zur Verfügung stehen. Dem will der Verband der Bundesrepublik nun entgegenwirken. Nach osteuropäischem Vorbild ist geplant, die Zusammensetzung der einzelnen deutschen Spitzenteams nicht mehr dem Zufall zu überlassen. Nicht mehr die Kameradschaft im Schlitten sei das Ausschlaggebende, sondern, wer fahrerisch und athletisch zueinander passe.

Das kann helfen, muß aber nicht unbedingt. Denn hinter solchen Überlegungen steckt eine Menge an Erfolgsdruck – von vornherein. Und wer sich bisher hierzulande diesem Sport mit Haut und Haaren verschrieben hat – wie zum Beispiel der Dortmunder Siegfried Roth – hatte sich damit auch selbst motiviert. So gesehen, wird die Idee des ehemaligen Bremers und jetzigen Sportdirektors des Verbandes, Siegfried Radant, erst noch ein Experiment bleiben. Denn wie sagte doch ein Bobfahrer in Königssee: „Wir müssen in erster Linie arbeiten, denn mit Bobfahren können wir kein Geld verdienen.“ Und wenn das schon nicht möglich ist – dann sollte es wenigstens noch etwas Spaß machen. Bobfahrer waren schon immer Männer mit oft eigenwilligen Dickköpfen.

K. Bl.

EISHOCKEY

Unsinn ist zufrieden

dpa, Moskau
Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn ist so leicht durch nichts zu erschüttern. Was macht das schon eine 0:6-Niederlage gegen den Eishockey-Weltmeister UdSSR? Wenn Unsinn, wie jetzt beim Auftaktspiel der deutschen Mannschaft beim Iswestija-Turnier in Moskau, sagt, er sei „nicht unzufrieden“, dann hat der 55 Jahre alte Augsburger wieder einmal das Image des deutschen Eishockeys vor größerem Schaden bewahrt.

Zwei Drittel lang konnte das Team von Xaver Unsinn bei der zweiten Teilnahme an diesem traditionsreichen Turnier sehr gut mithalten. So gar Viktor Tichonow, Trainer der UdSSR, bestätigte, daß sich die Mannschaft „wirksam verteidigt hat“. Nach 40 Minuten stand es im Luschniki-Park nur 0:2. Das ist schon etwas. Vor einigen Jahren hatte der damalige Trainer Anatoli Tarasow aus ähnlichem Anlaß bei einem Spiel gegen die Deutschen seine Stars in der Dreiteilung noch zum Straftrennung verdonnert.

Tichonow hat dies nicht nötig. Als die Sowjets etwas ernster machten, war es schnell um das deutsche Team geschehen. Die 14 000 Zuschauer, unter ihnen etwas 300 deutsche Fans, konnten aber nicht übersehen, daß die UdSSR nicht mit dem letzten Druck spielte. Sie boten gepflegtes, schönes Eishockey mit schnellen Kombinationen und herrlichen Treffern. Einen steuerte jedoch der Kölner Marcus Kuhl bei, denn bei einer mißglückten Rettungsaktion überwand er seinen eigenen Torwart Helmut de Raaf.

Mit der Leistung der jungen Spieler darf Xaver Unsinn beruhigt dem weiteren Verlauf des Turniers entgegen sehen. Bestnoten verteilte der Trainer an Torwart Helmut de Raaf (Kölner EC), der Karl Friesen (Rosenheim) glänzend vertrat, und an den 19 Jahre alten Axel Kammerer vom SB Rosenheim, der sein erstes Länderspiel mit kämpferischen Einsatz gut durchstand. Unsinn: „Die Burschen sind noch steigerungsfähig. Man muß sie nur langsam an die großen Turniere heranführen.“ Beim Bundestrainer sind sie in bewährte Hände.

NACHRICHTEN

Girardellis dritter Sieg

Madonna di Campiglio (dpa) – Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli (21) gewann sein drittes Weltcup-Ski-Rennen in dieser Saison. Beim Super-Riesenslalom in Madonna lag er vor den Schweizern Pirmin Zurbriggen und Martin Hangl. Bester Deutscher war Markus Wasmeier auf Platz zwölf. Die Kombination aus Slalom und Super-Riesenslalom gewann Andreas Wenzel aus Liechtenstein.

Peter Angerer Zweiter

Stjørdal (sid) – Olympiasieger Peter Angerer belegte bei einem Biathlon-Wettbewerb über zehn Kilometer in Gailo (Norwegen) Platz zwei hinter dem Norweger Rolf Storsveen. Hinter Angerer folgten mit Pichler, Reiter und Fischer noch drei Läufer aus der Bundesrepublik Deutschland.

Schuster verwarnet

Barcelona (dpa) – Der FC Barcelona verlor sein erstes Spiel der spanischen Fußballmeisterschaft mit 0:1 bei Athletic Bilbao. Bernd Schuster wurde wegen eines Foulspiels verwarnet.

Keine Bescheinigungen

Bonn (sid) – Die 60 000 Sportvereine dürfen auch weiterhin keine Spendenbescheinigungen für das Finanzamt ausstellen. Dies teilte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, dem SPD-Bundesabgeordneten Uwe Lambinus auf eine parlamentarische Anfrage mit.

Rückerstattung

Stuttgart (sid) – Mit der Verabschiedung des Haushaltsplans für 1985/86 hat der Landtag von Baden-Württemberg auch die Rückstattungsquote der Totalisatorsteuer von 80 auf 90 Prozent erhöht. 1982 war die Rückstattung dieser Steuer von 96 auf 80 Prozent gekürzt worden.

China besiegt

Singapur (sid) – Saudi-Arabien gewann das Finale des 8. Asien-Cups im Fußball mit 2:0 über China. Das Spiel in Singapur sahen 50 000 Zuschauer.

TENNIS / Schweden führt im Finale des Davis-Cups gegen die USA

Connors nur beim Fluchen stark

sid/dpa, Göteborg
Im Finale um den Davis-Cup haben die schwedischen Tennisspieler auf Sand gebaut, allerdings mit Erfolg. Nach dem ersten Tag führten sie überraschend gegen die USA, die mit John McEnroe und Jimmy Connors nach Göteborg angereist waren, mit 2:0. Und ein entscheidender Faktor für die Niederlagen der Amerikaner in den ersten beiden Einzelkämpfen war eben der langsame Aschenplatz, der eigens für dieses Endspiel in der „Skandinavium“-Halle aufgebaut worden war.

Die Niederlage von Jimmy Connors gegen den Schweden Mats Wilander (1:6, 3:6, 3:6) war von den 14 000 Zuschauern zwar nicht erwartet, aber erhofft worden. Mit dem Sieg von Henrik Sundström über Wimbledon-Sieger John McEnroe (13:11, 6:4, 6:3) hatte allerdings keiner gerechnet.

„So leicht hatte ich mir das nicht vorgestellt“, sagte Sundström später. McEnroe gewann gegen den Schwe-

den keinen Satz, für den ersten hatten die beiden Spieler allein 122 Minuten gebraucht. Als Hauptgrund für seine Niederlage führte McEnroe an: „Ich habe selten so schlecht aufgeschlagen wie in diesem Spiel.“

Hatten die beiden Amerikaner spielerisch an diesem Tag nicht so viel zu bieten wie gewohnt, so zeichneten sie sich auf einem anderen Feld aus: Beim Beschimpfen von Schiedsrichter und Zuschauern. Immer, wenn Connors beim Seitenwechsel am Hochsitz des englischen Schiedsrichters George Grime vorbeiging, nannte er ihn mal einen „warmen Bruder“, mal einen „Blinden“, mal schlug er mit seinem Schlägel gegen den Schiedsrichterstuhl. Connors mußte wegen seiner zum Teil obszönen Gesten sogar Punkt- und Spielverluste hinnehmen. Ihm drohte sogar eine Disqualifikation für das zweite Einzel, das heute gespielt wird. Nachdem er sich gestern ent-

schuldigt hatte, wurde er aber lediglich mit einer Geldstrafe in Höhe von 2000 Dollar belegt. Connors zu den Vorwürfen: „Ich habe nur über mich selbst geflucht.“

Mats Wilander, den die Streiterei in keiner Weise beeindruckte, sagte hinterher: „Ich habe die Regeln nicht gemacht. Doch sind sie nun mal da, und wir Spieler haben uns danach zu richten – oder man wird bei Verstößen eben bestraft.“

Im zweiten Match ließ McEnroe nichts unversucht, sich mit den Zuschauern anzulegen. Einem schrie er zu „Halt's Maul“, dann beschwerte er sich beim Schiedsrichter, weil ihn das Schwenken einer schwedischen Flagge störte. Des öfteren gab er den Besuchern mit obszönen Handzeichen zu verstehen, was er von ihnen hielt. Diese revanchierten sich auf ihre Weise. Als McEnroe zweimal auf der roten Asche wegrutschte, hatten sie nur böhmisches Gellächel für ihn übrig.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Super-Riesenslalom der Herren in Madonna di Campiglio: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:41,87, 2. Zurbriegen (Schweiz) 1:42,78, 3. Hangl (Schweiz) 1:43,20, 4. Egon (Österreich) 1:43,21, 5. Hinterseer (Österreich) 1:43,58, 6. Wenzel (Liechtenstein) 1:43,66, 12. Wamser 1:44,32, 19. Roth 1:44,58, 20. Felbinger (alle Deutschland) 1:44,92. Zwischenstand des Weltcups: 1. Zurbriegen (Schweiz) 104 Punkte, 2. Girardelli (Luxemburg) 95, 3. Wenzel (Liechtenstein) 87, 4. Eriacher (Italien) 85, 5. Julien (Schweiz) 80, 6. Hangl (Schweiz) 58.

SKISPRINGEN

Weltcup in Lake Placid, 70-m-Schanze: 1. Felder (Österreich) Note 223,9 (81,0+42,9), 2. Puikkonen (Finnland) 223,2 (80+43,2), 3. Bergerud (Norwegen) 220,8 (78,5+42,3), 10. Steiert (Deutschland) 199,7.

HANDBALL

Bundesliga, TuRa Bergtamen - Wal-lau-Massenheim 18:17.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 1, 1, 1, 0, 1, 1, 0, 2, 2, 1 - 6 aus 45: 5, 18, 24, 40, 43, 45. Zusatzzahl: 36. - Rausquittett: Rennen A: 2, 15, 12 - Rennen B: 33, 28, 30. (ohne Gewähr).

SCHWIMMEN / Europapokal-Sieg in Bergen um einen Punkt verpaßt

Kritik an Superstar Michael Groß

dpa, Bergen
„So kaputt habe ich den Michael noch nie gesehen. Der war heute tot.“ Schwimmbundestrainer Manfred Thiesmann sprach von Doppel-Olympiasieger Michael Groß (20). Den „Albattros“, wie er in Los Angeles genannt wurde, hatten beim Europapokal in Bergen die Kräfte verlassen. Groß: „So kaputt war ich selten.“

Siege am Samstag über 200 m Schmetterling und mit der Lagenstafel. Sieg auch noch am Sonntag, im ersten Rennen über 200 m Freistil. Danach ging er baden. Nur Dritter über 100 m Schmetterling, dann eine Niederlage mit der Freistil-Stafel: 255 Punkte für die DDR*, 254 Punkte für die Bundesrepublik Deutschland - der große Traum vom ersten Europacupsieg war ausgeblieben. Förmlich nach Luft ringend verließ Michael Groß das Wasser, die Wangen eingefallen: „14 Tage brauche ich, bis ich wieder fit bin.“

18 Rennen in neun Tagen, fünf bei

der Deutschen Mannschaftsmeisterschaft in Schwäbisch Gmünd, fünf bei den Rekordrennen seines Klubs EOSC Offenbach und acht am Wochenende beim Europapokal hatten ihren Tribut gefordert. Groß war fertig, fix und fertig. Und er erntete Kritik. Nach der Führung nach dem ersten Tag war die Erwartungshaltung im DSV-Lager in Bergen in die Höhe geschmetzelt. Nach dem olympischen Medaillenregen träumten Athleten, ihre Trainer und Funktionäre über Nacht vom Sprung auf Europas Schwimm-Thron. Doch der Goldjunge von Los Angeles schwamm, als habe er Eisen an den Füßen. Er kämpfte zwar, aber der Körper machte nicht mit. Schwimmwart Kozel: „Er hat wirklich versucht, alles zu geben. Das reichte ihm hoch an. Andererseits aber hat er in den letzten Tagen mit seinen Kräften nicht richtig gehaushaltet. Ich ärgere mich einfach darüber, daß ein Verein vor einem so wichtigen Termin solche Re-

kordversuche durchführt. Man kann bestimmt nicht sagen, es sei Michaels Schuld, daß wir verloren haben. Aber er hätte das Ding für uns gewinnen können...“ Das hätte allerdings auch Frank Kleinert, wäre er über 100 m Brust nicht Letzter, sondern Fünfter geworden.

Michael Groß selbst sah keinen Zusammenhang zwischen seinen Rekordversuchen in Offenbach und dem Einbruch von Bergen. „Das hat nichts damit zu tun“, sagt er, „ob man nun 13 Rennen bestreitet oder 18, das ist am Ende egal.“ Seine Erklärung für die Europapokal-Niederlagen: „Der Aufbau fehlte.“

Bundestrainer Thiesmann ist dagegen überzeugt: „Das Rekordschwimmen war für die Nationalmannschaft bestimmt nicht gut. Mit einem ausgeruhten Michael Groß hätten wir gewinnen können. Da fehlte aber auch ein Mann wie Thomas Fahrner, der dem Michael etwas Arbeit hätte abnehmen können.“

Der kompakte Fortschritt: 190/190 E

Kerngesundetes Temperament durch Mercedes-Spitzentechnik.



Dynamik und Beweglichkeit gehören zum Charakter der kompakten Mercedes-Klasse. Spontane Motorleistung auf der Basis des neu entwickelten Fahrwerks, hochstabile Leichtbauweise in Verbindung mit der hervorragenden Aerodynamik, die markante Form mit ihren straffen äußeren Abmessungen bei extrem langem Radstand: Mercedes 190 und 190 E - das ist eine komprimierte Summe richtungsweisender Fortschritte mit der aktiven Komponente temperamentvoller Fahrfreude. Aber bei dieser neuen Klasse des Mercedes-Fahrens ist Temperament gekonnt verbunden mit optimalem Nutzen und maximaler Gesamtwirtschaftlichkeit. Auch in diesen Fahrzeugen ist Mercedes-Vernunft - sparsamster Verbrauch, unübertroffene Langlebigkeit und vorbildliche Sicherheit - mit sport-

lich-lebhaftem Fahren in vollen Einklang gebracht.

Auch das ist technischer Fortschritt bei Mercedes-Benz mit Hilfe der Elektronik: Das erste ausgereifte Anti-Blockier-System (ABS) und der Mercedes-Airbag, die Sie zu jedem Typ unseres Programms bekommen können. Und der Gurtstraffer, der für alle unsere Limousinen serienmäßig ist. Weltweit einzigartiger Beitrag zur Verkehrssicherheit unter dem Zeichen des Sterns, nur möglich durch Nutzung moderner Technik und Elektronik.

Und darüber hinaus: Überlegene Fahrqualitäten mit einem überzeugenden Raumangebot und der nach Mercedes-typischen Maßstäben durchdachten Ausstattung. Erleben Sie die Höchstform dynamischen Fahrens in diesen kom-

pakten Automobilen. Erfahren Sie das Vergnügen, dieses Fahrzeug mit seiner aktiven Sicherheit und seinem markanten Stil zu lenken.

Umweltfreundliche Technologie ist bei Mercedes-Benz selbstverständlich.

Der Mercedes 190 E ist mit katalytischer Abgasreinigungsanlage lieferbar. Sie können ihn bei der Bestellung aber auch für den Einbau der Anlage vorbereiten und diese erst später - wenn die Versorgung mit bleifreiem Kraftstoff ausreicht - ohne großen Aufwand einbauen lassen. Und wenn Sie sich heute für keine dieser beiden Möglichkeiten entscheiden: Jeder heute gebaute

Mercedes-PKW ist in der Zukunft mit einer Abgasreinigungsanlage nachrüstbar. Und noch eines sollten Sie wissen: Alle PKW-Modelle von Mercedes liegen mit ihren Schadstoffwerten bereits heute weit unter der ECE-Norm 15/04, die erst ab 1986 vorgeschrieben ist.



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Ansehen in Europa kommt Delors zugute

Der französische Ex-Minister wird Präsident der EG-Kommission / Vertrauen in den Franc seine größte Leistung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz einschließlich Stern und Schulterband dekoriert, sieht der frühere französische Finanzminister Jacques Delors seinem neuen Amt als Präsident der EG-Kommission entgegen. Gerhard Stoltenberg hatte ihm bei der Ordensverleihung seine Verdienste für Europa und für die deutsch-französische Verständigung

Werden damit für das EWS und den Ecu die Weichen neu gestellt?

Setzt Delors im August aus der französischen Regierung auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist - zu seinem Nachfolger ernannte Präsident Mitterrand im Rahmen der Kabinettsreform den als Sanierer der französischen Sozialversicherung bekannt gewordenen Sozialminister Pierre Bérégovoy -, hat er es vermieden, sich zu seinen Brüsseler Absichten zu äußern. Er wolle unter keinen Umständen dem noch amtierenden Präsidenten Thörn ins Handwerk pfuschen. Außerdem wollte sich „Jacques“ erst einmal gründlich mit den diversen EG-Sprachen vertraut machen, hieß es.

Nur einmal meldete sich Delors nach seinem Abgang zu Wort, als nämlich kürzlich der Nationale Rechnungshof sein „Budget“ für 1983 als zu reichlich frisiert beanstandete. Bei Ausgaben wie bei Einnahmen soll Delors den Franc verschönern und es mit rechnerisch nur noch 138 Milliarden Franc auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gebracht haben. Solche durchaus legalen Kunstgriffe habe es in Frankreich aber schon immer gegeben, erwiderte Delors.

Der Delors-Plan mußte glaubwürdig sein

Nun mag die französische Regierung, die Delors' Budgetrechnung voll abgedeckt hatte - selbst Bérégovoy stellte sich voll vor seinen früheren Kollegen -, bei der Durchführung des letztjährigen Staatshaushalts in besonders starkem Maße dem Motto gehuldigt haben, daß der Zweck die Mittel heilige. Denn es kam damals darauf an, den großen Stabilisierungsplan vom März 1983 - den „Delors-Plan“ - international glaubwürdig zu machen. Deshalb durfte unter keinen Umständen die Dreiprozentschwelle, die allgemein als Grenze für ein noch vertretbares Budgetdefizit angesehen wird, überschritten werden.

Daß Frankreich auf dieses Niveau gekommen ist, lag allerdings an der von Delors mitgetragenen außerordentlich expansiven Wirtschaftspolitik der ersten beiden Jahre des sozialistischen Septennats. Um der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, wurde das Beamtentum ge-

waltig aufgebläht - vor allem die sozialistisch beherrschte Lehrerschaft -, und mit großen Staatshilfen wurden notwendige Entlassungen verhindert. Gleichzeitig versuchte man, den Massenkonsum durch höhere Sozialleistungen (ebenfalls weitgehend zu Lasten der Staatskasse) anzukurbeln.

Die Folge dieser gegen den internationalen Trend gerichteten Politik war, daß die Staatsausgaben weit stärker als die Staatseinnahmen stiegen, obwohl diese durch verschärfte Besteuerung der „Reichen“ sowie der Unternehmen ebenfalls stark zunahm. Das französische Budget wurde und wird immer noch durch einen gewaltigen Schuldendienst stark belastet. Seit Mai 1981 verdoppelte sich die Inlandschuld des Staates auf rund 100 Milliarden Franc und die Auslandsschuld verdreifachte sich auf mehr als 500 Milliarden Franc.

Nun hatte die Regierung Giscard-Barre ihrer Nachfolgerin allerdings extrem niedrige Schulden und ein Budgetdefizit von gerade einem Prozent des Sozialprodukts hinterlassen. Delors mochte deshalb die Finanzierung mancher Volksbegleitungsmaßnahmen mit den Grundsätzen einer gesunden Finanzverwaltung als vereinbart angesehen haben.

Das größte Problem bestand für Delors darin, mit den Handels- und Leistungsbilanzdefiziten fertigzuwerden, die nicht zuletzt dadurch entstanden sind, daß die stark angeheizte Binnennachfrage zu boomartigen Importen führte, wovon nebenbei gesagt nicht zuletzt die deutsche Wirtschaft profitierte. So kam es unter seinem Regime zu drei Franc-Abwertungen um insgesamt 114 Prozent. Gegenüber der Bundesrepublik erreichte die einschließliche der D-Mark-Aufwertungen 26 Prozent. Bonn hat also stark beigetragen, daß zuletzt acht Prozent im März 1983.

Bundeswirtschaftsminister Stoltenberg hätte damals Delors wohl noch nicht das Verdienstkreuz angedacht. Hatte nicht der temperamentvolle französische Minister in aller Öffentlichkeit von „deutscher Arroganz“ gesprochen? Aber unter vier Augen versicherte er Stoltenberg doch, daß Frankreich keine protektionistischen Maßnahmen ergreifen würde. Dies war eine mutige und außerordentlich verdienstvolle Entscheidung, die Delors schließlich gegen die Mehrheit im Kabinett durchsetzte.

Internationales Vertrauen hat sich Delors aber schon Ende 1981/Anfang 1982 erworben, als er eine außerordentlich großzügige Entschädigung der durch die sozialistischen Nationalisierungsgesetze betroffenen in- und ausländischen Aktionäre bewirkte. Dabei wurden deutsche Interessen (Hoechst AG) in besonderem Maße geschont. So erhielten sich die französischen Aktien sehr schnell wieder von dem Kurssturz, zu dem es nach der Wahl Mitterrands gekommen war. Im bisherigen Verlauf seines Mandats stieg der Kursindex der Pariser Börse um immerhin 80 Prozent gegenüber um 1,5 Prozent während der siebenjährigen Amtszeit Giscard d'Estaings.

Die Inflationsrate wurde stark gesenkt

Die große Leistung Delors' war aber sein Sanierungsplan vom März 1983 und dessen konsequente Durchführung. Er hat durch die Beschränkung der Binnennachfrage durch Steuererhöhungen und eine scharfe Einkommenspolitik das Handelsbilanzdefizit und die Inflationsrate stark reduziert. Dabei ist es ihm gelungen, die Lohnpreisindexierung aus den Angeln zu heben. Dies hatte in Frankreich bis dahin noch keine Regierung fertiggebracht. Ungelöst geblieben ist allerdings das Arbeitslosenproblem.

Gewiß, über den Berg ist Frankreich noch nicht. Die für die Stabilisierung und Abtragung der Auslandsschulden notwendigen Leistungsbilanzüberschüsse lassen auf sich warten. Auch muß der französische Franc früher oder später wohl doch noch einmal gegenüber der D-Mark abgewertet werden. Aber die wirtschaftspolitische Konvergenz zwischen Paris und Bonn hat sich erheblich verstärkt. Dies ist zu einem ganz wesentlichen Teil Delors zu verdanken.

Während die anderen große Reden schwingen, stünde er in der Küche am Herd, um aufzuweisen, daß die Suppe nicht überkocht, hätte Delors in der ihm eigenen plastischen Ausdrucksweise erklärt, als er noch französischer Finanzminister war. Jetzt will er „bescheiden, aber muskulär“ seine neue Aufgabe bewältigen, sagte er kürzlich. Sein großes Ansehen in Europa wird ihm dabei zugute kommen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714.

Ein anderes Schulsystem

„Deutsche Lehrer begünstigen amerikanische Schüler“; DIE WELT vom 7. Dezember
Sehr geehrte Redaktion,

Ihr Bericht überrascht nicht. Eine vertikale Gliederung der amerikanischen Oberschulen nach Haupt-, Realschulen und Gymnasien gibt es nicht. Es gibt nach der Grundschule nur die Comprehensive High School (Gesamtschule) sowie Berufsschulen und Colleges.

Daß freilich auch nicht einmal der Bildungsstand einer deutschen Hauptschule erreicht zu werden braucht, ist ein warnendes Beispiel für uns, um unsere Schüler nicht noch länger den „Segnungen“ der Gesamtschulen aussetzen. Bei einem Aufenthalt in Pennsylvania habe ich allerdings auch eine High School kennengelernt, in der mit der 11. Klasse mit der Differentialrechnung (Höhere Mathematik) begonnen wurde; die Schüler hatten im Fremdsprachenunterricht recht gute Deutschkenntnisse erworben. Die Schule war öffentlich.

Daneben gibt es noch ausgezeichnete Privatschulen (prep schools), die auf das College vorbereiten. Diese Privatschulen sind für viele Eltern der Ausweg aus der amerikanischen Schulmisere und kennen keinen Lehrermangel. So sind, je nach Wohngebiet, die Schulen sind Aufgabe der Gemeinden - die öffentlichen Schulen unterschiedlich und auch die Qualifikation der Lehrer und deren Gehälter.

Manchmal ist die „high school“ eine verlängerte Volksschule. (Auch bei uns mußte der Volksschüler früher mehr auswendig lernen, das Einmaleins „pauken“.) Die ältere Generation hat diesen Wissensstoff bis heute behalten. Kann der heutige Haupt-

schüler bei uns etwa besser rechnen? Ein anderes Mal ist die „high school“ eine Vorform unseres Gymnasiums, ein dreizehntes Schuljahr hat sie nicht.

Das eigentliche intensive, vertiefende Lernen, der Fremdsprachenunterricht, beginnt in den ersten zwei College-Jahren (13. und 14. Schuljahr) und dient der Allgemeinbildung! So sind unsere hochqualifizierten Gymnasiallehrer im Vergleich zu den USA auch eher den „college-teachers“ zuzurechnen.

Mit freundlichem Gruß
W. Gildner,
Aurich 1

Es ist erfreulich, daß Sie über das deutsche Schulsystem einmal so positiv berichten, denn Sie sonst häufig viel Unerfreuliches nachsagen. Ich kann Ihnen jedoch nur bestätigen, daß ich mit dem Niveau der meisten Klassen trotz hoher Anforderungen sehr zufrieden bin, und glaube auch nicht, daß ausgerechnet meine bisherigen Schulen in Eberbach, Neckargemünd und Böblingen die große Ausnahme darstellen.

Gerade die von Ihnen so oft geschilderte Schulleistung hat die Abkehr vom Auswendiglernen und rein additiven Wissens hin zu stärker problemorientierten, integrativen Unterrichtsstil gebracht, übrigens weitgehend unabhängig vom Bundesland. Und was die Schüler heute nach einem Grund- oder Leistungskurs vor allem der Nebenfächer bereits beim Abitur wissen, lernte ich erst in den Anfangsemestern des Studiums. Ich meine, dies sei schon ein Fortschritt. Sie doch sicher auch!

Dr. B. Füller,
Böblingen

Eine bekannte Erscheinung

„Leserbrief: Rätselhafte Wipfeldreier“; DIE WELT vom 1. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, noch nie habe ich in irgendeiner Zeitung eine so sachliche und klare Abhandlung über das Waldsterben gelesen, wie in Ihrer Ausgabe vom 1. Dezember von Herrn W. v. Reiszwitz.

Für Fachleute, die ehrlich und ohne Hintergedanken über diese Frage nachdenken, sollte das Gesagte eigentlich eine Binsenweisheit sein. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Wäldern mit Monokulturen sporadisch ein für Laien unerklärliches Waldsterben. Ich habe solche Schäden schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in Tellen unseres großen Waldes beobachten können. Mein Großvater erzählte, daß ähnliche Schäden schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts beobachtet wurden. Mein Vater hatte mehrfach angrenzende Landparzellen angekauft und aufgeforstet. Dort waren bis 1945 keinerlei Schäden festzustellen.

Die vor dem Ersten Weltkrieg aufgetretenen Raupenplagen (Forleule und Nonne) hatten nichts damit zu tun und waren bei uns auch unbekannt, weil mein Vater jedes Jahr ca. 150 neue Starkästen im Wald aufhängen ließ. Auch das Ulmensterben und das Absterben der sogenannten Napoleonenspinnen war schon in der Jugend meines Vaters eine ganz bekannte Erscheinung. Nur war damals diese Angelegenheit kein Politikum. Man mußte seinen Wald pfleglich behandeln und notfalls auch düngen. Auf einen Kahlschlag kamen bis zur Aufforstung Lupinen. Auch die Stümpfe wurden gerodet, weil sie eine Brutstätte für Borkenkäfer bilden.

Heute sucht und findet man den Prigelknaben im Autofahrer. Es ist so bequem, ihm alles anzuhängen. Neid, Mißgunst, Patengeiz und schlaue Berechnung treffen da wunderbar zusammen. Der Katalysator bringt einen Riesengewinn an zusätzlicher Mehrwertsteuer, gründliche Ideologen werden beschäftigt und die

Psychologie der Masse wird abgeleitet. Wenn man später feststellt, daß die Bäume von Zeit zu Zeit an verschiedenen Stellen weiter sterben, wird man schon etwas Neues finden.

Mich wundert nur, daß die Bäume in meinem Garten, die inmitten der Stadt von drei Seiten von Autoabgasen Tag und Nacht befeuchtet werden, völlig gesund sind. Allerdings mache ich zahlreiche Bodenproben und dünge dementsprechend rein organisch. Wer nicht in jedem Jahr pro ha 25 Bodenproben aus drei verschiedenen Tiefen entnimmt und dann nicht nur den pH-Wert ermittelt, sondern auch die Werte für Stickstoff, Phosphor, Kali, Magnesium und Mangan, der hat keine Berechtigung, über das Waldsterben zu lamentieren.

Hochachtungsvoll
H. J. v. Cramon-Taubadel,
Hamburg 72

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Tierexperimente

„Simpler Test macht Versuchstierchen überflüssig“; DIE WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, die Körperpflanzindustrie begrüßt die Verleihung des Forschungspreises zur Einschränkung und zum Ersatz von Tierversuchen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit an Professor Niels-Peter Lüpke. Der Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel

Wort des Tages

„Ein Scherz, ein lachend Wort entscheidet oft die größten Dinge treffen der als Ernst und Schärfe.“

Quintus Horatius Flaccus; röm. Autor (65-8 vor Chr.)

Personalien

Internationaler Proteste 1984 die „DDR“ verlassen. Er siedelte nach Frankfurt am Main über.

Fünf ausländischen Persönlichkeiten hat das Goethe-Institut (München) die Goethe-Medaille 1985 für Verdienste um die internationalen Kulturbeziehungen und vor allem um die Förderung der deutschen Sprache im Ausland verliehen. Das Präsidium des Goethe-Instituts sprach sich für die Vergabe der alljährlich verteilten Auszeichnungen an den Indologen Alokaranjan Dasgupta von der Universität Heidelberg und den rumänischen Autor, Kritiker und Übersetzer Stefan Augustin Dolmas aus. Zudem erhalten die Medaille der schwedische Übersetzer deutscher Lyrik, Bo Johannes Edfeldt, der Museumsdirektor in Tel Aviv, Marc Scheeps, und die New Yorker Verlegerin Helen Wolff.

Bundesforschungsminister Helmut Heeser hat dem Erfinder des „blaubrennenden Ölbers-

hat schon im Jahr 1983 den von ihm gestifteten Hans-Theo Schreus-Gedächtnispreis an Niels-Peter Lüpke für seine Entwicklungen alternativer Methoden verliehen. Nach dieser Auszeichnung hat Professor Lüpke seine Arbeiten mit Hühneriern fortgesetzt und nun auch Ersatzmethoden für den sogenannten Draize-Test entwickelt.

Es ist allerdings anzumerken, daß schon in den letzten Jahren der Draize-Test nicht mehr so durchgeführt wurde, daß die Tests für die Tiere äußerst schmerzhaft waren und vielfach zum Tode führten: vielmehr wurde mit einer ganz geringen Konzentration der zu prüfenden Substanz begonnen und der Versuch dann eingestellt, wenn sich leichte Rötungen gezeigt haben - der Sinn des Versuchs war ja damit erreicht. Dies war das Ergebnis von Besprechungen der Wissenschaftler in Industrie und Behörden.

Die Körperpflanzindustrie unterstützt alle Versuche, Alternativen zu Tierversuchen zu entwickeln. Diese Alternativmethoden werden auch heute schon überall in der Industrie eingesetzt, wenn ihre Ergebnisse von den Behörden anerkannt werden. Bereits heute macht der Anteil alternativer Methoden an den Sicherheitsprüfungen knapp 30 Prozent aus gegenüber gut 20 Prozent von Tierversuchen. Die übrigen Tests laufen in der klinischen Prüfung am Menschen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Hainer,
Bundesverband Körperpflege- und Waschmittel e. V., Frankfurt/Main

Simple Frage

„Zeitliche Prognose für Entschärfung der Werra ist nicht mehr möglich“; DIE WELT vom 7. Dezember

Für mich entsteht die Frage, warum die Entschärfungsanlage nicht in der Bundesrepublik gebaut werden kann.

Wenn ich es richtig verstanden habe, sollen die Bundesrepublik bzw. die Länder ohnehin die Kosten tragen. Zwar dürfte hier die Entschärfung umfangreicher werden, da die Werra in ihrem Unterlauf sicher viel Wasser führt, aber diesem Mehraufwand stünde die Tatsache gegenüber, daß wir die Anlage technisch richtig steuern würden und den Vorteil der Arbeitsplätze bei uns hätten.

Hat man diese Überlegungen überhaupt schon einmal angestellt?

Mit freundlichen Grüßen
G. Krems,
Bad Pyrmont

Mehr Wohngeld

„Unlós fordert eine künftige Ausweitung der Zuschüsse“; DIE WELT vom 3. Dezember

Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) hat nach Verordnung des Hamburger Senats vom 1. 1. 1981 und vom 1. 1. 1983 und jetzt wieder vom 1. 1. 1985 die Zinssätze im sozialen Wohnungsbau der Hansestadt erheblich erhöht.

Bei einem mir in der Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegenden Bauvorhaben erhöhte sich damit die Verzinsung der öffentlichen Darlehen der WBK von 5235 DM auf 22 639,64 DM. Im Laufe dieser kurzen Zeit entstand hier also eine Mehrbelastung von 17 404,64 DM. D. h. bezogen auf eine 70 qm große Wohnung eine Mehrbelastung der Mieter innerhalb von knapp vier Jahren von 100 DM, also sogar 16 DM mehr, als Diemar Karsy, Leiter der Arbeitsgruppe Bauwesen der CDU, errechnet hat.

Insofern ist eine Anhebung des Wohngeldes nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich. Die Einkommensschwachen und mittelgradig entlohnerten Arbeitnehmer brauchen eine Erhöhung ihres Wohngeldes unbedingt!

Elvira Eichmann,
Hamburg 70

Privatversicherte sehen ihre Arztrechnung selbst.

Die neue Gebührenordnung ist eine gute Basis für die Partnerschaft zwischen Arzt und Patient. Sie macht die Arztrechnung lesbarer und veranlaßt Privatversicherte, mit dem Arzt über die Behandlungskosten zu sprechen.

Kostenbewußtes Verhalten zahlt sich für den einzelnen Privatversicherten aus. Dafür sorgen auch die Beitragsrückerstattung und die Selbstbeteiligungstarife. Und diese Anreize zu kostenbewußtem Verhalten für den einzelnen wirken sich beitragsstabilisierend für alle Versicherten aus.

Der private Krankenversicherungsschutz kann individuell gestaltet werden. Seine Fortschrittlichkeit, Flexibilität und Leistungsfähigkeit werden zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Die neue Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) können Sie kostenlos beim PKV-Verband anfordern. Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 51 10 40, 5000 Köln 51.

Die privaten Krankenversicherungen
Praktizierter Fortschritt



Günther Lamprecht Goethe erst mal auf berlinisch

Dieser Schauspieler ist unverkennbar Berliner Kind. Er ist geboren am Alexanderplatz. Sein Vater war redlicher Taxifahrer. Es hat den jungen Lamprecht in den verschiedensten Berufen umgetrieben, ehe er langsam, aber stetig seinen Aufstieg im Theater, Film und vor allem beim Fernsehen begann.

Er ging direkt von der Schule in eine Dachdeckerlehre und kam von der Höhe dieses Berufes wieder herunter, war zeitweise Arbeiter in einer Knopfwerkstatt. Dann wurde er Praktikant in einem Betrieb für orthopädische Ersatzteile menschlicher Gliedmaßen.

Als er (viel später) den Franz Biberkopf in Fußbinders Fernsehfassung von Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz“ spielte und der arme Biberkopf, vom Schicksal gebeutelt, auch noch einen Arm verlieren mußte, da konnte Lamprecht

Milo Burus - Der stärkste Mann der Welt - ZDF, 19.30 Uhr

sich den fehlenden Arm sozusagen selber fachmännisch abholen lassen.

Zum Theater drängte es den jungen Lamprecht früh. Er lernte Rollen auswendig. Er lernte sie, auch wenn sie von Goethe oder Schiller waren, auswendig in seinem gewöhnlichen Berliner Jargon. Er vereinnahmte sie seinem Gedächtnis sozusagen in seiner Berliner Mundart. So geht er heute immer noch vor, wenn er Kleist oder Hauptmann sprechen muß. Später erst schleift er die Rollen sprachlich ab, bringt sie auf ihren hochdeutschen Bühnentext. Aber er gründet sie, er überprüft sie sozusagen erst in seiner angeborenen Tonart. Lamprecht ist in den meisten Fällen mit dieser Methode gut gefahren. Er will immer ganz echt sein.

Er erhielt Schauspielunterricht (und das war ein Glücksfall) bei der großen Reinhardt-Darstellerin Lucie Höflich. Der lag dieser junge Darsteller besonders nah am Herzen. Auch sie war, so ist Lamprecht ein empfindsamer Enkelsohn, ein Raubknecht mit zarter Seele, ein wahrer Menschenkenner für alle Typen, die scheinbar vor Kraft nicht laufen können. Aber er bringt sie doch zum Sprechen. FRIEDRICH LUFT



Robuste mit zarter Seele: Der Schauspieler Günther Lamprecht. FOTO: TELEBUNK

schon kleinere Rollen spielen. Er ging nach Bochum zu Hans Schalla, war in Wiesbaden, in Hamburg und später immer wieder in Köln tätig.

Sein allererster Fernsehauftritt fand, lustigerweise, zusammen mit Meister Milowitsch in der Kriminalposse „Der Meisterboxer“ statt. Er erhielt seinen ersten, großen Spielfilm, „Das Brot des Bäckers“, in der Schweiz. Jetzt durfte er fürs Fernsehen plötzlich eine ganze Galerie von empfindsamen Musketypen spielen, - bei Zadek in „Pott“, in diversen „Tatort“, besonders auffällig in Peter Beauvais' „Rückfälle“. Da stellte er die Qualen eines von seiner Umwelt im Stich gelassenen Trunksüchtigen dar. Mit dieser Rolle war Lamprecht deutlich in das höhere Ensemble des deutschen Fernsehens aufgenommen.

Er erreichte internationale Anerkennung durch Rainer Werner Fassbinders „Alexanderplatz“. Da war er, als der arme, bullige, geschlagene Franz Biberkopf, durchweg rollen-deckend. Auch wenn man damals, übrigens sehr zu Unrecht, auf Fassbinders eindringlich die grandiose Leistung Lamprechts zu übersehen.

Er hat derweil, und das ist eine Art Ritterschlag, bei Noelle die Rolle des Maurerpoliers John in den „Ratten“ auf der Bühne gespielt. Er lebt in Köln, hat drei Töchter, liebt persönlich die Unauffälligkeit, ist eine eher ganz bürgerliche Erscheinung.

Als Darsteller ist er dem großen Emil Jannings oft nahegekommen. Wie der war, so ist Lamprecht ein empfindsamer Enkelsohn, ein Raubknecht mit zarter Seele, ein wahrer Menschenkenner für alle Typen, die scheinbar vor Kraft nicht laufen können. Aber er bringt sie doch zum Sprechen. FRIEDRICH LUFT

Private Telefonseelsorge

Was diese Fernsehkomödie vom ZDF zu sein sich vorgenommen hat, sie ist es ganz. Sie ist spannend, berlinisch (wie der Untertitel besagt), zeitnah mit Gastarbeitern und Wohnungssanierungen angereichert und ein fabelhaftes Vehikel für Inge Meysel, das Muttertier, die wie in Wechselbädern durch die ganze Skala ihrer Möglichkeiten von dumpfer Enttäuschtheit bis zu himmelhochjauchendem Jubel gehetzt wird. Die Dramaturgie allerdings, mit der das erreicht wird, ist einigermaßen grobschlächtig und strapaziert nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern in einigen Punkten auch die deutsche Strafgesetzgebung.

Ist es denn tatsächlich wahrscheinlich, daß das Geschenk des schuldbehafteten Sohnes für die vernachlässigte Mutter, ein Telefon, als allererster Anruf gleich einen verirrten Hilferuf eines bedrängten und lebensmüden Mädchens transportiert? Und daß die eben noch zerkümmerte und resignierte Inge Meysel darauf mit einem solchen Schwall von Hilfsbereitschaft reagiert? Und sollte man ein so unbedenkliches Loblied auf die Schwarzarbeit bei Hausrenovierungen singen dürfen?

Auch werden landläufige Klischees ein bißchen zu sehr umgekrempelt: Jugoslawische Nachbarn, so erfahren wir, sind die reizendsten Leute, von Gastfreundschaft überströmend, deutsche Schwiegereltern dagegen kalt und herzlos. Ebenfalls mit Befremden notiert man, daß die beiden Zuhälter, die das arme Mädchen erpressen und misshandeln, ganz nachdrücklich als nichtberlinische Deutsche dargestellt und schließlich der Mainlinie angesiedelt werden. Soll das einer neuen Art Diskriminierung Vorschub leisten?

Sehr präzise hat der Autor und Regisseur Marcus Scholz das Kreuzberger Mietschaus in seinem desolaten Zustand und die Milieus der einzelnen Parteien gezeichnet, auch eine Figur wie den schwächlichen und eifersüchtigen Hausverwalter (Wolfgang Kieling), dessen finstere Ahnungen über die Moral des armen Opfers sich beinahe bestätigen, bis es dann zu einem wahren Massen-Happy-End kommt.

Eine unerwartet subtile Note: In der letzten Minute erreicht nicht etwa ein Anruf des zweiten verlorenen Sohnes aus Südamerika die sich in

Sehnsucht verzehrende Mutter; das Gespräch ist vielmehr für einen italienischen Hausgenossen, dem ein Kind geboren ist. Und Inge Meysel darf noch einmal in jähem Wechsel in ausdrucksvolle Trauer zurückfallen. HELLMUT JÄSBRICH

Albernheiten für die Augen

Zum Wochenendausklang Optimismus Verheißendes, und dann doch, zu später Stunde, eine langatmige Story: Mario Monicellis 1978 gedrehte Reise mit Anita, eine italienisch-französische „Komödie“ (als solche wurde sie angezeigt), die nach Zeffirelli „Champ“ im ersten Programm früher am Abend dem ZDF kein Adressat mehr aufzusetzen vermochte.

Nun mag ja Goldie Hawn noch immer eine Menge Verehrer haben und denen ihr Spiel in franko-italienischer Partnerschaft schon Referenz genug sein - uns ist dieses amerikanische Großbürglein beim besten Willen keine Neu-Lolita. Und wer in dieser Seitensprungsgeschichte um den gutstuierten promovierten Familienvater ein bißchen Prickelndes erwartete, bekam statt dessen lediglich allerlei Albernheiten in die Augen gestreut.

Guido (Giancarlo Giannini) startet per Wagen von Rom aus nach Pisa ans Sterbebett des Vaters und schnappt sich vor der Abfahrt die Freundin eines Exfirts, ohne der zu berichten, um was es geht. Das Blondchen aus der Neuen Welt, erpicht auf Abenteuerurlaub, fährt also mit, und ihr Käzchen Tyxie ist immer dabei und tut das Seine, das Wirrwarr zu vergrößern.

Es gibt eine Massenkarabombe, einen Abstecher auf eine Insel in Nachsaison-Ode und dann in Pisa ein Hotel, aus dem Guido sich davonmacht ins Haus seiner Familie, wo der Vater bereits das Zeitliche gesegnet hat. Die Kleine wird grantig und stiftet am Ende so viel Unruhe, daß der Beerdigungszug zu einem herb streitenden Katastrophentreck wird. Und das war's dann auch schon.

Tiefere Botschaft, wenn der Film sie denn enthielt, verschloß sich dem Betrachter. Wer fremde, ist selbst schuld, sollte sie wohl heißen. Doch leider: Statt Komik gab's nur angestrengten Klamauk, statt Geistreiches Witzloses: Selches um Mitternacht. ALEXANDER SCHMITZ

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

18.00 heute 18.05 Entscheidung am Kap Horn Letzter Teil: Das Geheimnis 11.25 Pilsener für Deutschland	12.10 Film von Volker Arnt 12.55 Presseschau 13.00 heute
14.00 Tagesschau 14.10 Geliebte-Sachen Freiheit	14.00 heute 14.04 Planwand 14.20 Pakt 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-illustrate 17.45 Mein Name ist Hassel Anschl. heute-Schlagzeilen 18.20 Eine Klasse für sich Geschichten aus einem Internat (4)
16.55 Spätschau Während Micky Mouse und Donald Duck einem Papagei nachjagen, ein Tennis-Match bestreiten und mit frechen Eichhörnchen kämpfen, bereiten b und yps ihre erste Musikshow vor, die natürlich für einige Aufregung sorgt ...	19.00 heute 19.30 Milo Burus - Der stärkste Mann der Welt Deutscher Spielfilm (1983) Mit Günter Lamprecht u. a. Regie: Henning Siegmüller Film über das bewegte Leben des Ringers Emil Bahr, der sich nach dem Tod eines Gegners im Ring im Jahre 1928 dem Schauspielergewerbe zugewendet hat. Doch nach dem anfänglichen Erfolg erleidet der „stärkste Mann der Welt“ einige schwere Rückschläge ...
17.50 Tagesschau Dazw. Regionalprogramme	21.00 heute 21.05 Hunger in der Dritten Welt - Überflutet bei uns: Was ist zu tun? 800 Millionen Menschen, das sind mehr als 20 Prozent der Weltbevölkerung, vor allem in Afrika, Asien und Südamerika, müssen hungern. Die westliche Welt dagegen lebt im Überfluß; die Agrarberge der EG zeigen das nur zu deutlich. Das Wirtschafts-magazin berichtet über die Hungerkatastrophe in Äthiopien und fragt nach den Ursachen. Gefordert sind schnelle Hungerhilfe, Spenden der Industrieländer - aber dies löst die eigentlichen Probleme nicht. Mittelfristig müssen die Weichen der Entwicklungsländer neu gestellt werden, müssen die Entwicklungsländer selbst ihre Bevölkerung ernähren können. Folgende Fragen stehen zur Diskussion: Was passiert mit unseren Spenden? Was kann Entwicklungshilfe leisten? Was müssen die Länder der Dritten Welt selbst tun?
20.00 Tagesschau 20.15 Alles oder Nichts Berühmte Broadway-Inzenierungen, Filmmusicals und Live-Darbietungen sollen die Zuschauer diesmal unterhalten und den Kandidaten Gelegenheit geben, ihr Wissen zum Thema Musical unter Beweis zu stellen. Als Ehrengast lud Max Schautzer den Musical-Star Karin Höbner ein.	21.45 heute-Journal 22.05 heute Haltet den Dieb Kunstschätze aus der Dritten Welt - Raubgut, Leihgabe oder Eigentum? Anschl. heute
21.00 Report An der Terroristen-Front - Die Ruhe trägt / Jugend '85 - Ist Null-Bock out? / Nach Hessen - Die SPD zwischen rechts und links / Die Friedensbewegung rüstet ab Moderation: Günther von Lajewski	
21.45 Magazin Schwarzer Markt Thomas Magnum erhält einen ungewöhnlichen Auftrag: Er soll nachweisen, daß der Vater der hübschen Bridget während des Zweiten Weltkriegs nicht in Schwarzmarktgeschäften verwickelt war und deshalb auf einem Ehrenfriedhof für Gefallene bestattet werden soll. Kann Magnum der hübschen Amerikanerin helfen?	
22.50 Tagesschau 23.00 Kulturwelt Aida Wendelstein Komödie von Richard Blom Mit Hannelore Schroth u. a. Ein gewöhnlicher Kiosk in einem Neubaugebiet wird zum Opernschauplatz, der die New Yorker „Met“ und die Mailänder Scala in den Schatten zu stellen versucht. 23.05 Tagesschau Schweden - USA: 3. und 4. Einzel Aus dem Skandinavium in Göteborg 1.15 Tagesschau	

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz 19.00 heute 19.30 Menschen und Mächte Die SOS-Kinderdörfer Eine Dokumentation von Volkmar Roth 20.30 Ein Mann will nach oben Nach Hans Fallada 5. Der Zweikampf 21.15 Zeit im Bild 2	21.45 Café Central Franz Joseph und seine Zeit Im „Café Central“ finden jeweils Live-Gespräche über kulturelle und kulturpolitische Themen in Wiener Kaffeehaus-Atmosphäre statt. 0.15 3SAT-Nachrichten
---	--

III.

WEST 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Auslandskorrespondenz Roger Mills aus Südafrika 20.45 BR-Schau Vor 60 Jahren: „Der letzte Mann“ - Ein Stummfilm macht Furore 21.00 Formel Eins 21.45 Landesspiegel Im Dienste ihrer Majestät Die königliche Müllmüllschau in Münster 22.15 Thema des Monats Anschl. Letzte Nachrichten	NORD 18.50 Die Sprechstunde 19.15 Beat-Club 20.00 Tagesschau 20.15 Unsere Funktion Die heilige Stadt Jerusalem 21.15 Task Force Police Der Arm 22.05 Frauenberuf Dienstmädchen: Perlen, die zu teuer sind 22.50 Schach des Weltmeisters 23.30 Nachrichten	HESSEN 18.50 Pan Tau 19.00 Formel Eins 19.45 Schätze aus der Sammlung Topik-Minera (2) 20.00 Napoleon ist an allem schuld Deutscher Spielfilm (1938) Mit Curt Goetz u. a. 21.30 Drei aktuell 21.45 Kulturkaleender 22.15 Der Brunnen Protokoll eines künstlerischen Prozesses 22.45 Vor vierzig Jahren	SÜDWEST 18.50 Telekolleg II Nur für Baden-Württemberg: 19.00 Abendchau Nur für Rheinland-Pfalz: 19.00 Abendchau Nur für das Saarland: 19.00 Saar 3 regional Gemeinschaftsprogramm: 19.25 Nachrichten 19.30 Die Sprechstunde Nur für Baden-Württemberg: 20.15 Kinokaleender 20.45 Bericht aus Stuttgart Nur für Rheinland-Pfalz: 20.15 Kulturkaleender 21.00 Landesspiegel Nur für das Saarland: 20.15 Das Saarländische Staatstheater 21.00 Der Fernsehgarten Gemeinschaftsprogramm: 21.15 Der Schwanz 23.00 Science Report (8) 23.15 Nachrichten	BAYERN 18.45 Rausch 19.00 Der Gefangene von Zenda Amerikanischer Spielfilm (1952) 20.40 Z. E. N. 20.45 Die Sprechstunde Baby-Schwimmen 21.30 Rausch 21.45 Spiegelbilder 22.55 BR unterwegs 0.05 Rauschchau
--	--	---	--	--

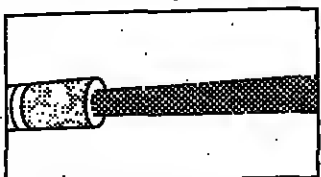
Kräftig oder leicht?

Neu. Die erstaunliche Barclays:
Kräftige American Blend - mit wenig Kondensat und wenig Nikotin.

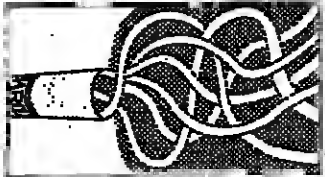
Ja.

Barclays. Die erste Kräftige, die eine Leichte ist

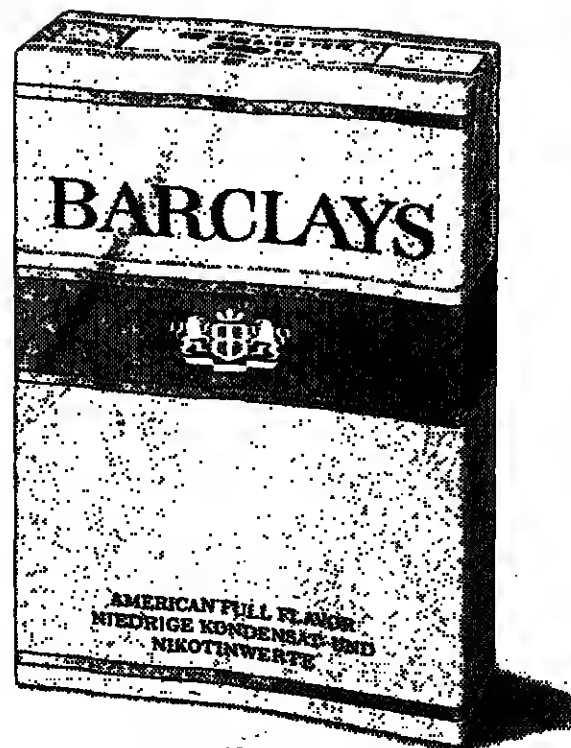
Ja! Beides stimmt: Die neue Barclays ist tatsächlich die erste Kräftige, die eine Leichte ist. Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die niedrigen Werte einen wirklich angenehmen Rauchgenuss. Sie sollten Barclays probieren!



Bei herkömmlichen, ventilerten Filterzigaretten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Strahl an den meisten Geschmackern vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum verwirbelt und spricht dort sämtliche Geschmackern an. Ergebnis: Mehr Geschmack.



Kreml wirbt um die Gunst der Briten

DW, Moskau/London

Im Zusammenhang mit dem London-Besuch des sowjetischen Politbüromitglieds Michail Gorbatschow wird ein neuer Versuch des Kreml deutlich, um die Gunst Großbritanniens zu gewinnen und sich für das Genfer Treffen der Außenminister der beiden Supermächte einen günstigen Ausgangspunkt zu verschaffen. In den ausführlichen Berichten der Moskauer Medien über das Treffen Gorbatschows mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher ist von einer „Verstärkung realistischer Tendenzen in der Politik der englischen Regierung“ die Rede. Das Partei-Organ „Prawda“, das diese Einschätzung „vieler Beobachter“ in London wiedergibt, stellt außerdem fest, die Londoner Regierung begreife immer mehr, daß „die sich zuspitzende militärpolitische Konfrontation zwischen West und Ost aussichtslos und gefährlich ist“.

Die „Prawda“ flücht hinzu: „Das Begreifen der Notwendigkeit einer Begrenzung des Wettbewerbs und der Rückkehr der Ost-West-Beziehungen in normale Bahnen kommt in den Äußerungen angesehener Politiker Großbritanniens immer häufiger zum Ausdruck.“ Gorbatschows Besuch sei auf britische Initiative zustande gekommen und werde als eine Neuschätzung des politischen Kurses der konservativen britischen Regierung seit ihrer Wiederwahl gesehen.

Gorbatschow hat Frau Thatcher eine persönliche Botschaft des Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko überbracht, worin dieser sich für eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und Großbritannien ausspricht. Es wurde in London allgemein angenommen, daß die britische Regierung sich dem US-Präsidenten Reagan bei ihrem Treffen am Wochenende erneut ein Memorandum für die Rüstung im Weltraum vorschlagen wird. Gorbatschow traf gestern mit Außenminister Sir Geoffrey Howe zu einer Unterredung zusammen, die nach Darstellung beider Seiten Einvernehmen über die Notwendigkeit erbrachte, das Wettrennen einzudämmen und zu verhindern, daß es auf den Weltraum übergreift.

Große Koalition in Israel in Gefahr

dpa, Jerusalem

Der israelische Vizepremier und Außenminister Yitzhak Shamir hat einen Aufenthalt in Venezuela abgebrochen und ist gestern vorzeitig nach Jerusalem zurückgekehrt, um eine Koalitionskrise zu überwinden, die die Koalition zwischen der Likud-Block Shamirs und der kleineren „Nationalreligiösen Partei“, die ihrerseits dieses Amt beansprucht. Peres ist es trotz intensiver Anstrengungen bisher nicht gelungen, in diesem Streit einen Kompromiß zu finden.

„Frankreich ist nicht Gendarm in Afrika“

Vehement verteidigt Mitterrand seine Außenpolitik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Sozialisten sind aus der Verteidigung zum Angriff übergegangen. Das Wochenende stand unter dem Zeichen eines doppelten Trittassens. Parteigründer und Staatschef François Mitterrand versuchte am Sonntagabend in einem offensiv geführten Fernseh-Interview mit sechs Journalisten den seit dem Sommer aufgekommene Eindruck zu beseitigen, seine Außenpolitik sei in eine Sackgasse geraten. Sein Premierminister Laurent Fabius gab gleichzeitig einem Parteikonvent in Paris den Befehl, alle selbstzweiflerischen Scheu abzulegen und den Angriff ins Lager der Opposition zu tragen mit dem Fernziel, die Parlamentswahlen von 1986 für die Linke zu gewinnen.

Die 63 Minuten währende Selbstdarstellung des Staatspräsidenten war von der Öffentlichkeit mit der größten Spannung erwartet worden. Mitterrand zeigte sich in ausgezeichneter physischer Form und referierte zeitweise, unter Zuhilfenahme von sorgsam vorbereiteten Karten, geradezu schulmeisterlich über seine Politik im Tschad, welche seit dem Filasko des einseitigen Truppenabzugs am ärgsten in die Schußlinie der Kommentatoren geraten war.

Mitterrand verwahrte sich gegen den Vorwurf, im Tschad eine befreundete Regierung (die des Hissen Habre) im Stich gelassen und dem libyschen Obersten Khadafi den Norden des Landes überlassen zu haben. Als er die Präsidentschaft übernommen habe, sei der ganze Tschad libysches Territorium gewesen. Heute seien nur noch Reste der libyschen Armee vereinzelt im Norden anzutreffen. Frankreich lasse diese „Amputation“ des Tschad nicht zu, denke aber nicht an Truppeneinsatz zur Wiedereroberung des besetzten Gebiets. Es sei kein „Gendarm“ in Afrika. Dies müßte die legale Regierung und die mit ihr befreundeten afrikanischen Staaten zu erreichen versuchen. Nur wenn Khadafi erneut offensiv würde, wären französische Flugzeuge „in wenigen Stunden“, französische Soldaten „binnen eines Tages“ zur Stelle, um den Angriff zurückzuschlagen. Im übrigen habe er sich mit Khadafi in Kreta nur getroffen, um ihn an seine vertraglichen Verpflichtungen zu erinnern und ihn vor jeder weiteren Verletzung des Truppenabkommens zu warnen.

Trotz aufrichtiger Bemühungen des Staatschefs befriedigten die Erklärungen nicht. Es bleibt dabei, daß Frankreich nicht die Mittel hat, einen fremden Staat zur Einhaltung eines internationalen Vertrages zu zwingen. Dies war auch der Tenor aller Reaktionen der Opposition. Frankreichs Worte haben seit den Geschehnissen im Tschad bei den Afrikanern keinen Wert mehr, befand François Léotard, Nummer zwei der Giscard-Partei. Mitterrand suche den Weg des geringsten Widerstands, meint Philippe Tesson im „Quotidien de Paris“. Dasselbe gelte für Neu-Kaledonien, wo der Staatschef „vage“ geblieben sei. In der Tat ließ Mitterrand alle Wege zur weiteren Entwicklung des Territoriums offen, ob zur Autonomie im Rahmen der französischen Republik oder zur Unabhängigkeit, während sich die Fronten auf der Insel zunehmend versteifen und die Bemühungen seines Emissärs Pisani um eine einvernehmliche Lösung zwischen Siedlern und Urvölkerung wenig Aussicht auf Erfolg zu haben scheinen. „Das Territorium muß sich irgendwie selbst emanzipieren“, sagte Mitterrand ausweichend.

Gut war der Präsident nur in den Themen Ost-West und Europa, wo er auf dem „Rüstungsgleichgewicht auf niedrigstmöglichem Niveau“ als einzigen Faktor des Friedens und auf der Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas als Mittel zu größerem Mitspracherecht bestand. Im Nahen Osten sei Frankreich das einzige Land der Welt, das gleichzeitig zu den Israelis und zu allen arabischen Staaten sprechen könne. „Ich glaube, daß die Palästinenser ein Recht auf Leben haben, ich spreche jedesmal mit meinem Freund Shimon Peres darüber“, sagte Mitterrand.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

SPD zögert mit Ja zu Medien-Vertrag

Dohnanyi: Paraphierung steht morgen nicht auf der Tagesordnung der Ministerpräsidenten

p.p./fac. Bonn

Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi geht offensichtlich davon aus, daß die Regierungschefs der Bundesländer am Ende ihrer morgigen Sitzung „in der Lage sein werden“, über die Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland „ihre Votum abzugeben, mit dem sie dann in ihre jeweiligen Landtage bzw. Bürgerschaften gehen werden“. Der Medien-Wortführer der SPD-regierten Länder „glaubt“ jedenfalls, „daß am Ende ein für alle Länder gültiger Staatsvertrag stehen wird“. Eine Paraphierung stehe für morgen auf keinem Fall auf der Tagesordnung, zu der wird es erst „in nicht sehr langer Frist“ nach den Beschlussfassungen der Länder-Parlamente kommen.

Zwei Gegenstimmen

In „sehr konstruktiver“ Form, wie Dohnanyi anschließend ironisch anmerkte, hat sich gestern der Bundesvorstand der SPD mit dem Thema befaßt, ohne an der Aufteilung der Satelliten-Kanäle Änderungswünsche anzubringen. Es hat zwar immer noch Kritik am erreichten „Medien-Kompromiß“ der Ministerpräsidenten gegeben, aber am Ende stand ein mit zwei Gegenstimmen verabschiedeter – Beschluß des Vorstandes, in dem „der Parteivorstand zur Kenntnis (nimmt), daß es beabsichtigt ist, in der Konferenz der Ministerpräsidenten... eine Erklärung abzugeben, wonach die Ministerpräsidenten vor Unterzeichnung eines Staatsvertrages auf der Grundlage des am

19. 12. erreichten Ergebnisses in den jeweils zuständigen Gremien... um eine Zustimmung zum Staatsvertrag nachzusuchen werden“. Als noch strittige Punkte zwischen A- und B-Ländern werden in dem Parteivorstands-Beschluß insbesondere die Sicherung der heimischen Produktionen und der werblichen Gleichberechtigung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“ aufgeführt, die morgen noch „befriedigend geregelt“ werden müßten.

Dohnanyi sprach in diesem Zusammenhang auch den Dissens zwischen den Ländern über den Werbeumfang auf den künftig zur Verfügung stehenden UKW-Frequenzen an, auf den keine Werbebeschränkungen auferlegt werden dürfen, sowie die Begrenzungen der Werbeaktivitäten des WDR. Er hob ausdrücklich hervor, daß durch die „Verpflichtung“ von ARD und ZDF, neue Programme anzubieten, für die öffentlich-rechtlichen Anstalten zugleich auch die Frage der Gebührenanpassung befriedigend geregelt worden sei. Sein Resümee: „Wir sind noch im Gehege, aber ich sehe den Horizont endlich, wo wir herauskommen.“ Nach den Absprachen auf der Ministerpräsidenten-Sitzung in Hannover vom vergangenen Freitag ergab sich dieses Bild: Von den fünf verfügbaren Satelliten-Kanälen erhalten einen Kanal das ZDF und die ARD, ein zweiter Kanal soll zur Verbreitung von 16 Hörfunkprogrammen genutzt werden, die drei restlichen Kanäle (private Nutzung) werden nach einem Schlüssel anteilig auf die elf Bundesländer verteilt. Die

Rede war von einem Verhältnis 2:1 zugunsten der unionsregierten Länder. Mischformen sollen möglich sein. Strittig blieben insbesondere Fragen des Werbeumfangs. Allerdings herrschte auch hier der Eindruck vor, daß sich im Mittwoch eine Einigung herbeiführen lassen werde. „Dieses Thema hat nicht mehr die frühere Brisanz“, ließ es gestern aus Kreisen der Unionsländer.

„Sache der Exekutive“

Von CDU und CSU wurde es auch als wichtig bezeichnet, daß jede Zusage für künftige Gebührenerhöhungen im öffentlich-rechtlichen Bereich auf der Sitzung in Hannover unterbleiben ist. „Wir werden uns hier auf kein Schema einlassen“, so der Tenor der Erklärungen. Eine unmittelbare Koppelung des Abschlusses des Staatsvertrages über die künftige Medienordnung an die vorherige Zustimmung der Landesparlamente wäre nach Einschätzung beispielsweise der rheinland-pfälzischen Landesregierung „das Ende der Exekutive“. Begründung: „Ein Staatsvertrag ist Exekutiv-Angelegenheit.“

Von FDP-Seite ist der SPD gestern vorgehalten worden, sie wolle das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – in veränderter Form – auch für die Zukunft fort-schreiben. Das Präsidiumsmitglied Walter Hirche warnte abermals vor einem „Rückfall in mediopolitische Kleinstaaterei“. Die notwendige neue Medien-Ordnung müsse klare Regeln für die Finanzierung enthalten.

Besatzer fürchten Angriff auf Kabul

Mudschahedin setzen chinesische Raketenwerfer ein / UdSSR annektierte Wakhankorridor

WALTER H. RUEB, Bonn

In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuters berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhankorridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhankorridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtrifft. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhankorridor sind von der Roten Armee

besetzt. In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Genscher spricht mit Flüchtlingen

Fortsetzung von Seite 1

daß Genscher statt der gewöhnlichen Boeing 707 diesmal eine kleinere Maschine mit nur 30 Sitzplätzen benutzt.

Vor rund vier Wochen hatte die Ablehnung eines Einreisevisums für den WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ström zu den Gründen für die Absage der Polen-Reise des Bundesaußenministers gehört. Intern wurde dem Auswärtigen Amt von Prager Seite versichert, alle Korrespondenten, die 1983 mit Genscher in Prag gewesen seien, würden auch diesmal ein Einreisevisum erhalten. Darunter fiel Ström nicht. Die Entscheidung über seinen Visumsantrag wurde bis gestern hinausgezögert. Dann sagte Prag nein. Intern war zu erfahren, die CSSR habe sich gegenüber Bonn auf ihre Bündnisolidarität gegenüber Polen berufen.

Von der Bundesregierung wurde gestern folgende Erklärung abgegeben:

„Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bedauert, daß dem Korrespondenten der WELT, Carl Gustaf Ström, von den Behörden der CSSR die private Einreise nach Prag verweigert worden ist.“

Wie bisher werden wir uns auch in Zukunft bei den zuständigen Behörden dafür einsetzen, daß alle Journalisten, die in den Ostblock reisen wollen, auch in den Ostblock reisen können. Das gilt selbstverständlich auch für Herrn Ström. Peter Boenisch

„Sowjetsoldaten foltern grausam“

rtz, New York

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ hat in einem Lagebericht der Sowjetunion und der von ihr gestützten Regierung in Afghanistan vorgeworfen, sie begingen „fast jede nur erdenkliche Art von Menschenrechtsverletzungen“. Unter Berufung auf Augenzeugen wird darin unter anderem geschildert, daß Mütter gezwungen wurden, die Folter ihrer Kinder mizuerleben.

Die Offiziere der sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan fungierten nicht nur als Berater der afghanischen Folterknechte, sondern sie beteiligten sich auch persönlich an Verhören und Mißhandlungen, fand die Gruppe heraus, die über die Einhaltung der in der KSZE-Schlussakte verabschiedeten Grundsätze wacht. Die Folterer terrorisierten und töteten auch Zivilisten; darunter Frauen und Kinder, und das auf vielfältige, unaussprechliche Weise.

Flüchtlinge im pakistanischen Peshawar hätten berichtet, es seien Menschen von sowjetischen Soldaten bei lebendigem Leibe verbrannt, mit Sprengstoff zerlegt oder geköpft worden. Männer habe man gefesselt auf die Straße gelegt und von Panzerketten zermalmen lassen. Es seien Handgranaten in Zimmer geworfen worden, wo die Soldaten zuvor Frauen und Kinder eingesperrt hätten, wird in dem Bericht geschildert.

Wir tun etwas für eine saubere Umwelt.

Sondertarif für Katalysator-Autos:

Sie sparen 25% in Voll- und Teilkasko.*

Ab 1. 4. 1985

Gegenüber anderen Tarifen in der Kfz-Versicherung

Vereinigte Aachen-Berlinische Versicherungs AG
Saar-Rhein Versicherungs AG

Im
Vereinigte
Versicherungsgruppe

هكذا من النجف

Dienstag, 18. Dezember 1984
Nr. 296

Wie im Krimi

ed. - Die Justiz geht manchmal eigentümliche Wege. Da wurden am Sonntag wie aus heiterem Himmel drei der vier früheren geschäftsführenden Gesellschafter der im letzten Jahr zusammengebrochenen Privatbank Schröder, Münchener Hengst & Co wie Angehörige einer kriminellen Bande verhaftet. Begründung: Fluchtgefahr.

Das muß nicht nur deshalb überraschen, weil man allen drei Ex-bankiers gleichzeitig unterstellt, sie wollten sich der Verantwortung für die Pleite der SMH-Bank und dem bevorstehenden Verfahren entziehen, obwohl es keinerlei Indizien für Absetzbewegungen zu geben scheint. Unverständlich erscheint das Vorgehen der Justizbehörde auch, weil einer der drei, Graf Galen, just in dem Moment auf offener Straße wie in einem Krimi festgenommen wurde, als er von Paris zu einem Vernehmungstermin nach Frankfurt kam. Auch die Tatsache, daß die Galens, wie zu hören ist, sich eine Wohnung in Frankfurt gemietet haben, spricht doch wohl gegen den Verdacht der Fluchtgefahr, der von der Staatsanwaltschaft damit begründet wird, daß die drei Exbankiers das Weite suchen würden, wenn sie nur ahnten, welche Strafen ihnen drohen.

Man kann sich eigentlich kaum vorstellen, daß sie nicht wissen, was auf sie zukommt. So drängt sich

denn der Eindruck auf, als sollten die gescheiterten Bankiers, die ohnehin am Ende sind, auch noch psychisch fertiggemacht werden. Oder soll mit Bankiers hinter schwedischen Gardinen ein Exempel statuieren werden, daß man die Großen nicht laufen läßt?

Langer Anlauf

J. G. - Wenn schon, denn schon. Nach dieser Devisen-Kündigung der Thyssenkonzerne seinen 220 000 Aktien für das Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) erneut Dividenden ausfallen. Im Unterschied zum Vorjahr, als die Eigentümer erstmals mit Wegfall der bis dahin trotz der langen Stahlkrise durchgehaltenen „Pflichtdividende“ von zwei DM je Aktie geschockt wurden, kommt die neue Dividendenpause aber nicht mehr aus operativem Verlust. Im Gegenteil. Das laufende Geschäft des im Stahl größten Privatunternehmens Europas liegt auch in diesem Problemkreis erstaunlich deutlich im Gewinn. Aber „Konsolidierung“, von der Vorlage für weitere kostspielige Struktur-Anpassungsschritte bis zur Wiederaufstellung der im verlustreichen Vorjahr geplünderten Rücklagen, steht bei Thyssen nun im Vordergrund. Die Aktionäre haben allen Grund, die Thyssen-Bilanz von 1983/84 demnächst genau zu studieren. Mit langem Anlauf will der Vorstand offenbar fürs laufende Jahr weit mehr als nur eine „Pflichtdividende“ bieten.

Mitterrands Dirigismus

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Wirtschaftsdirigismus ist in Frankreich keine Erfindung der Sozialisten. Seit Colbert, dem Finanzminister Ludwigs XIV., hat ihm noch jede Regierung gehuldet. Selbst unter Premierminister Raymond Barre, der letzten Symbolfigur des französischen „Liberalismus“, erhielten die Unternehmen größere Bankkredite nur unter staatlichen Auflagen, und größere Entlassungen bedurften der behördlichen Genehmigung.

Durch die Nationalisierungsgesetze Präsident Mitterrands nahm der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft allerdings wesentlich zu. Die nach dem Kriege eingeleitete Bankenverstaatlichung wurde von ihm vollendet, und durch die Verstaatlichung der fünf größten Industrieunternehmen erhöhte sich das Gewicht des öffentlichen Sektors im Industriegebiet auf insgesamt 77 Prozent des Umsatzes.

Die französische Wirtschaft steht heute etwa zur Hälfte unter der direkten Regierungskontrolle. Daran soll sich nichts ändern, erklärte Mitterrand kürzlich. Er hält die Nationalisierungen für die wichtigste und dauerhafteste Errungenschaft des Sozialismus, deren Rücknahme den derzeitigen Oppositionsparteien im Falle eines Wahlsiegs die größte Mühe bereiten würde. Die Kontrolle über Banken und Monopolunternehmen sei schließlich schon von General de Gaulle in Angriff genommen worden.

Andererseits bemüht sich Mitterrand um eine möglichst liberale Handhabung der Staatskontrollen. So wurden die Verwaltungen der Staatsbetriebe inzwischen mit größeren Autonomierechten ausgestattet. Selbst der französische Staatspräsident Yvon Gattaz räumte kürzlich ein, daß die meisten dieser Unternehmen heute wie Privatunternehmen geleitet würden.

Die Oppositionsparteien haben natürlich die „Entstaatlichung“ auf ihr Programm für die Parlamentswahlen vom Frühjahr 1986 gesetzt. Aber ihre Auffassungen über den Umfang einer Reprivatisierungsaktion gehen ziemlich weit auseinander. Auch fragt es sich, wie stark die Masse der Wähler an diesem Thema interessiert ist.

Gleichwohl bemüht sich Mitterrand neuerdings um ein liberales Image. Er versucht dabei mit spektakulären, volksnahen Maßnahmen die Aufmerksamkeit der breiten Öffent-

lichkeit zu erwecken. Die praktische Bedeutung dieser Liberalisierungsaktion ist aber bisher eher bescheiden geblieben.

Begonnen hat sie im August mit der Zulassung der Kreditkarten für Auslandsreisen der Franzosen. Diese Maßnahme war deshalb besonders publikumswirksam, weil im März 1983 die Devisenkontrolle in diesem Bereich in einem Ausmaß verschärft worden war, das allgemein als Freiheitsberaubung empfunden wurde.

Inzwischen hat er auch die Devisenbewehrungen ins Ausland etwas erleichtert und die Bestimmungen für Direktinvestitionen aus dem Ausland gelockert. Der Kapitalverkehr bleibt danach aber immer noch sehr stark beschränkt, nicht zuletzt, um der Kapitalflucht ins Ausland entgegenzutreten. Allerdings hatten auch die bürgerlichen Regierungen nicht gewagt, dem Kapitalexport Tür und Tor zu öffnen.

Im Bereich der Preise ist die sozialistische Liberalisierungsaktion allerdings weniger weit fortgeschritten, als unter der letzten Regierung. Die damals voll freigegebenen Industriepreise unterliegen auf 30 Prozent der behördlichen Regulierung und die Handelsspannen sind prozentual ausnahmslos blockiert. Im übrigen kann die Regierung aufgrund einer gesetzlichen Generalkompetenz jederzeit den kompletten Preisstopp anordnen.

Dagegen hat die sozialistische Regierung die Lohnliberalisierung weiter vorangetrieben als jede andere. Ist es ihr doch gelungen - abgesehen vom gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC) - die Indexierung der Löhne mit den Preisen zu überwinden. Der dadurch erstmals entstandene Kaufkraftverlust wurde bisher von den Arbeitern ohne Streik hingenommen, vor allem aus Angst vor der Arbeitslosigkeit. Die Folge war jedenfalls, daß sich der französische Preisanstieg in letzter Zeit wesentlich abgeschwächt hat.

Vielleicht wird sich einmal die Beilegung der Indexierung der Löhne als die größte Leistung Mitterrands erweisen. Diese notwendige Aufgabe wäre von einem bürgerlichen Regime wohl kaum zu bewältigen gewesen. Dagegen aufrechnen ist aber die Nationalisierungsaktion.

AUSSENWIRTSCHAFT / Eine Umfrage der WELT zur Export-Entwicklung ergibt:

Deutsche Unternehmen können ihre Position am Weltmarkt ausbauen

Auch die sich abschwächende Konjunktur in den Vereinigten Staaten hat zu keinem Stimmungsumschwung in der deutschen Exportwirtschaft geführt: Sie bleibt ungewöhnlich optimistisch, wie eine Umfrage der WELT ergeben hat. Skeptischer wird von den Außenhändlern allerdings das klassische Übersee-Geschäft vor allem mit Lateinamerika und Afrika beurteilt.

Die Einschätzung wird auch von den Konjunkturinstituten geteilt. In den jüngsten Prognosen rechnen sie für 1985 mit einer kräftigen Zunahme der Ausfuhren. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß die deutschen Firmen ihre Stellung am Weltmarkt weiter ausbauen können.

Beim Deutschen Industrie- und Handelsstag (DIHT) werden vor allem drei Gründe für den Export-Optimismus auch für das nächste Jahr genannt:

1. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Aufgrund des vergleichsweise geringen Kosten- und Preisanstiegs in der Bundesrepublik sind deutsche Firmen in weiten Produktbereichen international konkurrenzfähiger geworden. Dieses wurde durch den Kursanstieg des Dollars begünstigt. Aber selbst wenn es zu einer Abschwächung der US-Währung kommen sollte, würde dies kaum die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter beeinträchtigen.
2. Hoher technischer Standard: Der Technologie-Pessimismus ist in der Wirtschaft erheblich geschwunden. Die Mehrzahl der Firmen stuft sich auch in dieser Beziehung als zur Weltwirtschaft gehörend ein.
3. Günstige konjunkturelle Ent-

wicklung in Europa: Zwar wird sich das Expansionstempo in den Vereinigten Staaten und in dessen Sog auch in Japan abschwächen, was sich auf die Weltkonjunktur auswirken wird. So rechnet beispielsweise das Kieler Institut für Weltwirtschaft nur noch mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,5 Prozent im Durchschnitt der Industrieländer im nächsten Jahr, nachdem das Plus 1984 noch bei 4,5 Prozent liegen dürfte. Allerdings wird sich der Aufschwung in Westeuropa, wenn auch auf einem sehr viel niedrigeren Niveau als in den USA und Japan, stabilisieren. Die Brüsseler Kommission erwartet eine Wachstumsrate für die Gemeinschaft der zehn von 2,3 Prozent 1985. Die deutsche Exportwirtschaft setzt nahezu die Hälfte ihrer Produkte, die ins Ausland gehen, in der EG ab.

Einigkeit besteht daher sowohl zwischen den Spitzenverbänden als auch unter den Konjunkturforschern darüber, daß die Bundesrepublik auch 1985 ihren Anteil am Weltmarkt vergrößern wird. Für die Zunahme des Welthandels schwenken die Prognosen in der Mehrzahl zwischen 5,5 und 6,5 Prozent. Für die deutsche Ausfuhr sind die Erwartungen höher.

Sie liegen zwischen sechs, so das Kieler Institut in seiner jetzt veröffentlichten Prognose, und acht Prozent.

Nach der jüngsten Prognose des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg - wird 1985 nicht nur der Exportüberschuß weiter wachsen, sondern auch der Aktivsaldo in der Leistungsbilanz, der 1983 bei zehn Milliarden Mark gelegen hatte. Für 1985 wird ein Überschuß von 20 bis 25 Milliarden erwartet.

Beim Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bonn wird auf die großen Unterschiede von Land zu Land, aber auch von Firma zu Firma hingewiesen. So sehe es für Exporthäuser, die sich auf das Anlagegeschäft in Übersee spezialisiert haben, schlechter aus. Aufgrund einer Umfrage des Verbandes werden die Absatzchancen in Lateinamerika auch für 1985 überwiegend negativ beurteilt.

Wegen des Ausfalls Nigerias wird auch das Westafrika-Geschäft zurückhaltend beurteilt. Der deutsche Nigeria-Export sei auf ein Drittel seines Volumens von vor drei Jahren geschrumpft. Befriedigend wird der Südamerika-Handel eingeschätzt, etwas ungünstiger der mit Ostafrika. Der Warenaustausch mit den Ländern des Nahen Ostens, der 1984 geschrumpft ist, wird wieder positiver eingeschätzt. Verbessert haben sich die Exportaussichten auch in den Ländern des Pazifischen Beckens.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Nur jede achte Klage beim Aufsichtsamt war begründet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die im letzten Jahr beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in Berlin eingegangene Zahl von Beschwerden über Versicherungsgesellschaften, deren Geschäfts- und Regulierungsgebaren, hat sich zwar um acht (minus 1,7) Prozent auf 18 358 erhöht, die Zahl der letztendlich begründeten und berechtigten Klagen ist jedoch um 2,1 (14,8) Prozent auf 2332 Fälle zurückgegangen. Damit wäre auf jeweils 160 000 gültige Verträge eine begründete Beschwerde gekommen.

Dazu kommen jedoch, wie aus dem Geschäftsbericht 1983 des BAV hervorgeht, weitere 2956 (2802) sogenannte „sonst abgelehnte Beschwerden“. Fälle in denen durch bloßes Einschalten des BAV, also auf dem Kulanzwege, eine Klärung zugunsten des Versicherungsnehmers bewirkt wurde. Als „nicht begründet“ werden insgesamt 11 741 (plus 10,8 Prozent) der Beschwerden ausgewiesen. Ihre Zahl ist mit 64 (62,3) Prozent sowohl von der Zahl als auch vom Anteil der eingereichten Klagen überhaupt gestiegen. Zu diesen Fällen zählen jedoch nicht nur die „eindeutig unbegründeten“ Eingaben, sondern auch die Streitfälle, über die keine Klärung erzielt werden konnte und über die die Gerichte entscheiden müssen. In 1324 (1216) Fällen mußte die Aufsichtsbehörde sachlich als nicht zuständig erklären.

Während sich das BAV einer Wertung dieser Zahlen enthält, spiegeln

sie nach Ansicht des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) „die Bemühungen der Branche nach kundengerechter Beratung und zügiger Schadenaufwicklung“ wider. Nur jede achte Klage sei begründet gewesen. Einmal sei deren Zahl leicht zurückgegangen, auf der anderen Seite die Zahl der Versicherungsverträge gestiegen.

Einen Anstieg der eingereichten Beschwerden mußten fast alle Versicherungsweige hinnehmen. Nur die Sachversicherer und die Krankenversicherer hatten 211 und 228 Fälle weniger zu bearbeiten. Der Prozentsatz der begründeten und, sonst abgelehnten Beschwerden „ging dagegen in der Krankenversicherung leicht auf 8,7 (8) oder 13,3 (13) Prozent nach oben. Das gilt als einzigem weiteren Zweig auch in der Kraftfahrtversicherung (Haftpflicht, Unfall) mit 17,2 oder 14,1 Prozent der insgesamt auf 2763 (2448) gestiegenen Bearbeitungsfälle.

Selbst in den in letzter Zeit zunehmend mit Kritik an Rückkaufwerten (Lebensversicherung) oder durch Beitragssteigerungen überhäufte Sparten nahm weder die Zahl der Beschwerden noch die Zahl der begründeten Klagen zu.

Die größten Streitpunkte zwischen Versicherungsgesellschaften und ihren Kunden boten 1983 mit rund 8100 Fällen die Schadenaufwicklung, also Fragen der Deckung der Schadenhöhe und -leistung von Haftung und verzögerter Schadenaufwicklung.

AUF EIN WORT



„Eine emotionalisierte Debatte wie um das Katalysatorauto ist keine Debatte mehr, denn es gibt keine Zuhörer. Sie ist ein Ringkampf von Schlagworten.“

Dr. Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, Wolfsburg. FOTO: DPA

Mehr Strom aus Kernkraft

dpa/VWD, Frankfurt

Gut ein Viertel der Netto-Stromerzeugung der Europäischen Gemeinschaft kam im ersten Halbjahr 1984 aus Kernkraftwerken, nachdem der Anteil der Kernkraft im Vorjahr rund 20 Prozent betragen hatte. Die Kernenergie-Erzeugung war im ersten Halbjahr 1984 mit rund 172 Mrd. Kilowattstunden rund 37 Prozent höher als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. In Frankreich stieg der Kernenergieanteil auf 56 (43), in Belgien auf 50 (41) Prozent. Die Bundesrepublik erzeugte rund 21 (16) Prozent ihres Stroms aus Uran. Bei der öffentlichen Stromversorgung, die rund 90 Prozent des deutschen Stromverbrauchs deckte, betrug der Kernenergieanteil rund 25 (20) Prozent. Die Briten hatten einen Kernenergieanteil von 17 (17) Prozent, die Niederländer von fünf (vier) Prozent und die Italiener von drei (zwei) Prozent.

EG-SÜDERWEITERUNG

Partner warten noch auf grünes Licht der Griechen

WILHELM HADLER, Brüssel

Nur beschränkt verhandlungsfähig war die EG gestern zu Beginn der letzten diesjährigen Gesprächsrunde über den Beitritt Spaniens und Portugals. In einer vorbereitenden Sitzung der Außenminister wartete man allerdings zunächst vergeblich auf „grünes Licht“ der Griechen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Wein- und Fischereiprobleme.

Auf dem Dubliner Gipfel hatten sich die EG-Regierungschefs zwar nach langem Hin und Her auf eine gemeinsame Position in beiden Bereichen verständigt, doch hatte Premierminister Papandreu gegen die Einigung einen Gesamtvorbehalt eingelegt, weil die EG-Partner seiner Forderung nach einer großzügigen Dotierung der geplanten „integrierten Mittelmeerprogramme“ nicht nachkommen wollten.

In der Folge der Dubliner Konferenz kam es zu wechselnden Positionenbestimmungen Athens. Dabei blieb bis gestern unklar, ob die Griechen den Beitritt Spaniens und Portugals in einer vorbereitenden Sitzung der Außenminister wartete man allerdings zunächst vergeblich auf „grünes Licht“ der Griechen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Wein- und Fischereiprobleme.

Nach einem kurzen internen Meinungsaustausch beauftragten die Außenminister der EG den für Erweiterungsprobleme zuständigen italienischen Kommissions-Vizepräsidenten Lorenzo Natali, zunächst einmal informelle Gespräche über die noch offenen Fragen des Zugangs von spanischen Obst- und Gemüseerzeugnissen und Oliven während der Übergangszeit sowie über die Verpflichtung Madrids zur Aufnahme „nördlicher“ Agrarerzeugnisse zu führen.

DEMINEX

Vielversprechendes Ölfeld wurde in Syrien entdeckt

HEINZ HECKE, Bonn

Die Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH (Deminex) und Shell Pecten (US Shell) haben in Syrien ein sehr vielversprechendes Ölfeld entdeckt. Zwar hat die syrische Regierung die beiden Vertragsunternehmen zum Stillschweigen verpflichtet. Jedoch ist bekannt geworden, daß es sich um ein sehr hochwertiges leichtes Öl mit geringem Schwefelgehalt handelt. Dies ist um so bemerkenswerter, als alle bisherigen Ölfunde in Syrien nur schwerer hochschwefelhaltiges Öl zutage gefördert haben.

Nach bisherigen inoffiziellen Schätzungen, für die es auch von den beteiligten Unternehmen keine Bestätigung gibt, bewegt sich der Anteil an dem Ölfund in der Größenordnung von etwa 40 Millionen Tonnen. Für Deminex ist dies der

erste Ölfund in Syrien. Die Exploration der beiden Unternehmen im Vertragsteil Deir Ez Zor im nordöstlichen Teil des Landes geht weiter.

Die Deminex, eine Gemeinschaftsgründung der Veba AG und Veba Öl (54 Prozent), Wintershall AG (BASF), UK Wesseling (je 18,5 Prozent) und der Saarbergwerke (neun Prozent), hat seit 1969 vom Bund in einem Starthilfe- und zwei Anschlussprogrammen knapp zwei Milliarden Mark Bundesmittel erhalten. Im Rahmen eines dritten Anschlussprogramms sind abschließend 600 Millionen Mark vorgesehen. Die Mittel laufen voraussichtlich bis 1987 aus. Neubewilligungen sind nicht mehr vorgesehen. Die Gesellschafter selbst haben seit 1969 rund 768 Millionen Mark bereitgestellt. Die Deminex will künftig wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Montanumlage konstant

Straßburg (VWD) - Das Europäische Parlament hat sich für die Beibehaltung der seit 1980 konstant auf 0,31 Prozent des Produktionswertes für Kohle und Stahl festgesetzten Montanumlage der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für 1985 ausgesprochen. Angesichts der Krise der beiden Sektoren wird eine Erhöhung des Umlagesatzes als ausgeschlossen bezeichnet. Allerdings sind die aufzubringenden Mittel unzureichend, um den Finanzbedarf von 359,5 Mill. Ecu zu decken. So wird erneut eine Übertragung von Mitteln aus dem EG-Haushalt auf den EGKS-Haushalt notwendig sein.

Geringere Belastung

Köln (dpa/VWD) - Die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Sozialvorschriften belasten kleinere und mittlere Betriebe „in vielen Einzelbereichen mit geringeren Kosten“ als Großbetriebe. In einer gestern veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Kölner Universität heißt es, die „oft unterstellte Annahme“, mittelständische Unternehmen hätten besonders hohe Soziallasten zu tragen, lasse sich nicht belegen.

Bildungszentrum in Berlin

Berlin (tb.) - Ein überregionales Bildungszentrum hat die Deutsche Olivetti GmbH, Frankfurt, in Berlin gegründet. Ziel dieser Einrichtung ist es, den ständig steigenden Informationsbedarf bei Anwendern von Personal- und Textcomputern zu decken. Nach Angaben von Olivetti steht das Bildungszentrum allen Interessenten offen, also nicht nur Käufern von Olivetti-Geräten. Das Bildungszentrum soll schon im nächsten Jahr durch die Ausarbeitung von Software-Programmen einen Umsatz von 10 Mill. machen. Schulungsbeginn ist der 1. März 1985.

Gespräche verschoben

Paris (dpa/VWD) - Die für Mitte dieser Woche vorgesehenen Gespräche der westlichen Gläubigerländer mit Polen über Zahlungsleistungen für 15 Mrd. Dollar (45 Mrd. DM) Auslandsschulden sind verschoben worden. Nach Angaben des „Pariser Clubs“, in dem die Gläubigerländer zusammenarbeiten, hat Warschau um eine Vertagung gebeten.

Rösener rückt in Vorstand

Duisburg (dpa/VWD) - Prof. Karlheinz Rösener, der Anfang 1985 den Vorstandsvorsitz bei der Thyssen Edelstahlwerke AG, Düsseldorf, übernimmt, rückt zum gleichen Zeitpunkt auch in den Vorstand der Muttergesellschaft Thyssen AG, Duisburg, auf. Er list sowohl bei den Edelstahlwerken als auch bei der Thyssen AG Harald Dehmer ab.

Nur Detailänderungen

Berlin (dpa/VWD) - Der Rahmen des laufenden 3. Welttextilabkommens, das am 30. Juni 1986 endet, soll nach den Vorstellungen der Industrieverbände der wichtigsten westlichen Industrieländer praktisch unverändert bleiben. In den Details, insbesondere den Quoten, müsse das Abkommen den geänderten Marktbedingungen angepasst werden, erklärte der Präsident des Internationalen Verbandes der Bekleidungsindustrie (IAF), A. J. W. Lewis aus Großbritannien, anlässlich der Jahresversammlung des IAF-Präsidiums in Berlin.

Bußgeld verhängt

Brüssel (dpa/VWD) - Ein Bußgeld von zwei Millionen Ecu (4,46 Mill. DM) hat die EG-Kommission gegen den amerikanischen Landmaschinenhersteller Deere and Company und drei seiner selbständigen Vertriebshändler im EG-Markt verhängt. Wie die EG-Kommission gestern bekanntgab, hat das Unternehmen anderen Händlern den Export von Deere-Erzeugnissen in EG-Mitgliedsländer verboten und damit gegen die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages verstoßen.

Neuer Zentralbank-Chef

Tokio (AFP) - Der japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone hat gestern den neuen Gouverneur der japanischen Zentralbank, Satoshi Sumita (66), in sein Amt eingeführt. Er tritt die Nachfolge von Haruo Maekawa ab, der fünf Jahre lang der Zentralbank vorgestanden hatte.

JAPAN-HANDEL

Bonn will Harmonisierung von Normen vorschlagen

dpa/VWD, Tokio

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann will der japanischen Regierung bei seinem Besuch Anfang Januar in Tokio die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vorschlagen, die den Weg zur gegenseitigen Anerkennung von Standards und Prüfverfahren vorbereiten soll.

Wie Bangemann in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der in Tokio erscheinenden Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai“ sagte, sind unterschiedliche Normen und Testverfahren, aber auch überhöhte japanische Importzölle für eine Reihe von Warengruppen wesentliche Hindernisse für die Steigerung der deutschen Ausfuhren nach Fernost.

Bangemann wird am 8. Januar auf Einladung der Regierung in Tokio zu seinem ersten Besuch als Bundes-

wirtschaftsminister in Japan erwartet. Auf dem Programm der vierstägigen Visite stehen unter anderem Gespräche mit Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone, Außenminister Shin-ichi Abe, Handels- und Industrieminister Keijiro Murata sowie Spitzenvertretern der japanischen Wirtschaft.

In dem Interview beklagte Bangemann das in diesem Jahr erweiterte Handelsdefizit im Japanhandel. Offizielle Zahlen zufolge wird es mit elf Mrd. DM für 1984 voraussichtlich um 1,5 Mrd. DM über dem des Vorjahres liegen. Vor allem bei Fahrzeugen, Elektronik und Werkzeugmaschinen sind die japanischen Exporte in die Bundesrepublik 1984 deutlich stärker gestiegen als die Lieferungen in umgekehrte Richtung.

MIETFINANZ / Investitionen der deutschen Wirtschaft nehmen um fünf Prozent zu

Weiterhin zu hohe Arbeitskosten

HANS BAUMANN, Essen

Für das kommende Jahr rechnet die Mietfinanz GmbH, Mülheim (Ruhr), mit einem Wachstum der Ausleihinvestitionen der deutschen Wirtschaft um fünf Prozent gegenüber vier Prozent im Jahr. Diese Prognose zieht das Leasing-Unternehmen aus den Investitionsplänen seiner Kundenchaft in allen bedeutenden Branchen.

Einen stärkeren Investitionsaufschwung hält das Unternehmen für unwahrscheinlich, weil die Ertrags- und Eigenkapitalstärken der Wirtschaft „noch längst nicht behebbar“ sind. Bei der Prüfung von Aufträgen auf Investitionsgüter-Miete stellt das Unternehmen nach Auskunft von Geschäftsführer Gerd Koenig immer wieder fest, daß die Erhöhung der Unternehmenserträge erst in Ansätzen begonnen habe.

Die im Vergleich zu den letzten Jahren in den meisten Branchen we-

sentlich verbesserte Auftragslage gehe nach Einschätzung der Unternehmen selbst weitgehend auf die Wechselkursentwicklung, nicht aber auf eine reale Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Das wird nach Koenig besonders deutlich, wenn man die entscheidende Kostengröße, die Arbeitskosten je Stunde und Schicht, international vergleicht und um die Wechselkurs-Einflüsse seit 1982 bereinigt.

Unter diesen Prämissen hatte die deutsche Industrie Mitte des Jahres mit 28,40 Mark je Stunde besonders hohe Arbeitskosten zu verzeichnen - nach den USA mit 30,70 und der Schweiz mit 30,82 Mark. Ein ebenso ungünstiges Bild zeigt der Vergleich der Arbeitskosten pro Schicht. Die deutsche Industrie liegt bei 1000 Mann und acht Stunden Arbeitszeit mit 227 200 Mark ebenfalls weit vorn. In den USA sind es 245 600, in Japan

142 480 und in Großbritannien 160 240 Mark.

Die Industrie beobachtet nach Feststellung der Mietfinanz das gegenwärtig flott laufende Exportgeschäft nicht ohne Skepsis. Man sei sich darüber im klaren, daß der Aufschwung des Exportes in erster Linie auf die günstige Wechselkursentwicklung der Mark gegenüber dem Dollar zurückzuführen sei.

Zum Markt des Leasing sagt Gerd Koenig, daß sich die Branche in einer Phase der Bereinigung befinde. Manche Anbieter, die in den letzten Jahren besonders risikofreudig gewesen seien, müßten sich jetzt den Realitäten beugen. Koenig sprach damit die Problematik der Restwertkalkulation in Leasing-Verträgen an, die sich in manchen Bilanzen als uneinbringliche Forderungen aufbaufuhren haben. Mietfinanz selbst, so Koenig, habe zu keiner Zeit Restwerte kalkuliert.

Anzeige

„Schenken Sie nur das Beste. Harveys Bristol Cream.“

TÜRKEI / Wachsende Erfolge auf den Exportmärkten

Arbeitslosigkeit belastet

dpa/VWD, Ankara
Der Exportboom als Medizin gegen die türkischen Wirtschaftsleiden hat auch nach fast vier Jahren monetaristischer Wirtschaftspolitik und zwölf Monaten Regierungszeit von Turgut Özal noch nicht gewirkt. Die Exporterlöse aus dem Export von 2,9 Mrd. Dollar auf jeweils etwa 5,8 Mrd. in den vorangegangenen zwei Jahren. 1984 werden die Exporteinnahmen die Sieben-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten, 1985 sollen es über acht Mrd. Dollar (nach derzeitigem Kurs rund 25 Mrd. DM) werden.

Die Türken haben mit Textilien und Nahrungsmitteln, aber auch mit Industriegütern wichtige Märkte des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem die der kriegführenden Staaten Iran und Irak, erobert. Auch in Europa verfolgt die Türkei einen Expansionskurs: Die Ausfuhr stieg in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,7 Prozent auf 2,1 Mrd. Dollar. Die Bundesrepublik Deutschland ist nun wieder wichtigster Exportland für Ankara. Sie nimmt fast die Hälfte der in die EG gelieferten türkischen Waren ab. Die Handelsbilanz mit der Bundes-

republik wird voraussichtlich 1984 erstmals ausgeglichen sein.

Abgesehen von diesen Erfolgen aber werden die Planer am Bosphorus von großen Sorgen geplagt. Inflation und Arbeitslosigkeit, mangelnde Kapazitätsauslastung (etwa 62 Prozent in der Industrie), Defizite im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz (1984: etwa drei Mrd. Dollar), fehlende Auslandsinvestitionen, ineffiziente Staatsbetriebe sowie eine schwerfällige Bürokratie belasten die türkische Wirtschaft.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die OECD lobten mehrfach den Kurs von Özal, vor allem die Bewältigung der türkischen Schuldenlast (derzeit etwa 19 Mrd. Dollar); aber auch in Paris und Washington sorgen sich die Ökonomen nun wieder mehr um die Türkei, besonders über den Anstieg der Inflation auf inzwischen über 50 Prozent. Von der über 100 Prozent liegenden Inflationsrate zu Anfang der siebziger Jahre ist das Land allerdings noch weit entfernt.

Die Arbeitslosigkeit in der Türkei wird offiziell mit etwa 16 Prozent angegeben, die verdeckte Arbeitslosigkeit aber auf über 30 Prozent geschätzt.

ITALIEN / Mit dem Weihnachtsgeld können keine großen Sprünge gemacht werden

Lange aufgestaute Wünsche werden erfüllt

GÜNTHER DEFAS, Mailand
Rund 21 Mill. Erwerbstätige und Rentner, beinahe 38 Prozent der Italiener, erhalten zwischen dem 10. und dem 25. Dezember ihr Weihnachtsgeld ausbezahlt. Ungefähr 14 000 Mrd. Lire, umgerechnet beinahe 23 Mrd. DM, fließen innerhalb von zwei Wochen in die Taschen der privaten Haushalte, die sich damit aufgestaute Wünsche erfüllen. Nach Schätzungen des italienischen Verbraucherschutzes werden in den kommenden Wochen von 11 900 Mrd. Lire auf Schuldensrückzahlungen und die am Jahresende fälligen Jahresabonnements und -gebühren entfallen, während die restlichen 3100 Mrd. Lire vor allem in die Erneuerung der Garderobe gesteckt werden dürften.

Wie in den Vorjahren hat auch das diesjährige Weihnachtsgeld nicht nur keine realen Abstriche erfahren, sondern weist sogar einen kleinen Kaufkraftgewinn aus. Die Zunahme gegenüber dem vergangenen Jahr beträgt 11,1 Prozent, bei einer Inflationsrate, die im Jahresdurchschnitt nur leicht über 10 Prozent liegt.

Trotzdem sind mit dem Weihnachtsgeld auch in diesem Jahr keine großen Sprünge zu machen. Die Masse der Erwerbstätigen, die im Monat

einen durchschnittlichen Nettoverdienst von einer Mill. Lire erzielt, wird mit dem etwa in gleicher Höhe liegenden 13. Monatsgehalt erneut hauptsächlich dringende Konsumbedürfnisse befriedigen. Unnötige Geschenke gehören auf dem unteren und mittleren Einkommensniveau schon seit mehreren Jahren der Vergangenheit an. Was heute zu Weihnachten gekauft wird, sind vor allem praktische Haushaltsartikel, Spielzeuge für die Kleinen und jene Konsumgüter, deren Kauf einen größeren Betrag erfordert. Dazu gehören neuerdings auch immer mehr Lederschuhe und Bekleidung, die infolgedessen in der Vorweihnachtszeit alle Chancen haben, wenigstens einen Teil der Flaute auszugleichen, die diesen Markt während der ganzen übrigen Zeit des Jahres gekennzeichnet hatte. Erleichtert wird den Konsumenten in diesem Fall die Kaufentscheidung durch das schon seit einigen Jahren übliche Vorziehen der Winterschlussverkäufe. Statt wie früher üblich nach Silvester beginnen die Rabattverkäufe bei vielen Einzelhandelsbetrieben schon in der Woche vor Weihnachten.

Ein Teil des Weihnachtsgeldes wird wie gewohnt auch diesmal für Festtagsreisen und Skiaufbau ausgegeben. Immer mehr Italiener gehen neuerdings dazu über, ihre Ferienzeit aufzuteilen: das Gros der vier oder fünf Wochen Urlaub im Sommer, ein Teil zu Ostern und der Rest im Winter. Die Festtage gehören überwiegend der Familie, wobei auch die im Norden Italiens lebenden Südtiroler wie gewohnt nach Hause fahren. Ski gefahren wird dagegen meist während der „Weißen Wochen“.

Insgesamt werden offiziellen Schätzungen zufolge die Konsumausgaben der privaten Haushalte in diesem Jahr gegenüber 1983 einschließlich des Aufwands in der Vorweihnachtszeit und während der Festtage um real 1,5 Prozent zunehmen. Diese Zunahme ist beinahe doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr, aber erneut niedriger als das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Die Italiener sind zurückhaltender geworden als noch vor wenigen Jahren. Die Kaufkraft hat zwar durchschnittlich auch in diesem Jahr real zugenommen. Die Steigerungsraten werden aber merklich kleiner und tendieren immer deutlicher dahin, wo sie die Regierung schon lange haben will, nämlich in die Nähe der Stagnation.

KOHLEKRAFTWERKE / Rauchgasentschwefelung

Anlage wird Vorzeigeprojekt

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Es ist keine leichte Entscheidung, die dem Vorstand der Braunschweiger Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, morgen bevorsteht. Dem Betreiber der Kohlekraftwerke Buschhaus und Offleben fällt nämlich die delicate Aufgabe zu, über das Verfahren und den oder die Lieferanten der Rauchgasentschwefelungsanlagen für die beiden Stromfabriken zu beschließen.

Dabei ist es weniger die beeindruckende Investitionssumme zwischen 300 und 400 Mill. DM, die für einen gewissen Nervenkitzel sorgt, als die politische „Prominenz“ von Buschhaus. Tatsächlich ist die Anlage nahe der niedersächsischen Zonengrenze nicht so ganz „ohne“. Die Braunkohle, für die der 350-Megawatt-Block in Buschhaus konzipiert wurde (Investition einschließlich des Bergbau-Tells: 850 Mill. DM), zeichnet sich nicht nur durch einen sehr hohen Schwefelgehalt aus, sondern zusätzlich durch einen hohen Salzgehalt aus. Nicht ausgefittet würden diese mit dem Rauchgas der Kohleverbrennung durch den Schornstein in die Umwelt wandern.

Die vorausberechnbaren Produkte der Filterung, täglich 200 Tonnen reiner Schwefel und 30 bis 40 Tonnen Salz, machen das Volumen deutlich. Kein Wunder also, wenn Anwohner und Umweltschützer – wenigstens mit dem Erfolg des Aufschubs – vor Gericht gingen. Wenn Buschhaus dennoch demnächst anläuft, dann erst einmal mit der „normalen“, also salzarmen Kohle aus Offleben. Neben diesem Kompromiss hat das politische Gerangel auch einen früheren Termin für die Inbetriebnahme der Filteranlage hervorgebracht: Sie soll bis zum 30. Juni 1987 fertig sein.

Sowohl die knappe Bauzeit – schließlich geht es um eine komplette Chemieanlage etwa in Größe eines

Fußballfeldes – als auch die extremen Anforderungen an das Verfahren haben die Buschhaus-Entscheidung auch für die Anlagenbauer zu einem Vorzeigeprojekt par excellence gemacht. Es geht um das Prestige, als erster den Rekordgehalt von etwa 12 000 bis 15 000 Milligramm Schwefeldioxid je Kubikmeter Rauchgas unter die 400-Milligramm-Marke zu bringen. Diese „unternehmenspolitische“ Komponente macht die Entscheidung nicht leichter, etwa wenn es darum geht, sich für ein deutsches oder ein ausländisches Verfahren zu entscheiden. Der Staat hat seine Zusätze von 242 Mill. DM damit verbunden, daß ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung aus dem Entschwefelungsauftrag in Niedersachsen bleibt, also dortige Spezialunternehmen beschäftigt werden.

Es sind zwei völlig unterschiedliche Verfahren im Gespräch: die Naßentschwefelung und die Rauchwäsche mit Natronlauge. Bei der Naßentschwefelung wird der Rauch durch eine Suspension aus Kalk (800 Tagestonnen) und Wasser geleitet, in der Schwefeldioxid und Salz gebunden und abgeführt werden. Das Endprodukt sind täglich 1200 Tonnen Gips, die entweder an die Industrie gehen oder vor Ort zum Verfüllen der ausgebeuteten Kohlegruben eingesetzt werden können. Die Sulfitwäsche dagegen besteht zwar mit den weitaus geringeren Mengen von etwa 20 Tonnen Natronlauge-Einsatz und 200 Tonnen Schwefelproduktion pro Tag. Sie benötigt aber einen höheren Energieeinsatz und erfordert die Deponierung der als Staub abgeschiedenen Salze.

Die Entscheidung wird dem BKB-Vorstand also wirklich nicht leichtgemacht. Und eines ist schon vorab sicher: Wie auch immer er sich entscheidet – von irgendeiner Seite wird er Scheitern befehlen.

AUTO-BECKER / Kaum Umsatzwachstum

Vorstoß mit Solex-Systemen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Angesichts immer noch weithin verunsicherter Autokäufer und demzufolge sinkender Auftragseingänge im Autobereich will das Autobauhaus Auto-Becker GmbH & Co. KG, Düsseldorf, neben nachrüstbaren Katalysator- und Flüssiggas-Systemen für Neu- und Gebrauchtwagen ab Mitte Januar 1985 auch Umrüstsätze nach dem sogenannten Mager-Konzept mit Abgasrückführung des britischen Vergaserherstellers Solex anbieten. Nach diesem Verfahren wird durch Luftüberschuß die Verbrennungstemperatur im Motor herabgesetzt und gleichzeitig der Stickoxidgehalt verringert. Eine Verminderung der noch im Abgas enthaltenen unverbrannten Kohlenstoffe und des Kohlenmonoxids kann bei Verwendung bleifreier Kraftstoffe durch einen einfacheren Oxidationskatalysator erfolgen.

Wie Wilhelm Becker und Repräsentanten des Hauses Solex erläuterten, dauert die Umrüstung bei Gebrauchtwagen etwa 2 bis 3 Stunden und kostet zwischen 600 und 800 DM, ist damit also erheblich billiger als bei der Umrüstung neuer Fahrzeuge. Auto-Becker hat 1984 mit 142 Mill. DM 2,5 Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahr. Leicht hätte man eine Umsatzsteigerung von 10 Prozent erreichen können; hätte es bei Jaguar und Ferrari nicht erhebliche Lieferverzögerungen gegeben. Bei Gebrauchtwagen wurde, vor allem im Export, ein Umsatzplus von 5 Prozent erzielt. Zubehör legte 10 Prozent zu. Werkstatt und Ersatzteilumsatz blieben stabil. Die Mitarbeiterzahl wuchs um 2 Prozent auf 337.

MANILA / Währungsfonds bewilligt Hilfspaket

Programm ausgehandelt

H.-A. SIEBERT, Washington
Nach fast einjährigen Verhandlungen ist das Hilfspaket für die Philippinen unter Dach und Fach. Wie der Internationale Währungsfonds (IWF) mitteilte, kann die Regierung in Manila in den kommenden 18 Monaten Hartwährungskredite im Gesamtwert von 615 Mill. Sonderziehungsrechten (SZR, „Papiergold“) abrufen. Das sind umgerechnet mehr als 1,89 Mrd. Mark. Bei einer Quote von 440,4 Mill. SZR schulden die Philippinen der multinationalen Organisation bereits 2,24 Mrd. Mark.

Die Mittel sind ausschließlich für die Finanzierung des mit Manila ausgehandelten wirtschaftlichen Anpassungsprogramms bestimmt. Es zielt auf einen Abbau des Leistungsbilanzdefizits, eine schnelle Reduzierung der Inflationsrate sowie eine Verbesserung der Wirtschafts- und Managementstruktur. Vorgesehen sind monetäre und fiskalpolitische Maßnahmen wie die Streichung öffentlicher Ausgaben und die Korrektur des staatlichen Investitionsprogramms. Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung sollen durch Überarbeitung der jüngsten Steuerreform gefördert werden; im Agrarbereich werden Produktionsanreize geschaffen.

Das Hilfspaket ist die Voraussetzung für einen geordneten Schuldendienst. Schon im Oktober hat sich Manila mit der Beratergruppe der Geschäftsbanken im Prinzip auf die Umschuldung in Höhe von 925 Mill. Dollar geeinigt. Für reine Handelsgeschäfte ist eine revolvingierende Kreditfazilität geplant, die mit rund drei Mrd. Dollar ausgestattet werden soll. Der Pariser Klub wird in Kürze mit Beratungen beginnen.

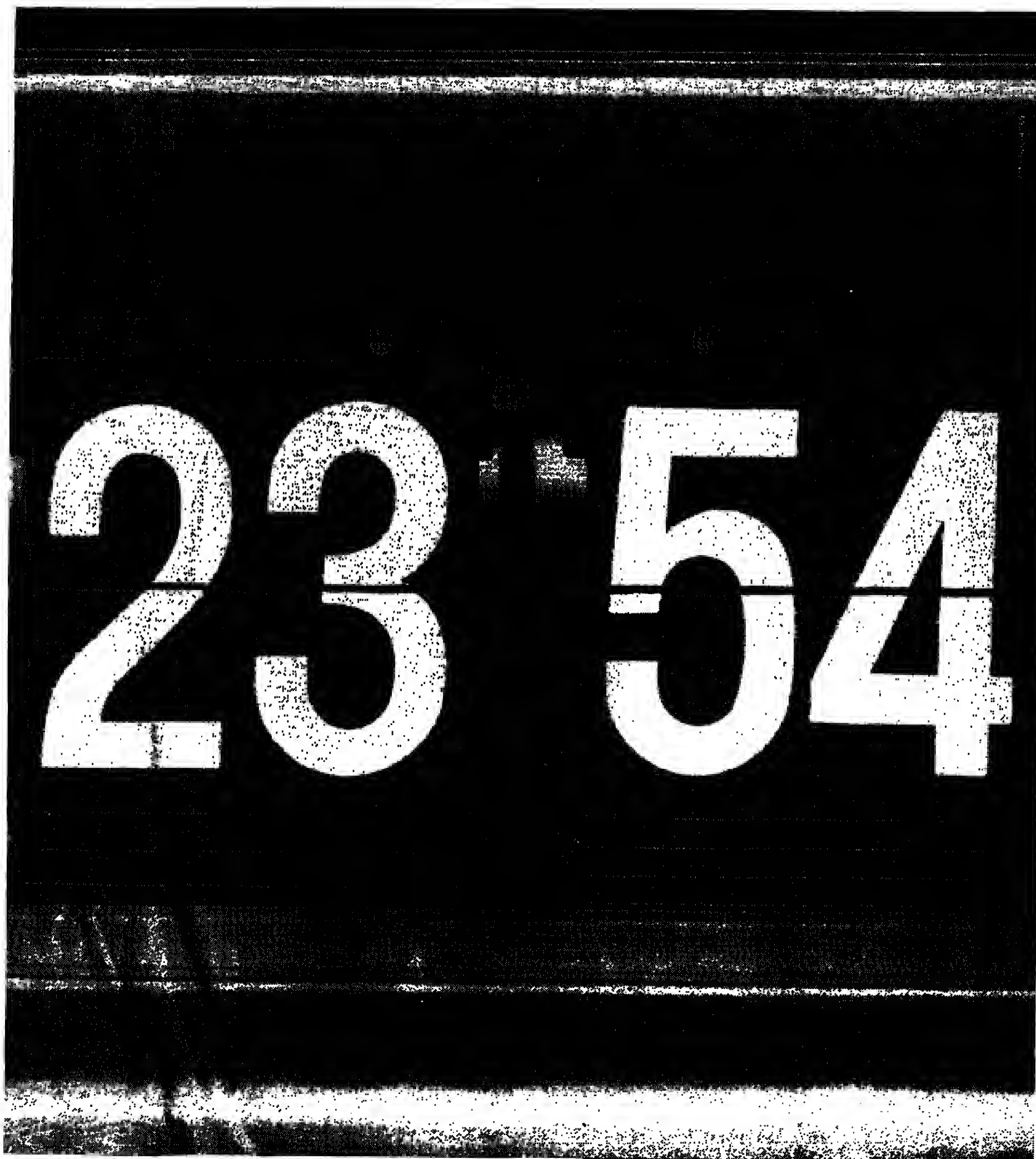
GROSSBRITANNIEN / Unternehmer optimistisch

Gefüllte Auftragsbücher

WILHELM FURLER, London

Die britischen Unternehmer erwarten für die nächsten Monate ein anhaltendes stetiges Wirtschaftswachstum. Das geht aus der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1500 Mitgliedsfirmen hervor. Danach sind die Auftragsbücher in der verarbeitenden Industrie seit dem Frühjahr deutlich dicker geworden. Die über große Mehrheit der Befragten sieht keine Anzeichen, daß sich die Nachfrage vor Ende des nächsten Jahres abschwächen könnte. So rechnen 30 Prozent der Befragten mit einem steigenden Produktionsvolumen, 58 Prozent glauben an ein unverändertes und nur zwölf Prozent bejahen ein nachgebendes Produktionsvolumen.

Leicht beunruhigend sind dagegen lediglich die Preissteigerungen in der Industrie. Während nur drei Prozent der Befragten damit rechnen, ihre Preise in den nächsten vier Monaten nicht anzuhoben, geben 53 Prozent von gleichen Preisen und immerhin 42 Prozent von Preissteigerungen aus. Bei der Befragung im Januar dieses Jahres wies das entsprechende Verhältnis noch deutlicher auf bevorstehende Preissteigerungen hin.

Einspruch.
Ein Fall für Telex.

Mit Telex kommt man sogar um fünf vor zwölf noch zu seinem Recht.

Der Grund dafür ist die Rechtsverbindlichkeit von Telex. So wird zum Beispiel ein Einspruch, der nach Ende der Dienststunden bei Gericht ankommt, von Telex selbständig empfangen, notiert und – falls Absender und Empfänger sich dieser besonderen Leistung bedienen – mit Datum und Uhrzeit festgehalten.

Ein weiterer guter Grund ist die Schnellig-

keit. Mit Telex läßt sich augenblicklich jeder der über 1,4 Millionen Anschlüsse in aller Welt erreichen. Hinzu kommen die Teletex-Anschlüsse, die ebenfalls schnell und gut mit Telex zusammenarbeiten.

Kommen wir zum dritten Vorteil: Telex ist dialogfähig. Das bedeutet, man kann per Telex ohne Unterbrechung Fragen stellen und Antworten erwarten. So können zwei Teilnehmer in einer schriftlichen Unterhaltung herausfinden,

wer recht hat oder unrecht. Und das sogar später noch mal nachlesen. Denn von jedem Telex gibt es sowohl beim Absender als auch beim Empfänger ein Original. Telex ist also nicht nur ein Fall für Richter und Anwälte. Auch normale Geschäftsleute kommen mit Telex gut zurecht.

Sprechen Sie mit der Technischen Vertriebsberatung Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post

هكذا من الجليل

ARBED SAARSTAHL / Wolfgang Bernhardt kommt

Dem rettenden Ufer nahe

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Wolfgang Bernhardt (49), der zwei Jahrzehnte seiner Karriere je zur Hälfte als Flick- und als Kork-Manager verbrachte (und als Kork-Generalmajor wegen Dissens mit dem eigentlichen Eigentümer rechtzeitig vor dessen Debakel ausstieg), wäre vermutlich schlecht beraten, würde er seine dieser Tage zur Entscheidung anstehende Berufung in den Geschäftsführungs-Vorstand der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, auf die von ihm favorisierte einjährige Amtszeit limitieren. Legte er ein weiteres Jahr zu, könnte er als „Retter der Saar“ Meriten erwerben.
Solche Schlussfolgerung vermittelt jetzt Jürgen Krakow (61), der aus zweifelsfrei gesundheitlichen Gründen zum Jahresende aus dem Geschäftsführungsvorstand von Arbed Saarstahl ausscheidet. Denn was Krakow in quasi Zwischenbilanz seiner zehnjährigen Führung dieses schlimmsten Problemkindes der deutschen Stahlindustrie vorzuweisen hat, das kann sich auch vor unbestechlichem Auge sehen lassen.
Keine Zweifel gibt es heute mehr

daran, daß dieser größte Stahlproduzent an der Saar bis 1986 ein gewaltiges Restrukturierungsprogramm bewältigt haben wird. Dies bedeutet im Vergleich mit dem letzten Stahlboom 1974: eine Reduzierung von drei „vollintegrierten“ Hüttenwerksstandorten auf nur noch einen in der Roh-eisenbasis künftig gemeinsam mit der Dillinger Hütte (französischer Mehrheitsbesitz) betriebenen. Kombiniert wurde dies mit einem fast schon beendeten Belegschaftsabbau um knapp 60 Prozent auf einen beute fast erreichten Endstand von gut 12 000 Beschäftigten.
Dies mit dem Beiwerk von reichlich 3 Mrd. DM staatlicher Stützung, von Kreditgarantie bis zu verlorenem Zuschuß. Zuvor für ein einziges Stahlunternehmen? Krakow hat zur Antwort vor allem zwei Argumente: Erstens konnte und könne niemand die „Bulldozer-Alternative“ der totalen Vernichtung der Saarstahl-Arbeitsplätze propagieren. Zweitens komme das Unternehmen nach öffentlichen und Banken-Hilfe nun ab 1985 aus seinen horrenden Verlusten heraus in die Selbstverantwortung.

SEL / Für 1984 wird wieder mit einem guten Ergebnis gerechnet - Mit „gestärktem Rücken“ ins neue Geschäftsjahr

Die Auftragspolster sind kräftig angewachsen

WERNER NEITZEL, Asperg
Obwohl die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, im laufenden Jahr das Handicap eines durch Arbeitskampf verursachten Produktionsausfalls zu verkraften hatte und auch den Preisverfall in der Unterhaltungselektronik zu spüren bekam, wird für das Geschäftsjahr 1984 mit einer Zunahme des SEL-Gruppenumsatzes um etwa 6 Prozent auf gut 4,5 Milliarden DM gerechnet.
Damit liege man, wie SEL-Chef Helmut Lohr in Asperg vor Journalisten bemerkte, nicht wesentlich unter dem ursprünglich geplanten Wachstum. Zustatten kam dem Unternehmen die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts.
Überhaupt verzeichnete die SEL im bisherigen Verlauf dieses Jahres eine überaus kräftige Belebung der Nachfrage in praktisch allen Unternehmensbereichen. Der Auftragsbestand erhöhte sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 19 Prozent, der Auftragsbestand lag mit 2,8 Milliarden DM per Ende September sogar um 28 Prozent über dem Vorjahr. So zog insbesondere der Auftragszuwachs aus dem Inland kräftig an.
Der Umsatz der Gruppe lag arbeitskampfbedingt in den ersten neun Monaten mit 2,78 Milliarden DM lediglich auf Vorjahresniveau. Die „Aufholjagd“ führte im vierten Quartal dann wieder zu Zuwachsraten.
Gerade in den letzten Wochen konnte SEL auch einige bedeutende Exportaufträge unter Dach und Fach bringen. Dazu zählen ein Großauftrag aus Malaysia über Luftlande-Ausrüstungen, aber auch der Aufbau eines Glasfaserkabel-Netzes in der Volksrepublik China.
„Wir gehen mit sehr gestärktem Rücken in das Jahr 1985“, meinte Lohr, der hierin die Früchte der Strukturereinigung und der Fortsetzung des Exports sieht. Die in den letzten Jahren entwickelte Fähigkeit, komplexe Technologien in marktfähige Erzeugnisse umzusetzen, und die notwendigen Ressourcen aus eigener Kraft erwirtschaften zu können, werde auch in der Zukunft bei der Verwirklichung der ehrgeizigen Unternehmensziele helfen.

Zur Ertragsentwicklung in diesem Jahr meinte Lohr lediglich, das Ergebnis werde sich sehen lassen können. Für 1983 war aus einem Jahresüberschuss von 87 Mill. DM an die Muttergesellschaft eine von 3 auf 21 Prozent aufgestockte Dividende gezahlt worden. Die freien Aktionäre, die 16 Prozent des SEL-Aktienkapitals von 384 Mill. DM halten, wurden mit der Garantiedividende von 21 Prozent bedient. Wie das Unternehmen verfahren werde, wenn die Laufzeit der Garantiedividende zu Ende geht, ließ Lohr offen.
In der Nachrichtentechnik, in der SEL in den ersten neun Monaten einen Anstieg des Bestelleingangs um 31 Prozent verbuchte, orderte die

Bundespost die ersten Ortsvermittlungstellen in digitaler System 12-Technik. Auch wurden zwei Nebenstellenanlagen, mit der Technikfähigkeit zur ISDN (Integrated Services Digital Network), für Versuchszwecke bestellt.
Im Bereich der Unterhaltungselektronik wuchs das Exportgeschäft, während der Inlandsabsatz zurückging. Die derzeit im Werk Bochum vorhandene Produktionskapazität von gut 1,5 Mill. Farbfernsehern pro Jahr soll noch weiter ausgebaut werden.
Bei Bauelementen der Unterhaltungselektronik habe sich die günstigste Marktentwicklung ebenso fortgesetzt wie bei den Farbfernsehern. Weitere Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Büroautomation, die Optoelektronik und die Weiterentwicklung von Software-Strukturen.
Ende September beschäftigte die SEL-Gruppe mit 30 824 Mitarbeitern rund 100 mehr als ein Jahr zuvor. Im Anbetracht der guten Auftragslage ist wohl anzunehmen, daß der Trend weiterhin leicht nach oben zeigt.

IVECO MAGIRUS

Talfahrt soll nun beendet sein

dpa/VWD, Ulm
Der zur Fiat-Gruppe gehörende Nutzfahrzeughersteller Iveco Magirus AG, Ulm, hat die Talfahrt nunmehr endgültig verlassen. Der Unternehmensvorstand rechnet für das kommende Jahr wieder mit „leicht verbesserten“ Auftrags- und Umsatzzahlen. Voraussichtlich werden 1985 etwa 10 000 Fahrzeuge gebaut werden.
Dies bedeutet eine bessere Auslastung der Kapazitäten und damit keine weitere Personaleinsparung. Vorstandsvorsitzender Wolfgang Keller machte auf einer Betriebsversammlung jedoch deutlich, daß die Arbeitsplätze freiwillig ausscheidender Mitarbeiter nicht automatisch neu besetzt würden.
Das Geschäftsjahr 1984 bezeichnete er als ein Jahr der „Konsolidierung und Stabilisierung“. Produktion und Absatzvolumen würden zwar noch einmal leicht zurückgehen, doch habe Iveco Magirus seinen Marktanteil an den Neuzulassungen im Inland gehalten. Er sei im Zeitraum Januar bis September 1984 gegenüber dem Vorjahr von 11,8 auf 12,6 Prozent gestiegen, obwohl das Unternehmen mit einem Rückgang der Neuzulassungen um 2,7 Prozent ebenso wie andere Nutzfahrzeughersteller Federn lassen mußte.
Der Exportabsatz sei erneut um gut 1000 Einheiten zurückgegangen. Insgesamt habe das Unternehmen etwas mehr als 14 000 Fahrzeuge abgesetzt, von denen knapp 8000 aus der Ulmer Produktion kamen. Das Umsatzvolumen werde daher leicht auf etwa 1,5 (1,6) Mrd. DM zurückgehen. Der Verlust sei 1984 „deutlich“ reduziert worden. 1983 wurde ein Verlust von 108 Mill. DM ausgewiesen. Die Zahl der Beschäftigten fiel im Jahresverlauf von rund 7400 auf etwa 6800 im Oktober 1984.

PHILIP MORRIS / Kontinuierlich Marktanteile gewonnen

Branchen-Streit geht weiter

DANKWARD SEITZ, München
Spätestens im Januar wird die zweite Runde in der juristischen Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Zigarettenindustrie um die neuen Filter eingeleitet. Erneut wird vom Urteil des Landgerichts Köln - es untersagt der BAT, ihre Marke „Barclays“ mit niedrigen Schadstoffwertangaben zu vertrieben -, will die Münchner Philip Morris GmbH nun gegen die „Murati No. 1“ der Martin Brinkmann AG, Bremen, vorgehen. Derzeit wird bei Philip Morris, wie der neue Vorsitzende der Geschäftsführung, Günter Wille, mitteilt, eine schriftliche Abmahnung vorbereitet. Auch bei dieser Zigarette würden wegen ihres besonderen Filters „irreführende“ Wertangaben gemacht.
Es ist nach Ansicht von Wille ein „unvermeidlicher Schritt“, auch wenn dies der Branche insgesamt schade. Diese neuen Filter seien nämlich nach dem Preis der Zigarette des Jahres 1983 nichts anderes als eine „neue Variante im Kampf um Marktanteile“. Er brach mit aller Heftigkeit aus, als die Verkäufe der Branche

1982 nach der massiven Steuererhöhung um 16,2 Prozent zurückgingen. Inzwischen hat sich der Absatz wieder um 4,6 Prozent 1983 und um 3,5 Prozent 1984 auf 117,7 Mrd. Zigaretten erhöht, liegt aber noch deutlich unter dem hohen Niveau von 1980 mit 127,1 Mrd. Stück.
Für Philip Morris ist dies allerdings kein Grund zur Sorge. In den letzten vier Jahren konnte das Unternehmen, so Wille, seinen Marktanteil von 13,3 auf 17,8 (15,9) Prozent ausbauen. 1984 erreichte der Inlandsabsatz 20,7 (18,0) Mrd. Stück; in den Export gingen 16,0 (14,3) Mrd. Zigaretten. Auch beim Umsatz wird Philip Morris nach Angaben von Wille wieder ein beachtliches Plus von annähernd 17 Prozent auf 3,6 Mrd. DM erzielen können (1980 waren es erst 2,1 Mrd. DM). Die Spuren des harten Wettbewerbs kommen jedoch deutlich im Jahresüberschuß zum Ausdruck. Er sank kontinuierlich von 25,4 Mill. DM 1980 auf nur noch 2,9 (11,3) Mill. DM im vergangenen Jahr. Ob er 1984 weiter zurückgegangen ist, steht noch nicht fest, aber, so Wille, „wir werden keine roten Zahlen haben“.

FÜW: Unveränderte Dividende

VWD, Nürnberg
Eine unveränderte Dividende von 10 Prozent hat der Vorstand der Frankfurter Überlandwerk AG, Nürnberg, den Aktionären für das Geschäftsjahr 1984 in Aussicht gestellt. Dabei können auch die zur Hälfte gewinnberechtigten jungen Aktien aus der 1984 durchgeführten Kapitalerhöhung auf 90 (70) Mill. DM bedient werden, heißt es in einem Aktionärsbrief. Zum „leicht verbesserten“ Ergebnis würden Mehrerlöse und die schon zur Hauptversammlung angekündigte Investitionszulage von 1,9 Mill. DM beitragen. Die nutzbare Stromabgabe des FÜW stieg bis einschließlich Oktober 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,8 (1,4) Prozent auf 2,65 Mrd. kWh.
Die Umsatzerlöse aus dem Stromgeschäft stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,2 Prozent auf 507,7 Mill. DM an. Während in der ersten Hälfte 1985 mit stabilen Strompreisen zu rechnen sei, könne man eine Anhebung im zweiten Halbjahr nicht ausschließen. In Sachanlagen wird das FÜW 1984 planmäßig rund 85,4 (89,8) Mill. DM investieren.

NAMEN

Dr. Franz Scherer, Vorstandsmitglied der Honeywell Bull AG, Köln, wurde zum Vorstandsvorsitzenden und Horst Gellert vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt. Josef Bölkemann wird stellvertretendes Vorstandsmitglied.
Hans-Joachim Riesenbeck und Dr. Jürgen Schrader, beide Düsseldorf, sowie Heinrich Wilms, Hamburg, sind zu Principals von McKinsey & Company, Inc., New York, gewählt und in die Geschäftsführung von McKinsey für Deutschland berufen worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Dieter Heckendorf, Essen: Fruchthof von Dyck GmbH & Co. KG; Hagen: 1) Sahling-Bau GmbH & Co. KG, 2) Sahling-Bau GmbH; Karlsruhe: Heinkel Beteiligungs-ges. mbH, Stuttgart; Krefeld: a) Peter van Bebbler Beteiligungs-ges. mbH, Krefeld-Uerdingen; Lärach: Sigmund Orth, Weil a. Rhein; Mainz: I A E Industrieanlagen Export GmbH; Transdonneret GmbH; Wiesbaden: Barchmann Minerva Bau- u. Baubetreiber GmbH & Co. KG; Montabaur: Wick-Werke GmbH & Co. KG, Hahn-Grenzhausen; Nordhorn: Hans-Dietrich Roschegg; Pirmasens: NOWA Vieh- u. Fleischhandels-ges. mbH; Remscheid: Emil Ohliger GmbH & Co., Solingen; Moll, Schallbruch & Co. GmbH, Solingen; Siegburg: H.M.-Motordruck GmbH, Troisdorf; Soest: Nachl. d. Johannes Werner Rosemann, Warstein-Belecke; Stuttgart: Nachl. d. Nikolaus Schmidt; Wuppertal: IBB IMMOBILIENBAU Dachdeckerei u. Fassadenbau GmbH; Nachl. d. Hans Schmidt.
Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Werner Müller Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG.
Vergleich eröffnet: Pirmasens: W. Bischoff GmbH & Co. KG, Ludwigswinkel.
Vergleich beantragt: Ludwigshafen: Gebr. Canali KG, Speyer.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ameropa holte auf
Frankfurt (dpa/VWD) - Der Frankfurter Bahnreise-Veranstalter Ameropa hat im abgelaufenen Urlaubsjahr (31. Oktober) verlorenes Terrain wieder aufgeholt. Mit einem Buchungsschub von 15,5 Prozent auf 213 606 Reiseteilnehmer konnte das Unternehmen das „Problemjahr“ 1982/83 - damals wurden 11,4 Prozent weniger Gäste gezählt - mehr als wettmachen. Der Umsatz nahm um etwa 27 Prozent auf rund 89 Mill. DM zu. Dies war auch auf die Erhöhung des Durchschnittspreispreises von 380 auf 417 DM zurückzuführen.
Beta-HV am 18. Dezember
Mannheim (VWD) - Am 18. Dezember findet in Mannheim eine Hauptversammlung der Beta Computer AG (vormals Reichhold Chemie AG i. L.) statt. Wie von Aktionären zu erfahren war, soll die zum Einflußbereich des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Kerkerbachbahn AG i. K., Mannheim, Tom Sieger, gehörende Gesellschaft „eine Neuaufgabe des Siegermodells“ planen. Dazu gehörte u. a. der Zugang zum Kapitalmarkt über die amtliche Notierung eines seiner Unternehmen.
Lizenz für China
Hannover (dos) - Die seit Mitte 1982 zur französischen Les Cables de Lyon gehörende Kabelmetal electro GmbH, Hannover, hat einen Vertrag über die Herstellung von hochflexiblen Metallwellenrohren aus rostfreiem Stahl nach dem Tiefwellenverfahren mit China abgeschlossen. Vertragspartner ist ein chinesisches Rohwerk, das damit als erstes Unternehmen das von Kabelmetal electro entwickelte Verfahren einsetzen wird. Bereits früher seien an drei andere Kabelwerke in China Lizenzen vergeben und die dazugehörigen Anlagen geliefert worden. Der neue Vertrag (Wert: 5 Mill. DM) umfaßt die Lieferung einer Maschine für Rohdurchmesser bis zu 20 cm, die Ausbildung chinesischen Personals in Hannover und die Inbetriebnahme der Maschine beim Kunden in Nanjing.
Mit Geschäft zufrieden
Essen (Bm.) - Die Mietfinanz, Milheim, ist mit ihrem Geschäft in 1984 zufrieden. Das Volumen der abgeschlossenen Mietverträge lag in den ersten zehn Monaten um 16 Prozent höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Ertrag sei weiter gestiegen. Mit dem Auslandsgeschäft ist die Mietfinanz ebenfalls zufrieden. Das gelte auch für das China- und das Ungarn-Geschäft. Das starke Wachstum werde sich jedoch nicht in der Bilanzsumme niederschlagen, da die Lieferfristen teilweise sehr lang seien und Großverträge aus früheren Jahren ersatzlos ausfielen.

DER: Gutes Jahr mit hohem Zuwachs

dpa/VWD, Frankfurt
Die Deutsche Reisebüro GmbH (DER), Berlin/Frankfurt, hat allgemeine Preiserhöhungen zwischen 3 und 5 Prozent bekanntgegeben. Wie die Geschäftsführung bei der Vorlage des neuen Sommerprogrammes mitteilte, werden für Spanien allerdings die Hotelpreise um etwa 15 Prozent erhöht. Billiger zu buchen sind Ferienwohnungen in Italien, die sich um 3 bis 5 Prozent ermäßigten.
Obwohl das Geschäftsjahr noch nicht beendet ist, rechnet die Geschäftsführung mit einem „guten Jahr“. Insgesamt 240 000 Buchungen für die Touristik-Programme brachten einen Zuwachs von 12 Prozent und ließen den Umsatz um etwa 10 Prozent auf 119 Mill. DM klettern. Der Zuwachs bei Städtereisen in europäische Metropolen um 16 Prozent unterstreicht nach Auffassung des DER „den Trend zum Kurzurlaub“. Preisgünstige Ferienwohnungen hatten einen Zuwachs von elf Prozent.
Gut entwickelte sich das Amerika-Programm, das trotz hoher Dollarkurse und harter Konkurrenz durch niedrige Linienflugtarife Zuwächse erzielte. Insgesamt 93 535 Passagiere wurden mit ABC-Flügen nach Nordamerika gebracht, 4,1 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Für 1985 rechnet das DER mit einer leichten Belebung der Reisefähigkeit und einer Umsatzerweiterung zwischen 3 und 3,5 Prozent.

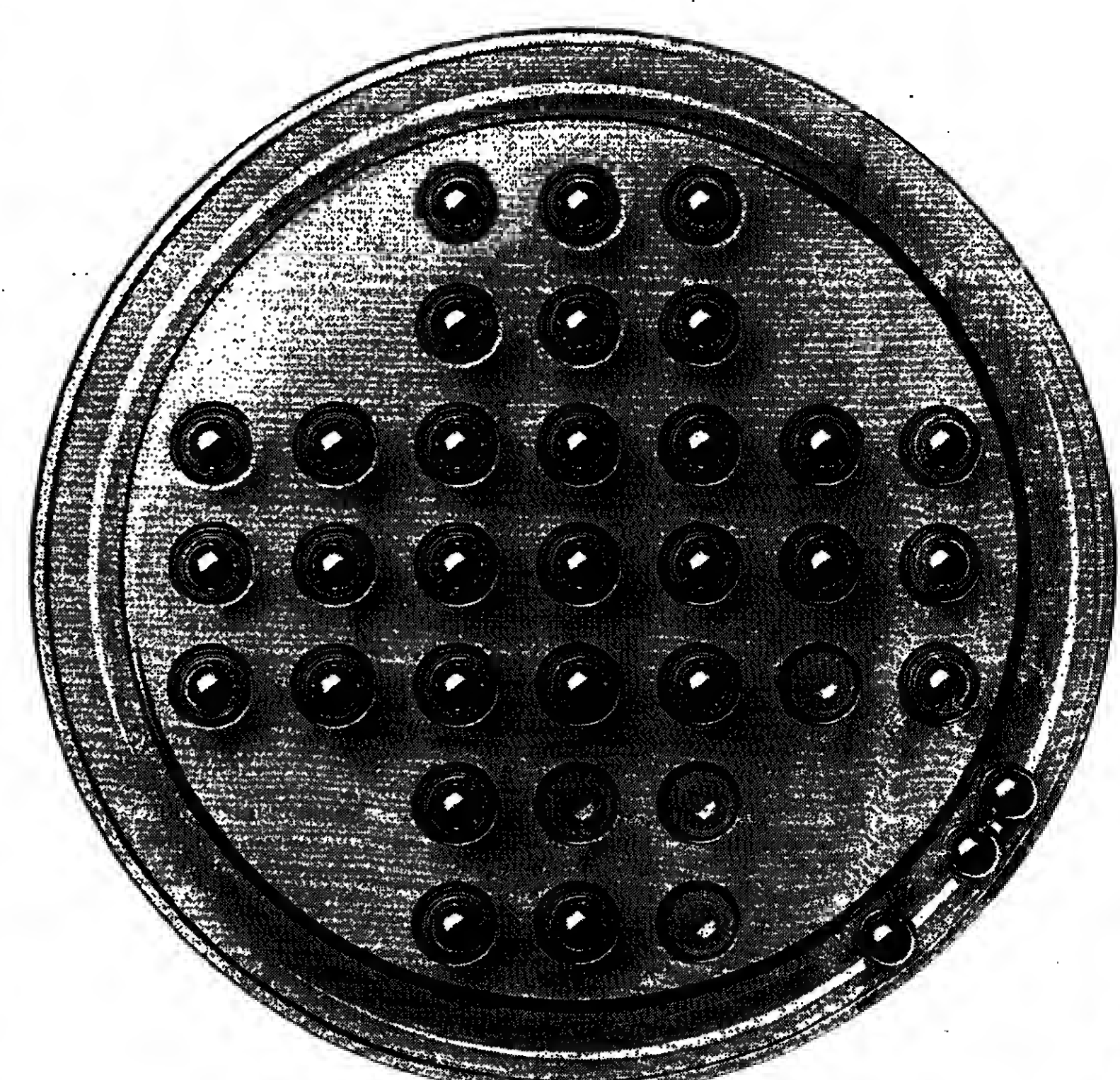
THYSEN / Gute Geschäftsprognose für 1984/85 - „Günstige Dividenden-Aussicht“

Die Konsolidierung bringt Gewinn

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Doppelt soviel wie den vorjährigen, gut zwei Mrd. DM schweren Umsatzrückgang hat der von der Duisburger Thyssen AG geführte Konzern 1983/84 (30. 9.) mit einer Steigerung des Welt-Erdmetallumsatzes um 14 Prozent auf 32,4 Mrd. DM aufgeholt. Der hohe Vorjahresverlust (560 Mill. DM, davon nach Rücklagenauflösung 48 Mill. DM Verlustvortrag) werde nun von „deutlichem“ Jahresüberschuß abgelöst, schreibt der Vorstand in seinem ersten Rückblick auf die Berichtszeit.
Und gleich dazu den Hinweis, daß man in erheblichem Umfang Vorstöße auch für noch anstehende Strukturprogramme getroffen habe und den Abschluß unter das Vorzeichen der Konsolidierung stelle. Deshalb soll es nun auch keine Rückkehr zu der in der langen Stahlkrise bis 1981/83 durchgeführten „Pflege-dividende“ von zwei DM geben. Hoffnung auf Dividende macht der Vorstand den 220 000 Eigentümern von

1,3 Mrd. DM Aktienkapital für 1984/85 mit dem Hinweis, das aktuelle Geschäft eröffne „günstige Aussichten“.
Unerwartet schön war's bei Thyssen 1983/84 schon bei einem der beiden Problemereignisse des Konzerns: Die Massenstahltochter kam bei Steigerung des Bruttoumsatzes (nebst konzerninternen Lieferungen) um 16 Prozent auf 10,3 Mrd. DM nach dickem Verlust wieder klar ins Positive. Die Edelmetalltochter (Brutto-Umsatz plus von 23 Prozent auf 3,5 Mrd. DM) glänzt gleichfalls mit Gewinn, ebenso der Bereich Handel/Dienstleistungen mit 17,6 (14,7) Mrd. DM Bruttoumsatz.
Im Konzernbereich Investitionsgüter/Verarbeitung enthalten 9,8 (8,6) Mrd. DM Bruttoumsatz konstante 5,2 Mrd. DM der (trotz Wertkrise noch positiven) Essener Thyssen Industrie AG und einen um 26 Prozent auf 1,5 Mrd. Dollar gestiegenen Umsatz der US-Tochter Budd, des zweiten Thyssen-Problemkreises, wo sich der Verlust nun aber „erheblich“ verringert

habe. Ausschlaggebend dafür waren Gewinne aus den Autoindustrie-Lieferungen von Budd, während der Eisenbahn/Nahverkehr-Produktbereich durch Fehlkalkulation von Großaufträgen für die riesigen Budd-Verluste der letzten Jahre hauptverantwortlich, nochmals „be-trächtliche Belastungen“ brachte; er wird ab Anfang 1986 in die „Transit America Ind.“ verselbständigt.
Wie gewohnt, blieben die Investitionen des Thyssenzentrums mit einer Mrd. DM und ebenso die Abschreibungen mit 1,1 Mrd. DM in der Berichtszeit auf konstant hohem Niveau. Nebst neu beschlossenen Projekten habe man derzeit ein Investitionsprogramm von 1,9 Mrd. DM; dies mit Schwerpunkten bei Modernisierung der Anlagen und Qualitätssteigerung der Produkte. Die Beschäftigtenzahl bei „Thyssen-Welt“ sank 1983/84 um fünf Prozent auf 131 030, im Inland um sieben Prozent auf 108 653 Mitarbeiter.



Wenn Sie vorhaben, sich selbständig zu machen, planen wir mit Ihnen Zug um Zug. Und finanzieren den Erfolg.

Ihr persönlicher Berater empfiehlt:
Für den erfolgreichen Start in die Selbständigkeit ist die richtige Beratung über öffentliche Förderungsmittel ebenso wichtig wie die günstige Restfinanzierung. Die Sparkasse bietet Ihnen beides. Sprechen Sie mit uns.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



Aktien geben überwiegend leicht nach

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

9.90	37.71	79.50
9.04	67.69	67.69
08.55	105.35	105.33
0.55	86.05	86.12

17.12.		14.12.		13.12.		12.12.		11.12.		10.12.		9.12.		8.12.		7.12.		6.12.		5.12.		4.12.		3.12.		2.12.		1.12.		31.11.		30.11.		29.11.		28.11.		27.11.		26.11.		25.11.		24.11.		23.11.		22.11.		21.11.		20.11.		19.11.		18.11.		17.11.		16.11.		15.11.		14.11.		13.11.		12.11.		11.11.		10.11.		9.11.		8.11.		7.11.		6.11.		5.11.		4.11.		3.11.		2.11.		1.11.		31.10.		30.10.		29.10.		28.10.		27.10.		26.10.		25.10.		24.10.		23.10.		22.10.		21.10.		20.10.		19.10.		18.10.		17.10.		16.10.		15.10.		14.10.		13.10.		12.10.		11.10.		10.10.		9.10.		8.10.		7.10.		6.10.		5.10.		4.10.		3.10.		2.10.		1.10.		31.09.		30.09.		29.09.		28.09.		27.09.		26.09.		25.09.		24.09.		23.09.		22.09.		21.09.		20.09.		19.09.		18.09.		17.09.		16.09.		15.09.		14.09.		13.09.		12.09.		11.09.		10.09.		9.09.		8.09.		7.09.		6.09.		5.09.		4.09.		3.09.		2.09.		1.09.		31.08.		30.08.		29.08.		28.08.		27.08.		26.08.		25.08.		24.08.		23.08.		22.08.		21.08.		20.08.		19.08.		18.08.		17.08.		16.08.		15.08.		14.08.		13.08.		12.08.		11.08.		10.08.		9.08.		8.08.		7.08.		6.08.		5.08.		4.08.		3.08.		2.08.		1.08.		31.07.		30.07.		29.07.		28.07.		27.07.		26.07.		25.07.		24.07.		23.07.		22.07.		21.07.		20.07.		19.07.		18.07.		17.07.		16.07.		15.07.		14.07.		13.07.		12.07.		11.07.		10.07.		9.07.		8.07.		7.07.		6.07.		5.07.		4.07.		3.07.		2.07.		1.07.		31.06.		30.06.		29.06.		28.06.		27.06.		26.06.		25.06.		24.06.		23.06.		22.06.		21.06.		20.06.		19.06.		18.06.		17.06.		16.06.		15.06.		14.06.		13.06.		12.06.		11.06.		10.06.		9.06.		8.06.		7.06.		6.06.		5.06.		4.06.		3.06.		2.06.		1.06.		31.05.		30.05.		29.05.		28.05.		27.05.		26.05.		25.05.		24.05.		23.05.		22.05.		21.05.		20.05.		19.05.		18.05.		17.05.		16.05.		15.05.		14.05.		13.05.		12.05.		11.05.		10.05.		9.05.		8.05.		7.05.		6.05.		5.05.		4.05.		3.05.		2.05.		1.05.		31.04.		30.04.		29.04.		28.04.		27.04.		26.04.		25.04.		24.04.		23.04.		22.04.		21.04.		20.04.		19.04.		18.04.		17.04.		16.04.		15.04.		14.04.		13.04.		12.04.		11.04.		10.04.		9.04.		8.04.		7.04.		6.04.		5.04.		4.04.		3.04.		2.04.		1.04.		31.03.		30.03.		29.03.		28.03.		27.03.		26.03.		25.03.		24.03.		23.03.		22.03.		21.03.		20.03.		19.03.		18.03.		17.03.		16.03.		15.03.		14.03.		13.03.		12.03.		11.03.		10.03.		9.03.		8.03.		7.03.		6.03.		5.03.		4.03.		3.03.		2.03.		1.03.		31.02.		30.02.		29.02.		28.02.		27.02.		26.02.		25.02.		24.02.		23.02.		22.02.		21.02.		20.02.		19.02.		18.02.		17.02.		16.02.		15.02.		14.02.		13.02.		12.02.		11.02.		10.02.		9.02.		8.02.		7.02.		6.02.		5.02.		4.02.		3.02.		2.02.		1.02.		31.01.		30.01.		29.01.		28.01.		27.01.		26.01.		25.01.		24.01.		23.01.		22.01.		21.01.		20.01.		19.01.		18.01.		17.01.		16.01.		15.01.		14.01.		13.01.		12.01.		11.01.		10.01.		9.01.		8.01.		7.01.		6.01.		5.01.		4.01.		3.01.		2.01.		1.01.		31.12.		30.12.		29.12.		28.12.		27.12.		26.12.		25.12.		24.12.		23.12.		22.12.		21.12.		20.12.		19.12.		18.12.		17.12.		16.12.		15.12.		14.12.		13.12.		12.12.		11.12.		10.12.		9.12.		8.12.		7.12.		6.12.		5.12.		4.12.		3.12.		2.12.		1.12.		31.11.		30.11.		29.11.		28.11.		27.11.		26.11.		25.11.		24.11.		23.11.		22.11.		21.11.		20.11.		19.11.		18.11.		17.11.		16.11.		15.11.		14.11.		13.11.		12.11.		11.11.		10.11.		9.11.		8.11.		7.11.		6.11.		5.11.		4.11.		3.11.		2.11.		1.11.		31.10.		30.10.		29.10.		28.10.		27.10.		26.10.		25.10.		24.10.		23.10.		22.10.		21.10.		20.10.		19.10.		18.10.		17.10.		16.10.		15.10.		14.10.		13.10.		12.10.		11.10.		10.10.		9.10.		8.10.		7.10.		6.10.		5.10.		4.10.		3.10.		2.10.		1.10.		31.09.		30.09.		29.09.		28.09.		27.09.		26.09.		25.09.		24.09.		23.09.		22.09.		21.09.		20.09.		19.09.		18.09.		17.09.		16.09.		15.09.		14.09.		13.09.		12.09.		11.09.		10.09.		9.09.		8.09.		7.09.		6.09.		5.09.		4.09.		3.09.		2.09.		1.09.		31.08.		30.08.		29.08.		28.08.		27.08.		26.08.		25.08.		24.08.		23.08.		22.08.		21.08.		20.08.		19.08.		18.08.		17.08.		16.08.		15.08.		14.08.		13.08.		12.08.		11.08.		10.08.		9.08.		8.08.		7.08.		6.08.		5.08.		4.08.		3.08.		2.08.		1.08.		31.07.		30.07.		29.07.		28.07.		27.07.		26.07.		25.07.		24.07.		23.07.		22.07.		21.07.		20.07.		19.07.		18.07.		17.07.		16.07.		15.07.		14.07.		13.07.		12.07.		11.07.		10.07.		9.07.		8.07.		7.07.		6.07.		5.07.		4.07.		3.07.		2.07.		1.07.		31.06.		30.06.		29.06.		28.06.		27.06.		26.06.		25.06.		24.06.		23.06.		22.06.		21.06.		20.06.		19.06.		18.06.		17.06.		16.06.		15.06.		14.06.		13.06.		12.06.		11.06.		10.06.		9.06.		8.06.		7.06.		6.06.		5.06.		4.06.		3.06.		2.06.		1.06.		31.05.		30.05.		29.05.		28.05.		27.05.		26.05.		25.05.		24.05.		23.05.		22.05.		21.05.		20.05.		19.05.		18.05.		17.05.		16.05.		15.05.		14.05.		13.05.		12.05.		11.05.		10.05.		9.05.		8.05.		7.05.		6.05.		5.05.		4.05.		3.05.		2.05.		1.05.		31.04.		30.04.		29.04.		28.04.		27.04.		26.04.		25.04.		24.04.		23.04.		22.04.		21.04.		20.04.		19.04.		18.04.		17.04.		16.04.		15.04.		14.04.		13.04.		12.04.		11.04.		10.04.		9.04.		8.04.		7.04.		6.04.		5.04.		4.04.		3.04.		2.04.		1.04.		31.03.		30.03.		29.03.		28.03.		27.03.		26.03.		25.03.		24.03.		23.03.		22.03.		21.03.		20.03.		19.03.		18.03.		17.03.		16.03.		15.03.		14.03.		13.03.		12.03.		11.03.		10.03.		9.03.		8.03.		7.03.		6.03.		5.03.		4.03.		3.03.		2.03.		1.03.		31.02.		30.02.		29.02.		28.02.		27.02.		26.02.		25.02.		24.02.		23.02.		22.02.		21.02.		20.02.		19.02.		18.02.		17.02.		16.02.		15.02.		14.02.		13.02.		12.02.		11.02.		10.02.		9.02.		8.02.		7.02.		6.02.		5.02.		4.02.		3.02.		2.02.		1.02.		31.01.		30.01.		29.01.		28.01.		27.01.		26.01.		25.01.		24.01.		23.01.		22.01.		21.01.		20.01.		19.01.		18.01.		17.01.		16.01.		15.01.		14.01.		13.01.		12.01.		11.01.		10.01.		9.01.		8.01.		7.01.		6.01.		5.01.		4.01.		3.01.		2.01.		1.01.		31.12.		30.12.		29.12.		28.12.		27.12.		26.12.		25.12.		24.12.		23.12.		22.12.		21.12.		20.12.		19.12.		18.12.		17.12.		16.12.		15.12.		14.12.		13.12.		12.12.		11.12.		10.12.		9.12.		8.12.		7.12.		6.12.		5.12.		4.12.		3.12.		2.12.		1.12.		31.11.		30.11.		29.11.		28.11.		27.11.		26.11.		25.11.		24.11.		23.11.		22.11.		21.11.		20.11.		19.11.		18.11.		17.11.		16.11.		15.11.		14.11.		13.11.		12.11.		11.11.		10.11.		9.11.		8.11.		7.11.		6.11.		5.11.		4.11.		3.11.		2.11.		1.11.		31.10.		30.10.		29.10.		28.10.		27.10.		26.10.		25.10.		24.10.		23.10.		22.10.		21.10.		20.10.		19.10.		18.10.		17.10.		16.10.		15.10.		14.10.		13.10.		12.10.		11.10.		10.10.		9.10.		8.10.		7.10.		6.10.		5.10.		4.10.		3.10.		2.10.		1.10.		31.09.		30.09.		29.09.		28.09.		27.09.		26.09.		25.09.		24.09.		23.09.		22.09.		21.09.		20.09.		19.09.		18.09.		17.09.		16.09.		15.09.		14.09.		13.09.		12.09.		11.09.		10.09.		9.09.		8.09.		7.09.		6.09.		5.09.		4.09.		3.09.		2.09.		1.09.		31.08.		30.08.		29.08.		28.08.		27.08.		26.08.		25.08.		24.08.		23.08.		22.08.		21.08.		20.08.		19.08.		18.08.		17.08.		16.08.		15.08.		14.08.		13.08.		12.08.		11.08.		10.08.		9.08.		8.08.		7.08.		6.08.		5.08.		4.08.		3.08.		2.08.		1.08.		31.07.		30.07.		29.07.		28.07.		27.07.		26.07.		25.07.		24.07.		23.07.		22.07.		21.07.		20.07.		19.07.		18.07.		17.07.		16.07.		15.07.		14.07.		13.07.		12.07.		11.07.		10.07.		9.07.		8.07.		7.07.		6.07.		5.07.		4.07.		3.07.		2.07.		1.07.		31.06.		30.06.		29.06.		28.06.		27.06.		26.06.		25.06.		24.06.		23.06.		22.06.		21.06.		20.06.		19.06.		18.06.		17.06.		16.06.		15.06.		14.06.		13.06.		12.06.		11.06.		10.06.		9.06.		8.06.		7.06.		6.06.		5.06.		4.06.		3.06.		2.06.		1.06.		31.05.		30.05.		29.05.		28.05.		27.05.		26.05.		25.05.		24.05.		23.05.		22.05.		21.05.		20.05.		19.05.		18.05.		17.05.		16.05.		15.05.		14.05.		13.05.		12.05.		11.05.		10.05.		9.05.		8.05.		7.05.		6.05.		5.05.		4.05.		3.05.	
--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--

Paris

[illegible]

718.96 716.48

[illegible]

هــ كـ ا فـ عـ لـ

Der Torsos des Torsos

mar - Nur eines darf man wohl sagen: Er hatte einen sicheren Instinkt für Publicity, aber ohne Großmeistergehebe. Geheimnisverwitt, zeichnend wie seine Skulpturen, seinem künstlerischen Wirken mit Skepsis gegenüberstehend, wurde er in Wort und Bild die Verkörperung des modernen Künstlers in seiner ganzen existenziellen Fragwürdigkeit, jener Sucher, der, auch als bereits ein großes Geschäft im internationalen Kunsthandel herabwürdigte. Alfred Hrdlicka schrieb das zum Tode von Alberto Giacometti. Aber man kann diese Sätze auch als Selbstbekenntnis nehmen. Denn Hrdlicka, der Realist, der den Realismus verachtet, ist sich seines Wertes wohl bewußt. Er kokettiert mit der Revolution und mit dem Kunstbetrieb, ob auf Hochglanz oder im Taschenbuch.

So taucht auf dem Buchmarkt der Name Hrdlicka gleich dreimal auf. Bei div gibt es „Alfred Hrdlicka - Schattenspiele“ (278 S. mit 100 Abb. für 16,90 Mark), „Bekenntnisse in Wort und Bild“, wie der Untertitel verrät. Das sind Betrachtungen zur eigenen Biographie und Kunst mit viel Politik untermischt. Denn Hrdlicka begnügt sich keineswegs mit dem „Bilde, Künstler! Rede nicht!“

Eine Ausstellung des Bildhauers als Schwerarbeiter mit Gemüts- als der großformatige Fotoabdruck „Alfred Hrdlicka Neolithikum“ mit den Aufnahmen von Bettina Secker, die über Jahre u. a. bei den Arbeiten zu dem Wuppertaler Engels-Denkmal entstanden (Kinder Verlag, München, 160 S., 116 Fotos, 128 Mark). Und auch das dritte Buch „Alfred Hrdlicka - Anatomien des Leids“ von Bernhard Buderath (Klett-Cotta, Stuttgart, 188 S., 213 Abb., 78 Mark) gibt sich ungewöhnlich. Da wird der Künstler in sechs Kapitel zerlegt: „Leid/Sex“, „Schmerz/Psyche“, „Gewalt/Torso“, „Kopf/Tot“, „Nur bei Hand/Arm“ und „Fuß/Bein“ versagt die Wortgewalt. Dafür pflegt der Autor die Kunst, Details von Kunstwerken abzubilden, aber nicht das Ganze darzustellen. Wie er auch mit der trefflichen Bemerkung schließt: „Der Torsos des Torsos ist die letzte Konsequenz aller Gewalt, aber für Hrdlicka auch gleichsam der atomare Kern aller Ausdrucks-kunst.“

Angesichts solcher Interpreten kann man verstehen, daß sich der Künstler da schon lieber selbst interpretiert und selbst stillstellt. Wer wird da gleich Robert Schumanns „Musik und Musiker“ von 1854 zitieren: „Ich mag die Künstler nicht, deren Leben mit ihren Werken nicht in Einklang steht.“

Das Musiktheater wirft die Köder aus: Jacques Offenbach in Berlin, „My Fair Lady“ in Hamburg

Wie dämonisch ist ein Bankdirektor?

Bevor es überhaupt losging, ging es an der Deutschen Oper Berlin schon hinreichend opernhaft zu. Die Pressekonferenzen häuften sich. Das in zwei Lager gesplittete Haus geriet sich sozusagen selbst in die Haare. Da waren Dirigent Serge Baudo, Regisseur Giancarlo del Monaco und Bühnenbildner Jürgen Rose, die Produzenten von Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“, denen über Nacht ihr Hoffmann abhandeln gekommen war. Auf der anderen Seite stand Götz Friedrich, der Intendant, bis an die Zähne gerüstet, seinen Etat zu verteidigen und keine hunderttausend Mark zusätzlich in die Premiere zu investieren. Recht hat er getan.

Das ganze Theater ging los, als der Tenor Neil Shicoff wegen einer lebensbedrohenden Erkrankung seiner Mutter die Titelpartie niederlegte und nach New York entschwand. Einen Ersatz in letzter Minute fand man in Kenneth Riegel, nur blieb natürlich nur wenig Zeit, den neuen Mann in das Regiekonzept des Monacos einzupassen. Daß sich Riegel dennoch hervorragend in die Rolle fand, als hätte er die vorgeschriebenen sechs Wochen inszenatorisch an ihr herumgehockt, zeigt einmal mehr gegen den Anspruch der Regiediktatoren von heute.

Was allerdings selbst bei Premiereverschiebung samt Geldspritzen nicht möglich gewesen wäre, aus dem charakteristischen Riegel mit seinem hageren, oft stehenden Tenor ein Goldkehlchen zu machen, dem man zugehört hätte, gelang natürlich auch in Berlin nicht. Schließlich aber hat sich Offenbachs Hoffmann bei Stella wie dem Publikum durch sein vollendetes Singen, nicht durch sein Saufen Liebkind gemacht.

Damit konnte Riegel nicht dienen. Er spielt seine Rolle grandios, ein Visionär voller Alpträume, schmuddelig, torkelnd, exaltiert. „Hoffmanns Erzählungen“, das zeigt das Monaco inmitten aller Phantastik - zeichnen unter anderem das erschreckendste musikalische Schaubild des krankhaften Suffs.

Das zweite Manko der Aufführung heißt Lucia Aliberti. Sie singt alle vier weiblichen Rollen. Taugen für sie tut indessen nur eine. Sie hat sich in der Rollenwahl vertalkuliert. Ihr Sopran gibt den hochherzigen deutschen Lyriismus nicht her für die Antonia-Szene. Für die venezianische Kurtisane wiederum fehlt ihr der satte Singlamour. Nur als Olympia, die Singpuppe, kann sie ihre Stimme bravours turnen lassen. Aber zur Hälfte der Saison ist deren Fische schon hin. Gabe es Mensch-Ärgere-dich-nicht-Regeln des Operngesangs, so müßte es für die Aliberti jetzt hei-

ßen: „Setzt eine Runde aus und beginnt von neuem.“

Samuel Ramey, der die Bösewichte häuflert, ist etwa so dämonisch wie ein junger, ehrgeiziger Bankdirektor, der zwar eine Unterschleife begangen hat, auf die ihm aber noch keiner gekommen ist. Dabei singt er prachtvoll. Aber man hat viel geringere Sängern mit größerer Wirkung diese Partien gestalten gehört: durch die Bank sind sie wie aus schwarzem Zucker.

Eine angenehme Überraschung: Cynthia Clarey, der farbige Mezzosopran, macht als Muse wie als Niklas nicht nur stimmlich blendend Figur. Peter Maus kostet die Coupletstrophen des Franz herzhafte aus. In William Fell steckt vielleicht ein künftiger Hoffmann.

Sieger der Aufführung ist der Chor unter Marcus Creed, dem kommissarischen Leiter. Er hat mit dieser Einstudierung die Direktorensporen verdient. Auch das Orchester unter Serge Baudo ist voller Tüchtigkeit bei der musikalischen Sache. Der Franzose dirigiert Offenbach mit beinahe preußischer Sorgfalt, Aufmerksamkeit, liebender Strenge. Er kokettiert mit den Reizen der Partitur nicht herum. Allerdings - viel Pulver mischt hier nun auch wieder nicht bei. Gleich nach dem Krieg und nach zwölfjähriger Unterdrückung war „Hoffmanns Erzählungen“ für eine ganze Generation eine wundervoll lebendige Neuentdeckung und gleichzeitig von jedem der mehr oder minder in Trümmern liegenden deutschen Opernhäuser leicht aufzuführen. Jetzt stehen die Opernhäuser prächtig im Kraut, nur mit Offenbachs Oper haben sie inzwischen Schwierigkeiten, die bis zur Unauführbarkeit reichen. Das ist unter anderem Fritz Oessers Verdienst - ausgerechnet des Mannes also, der sich um Offenbach wie kaum ein anderer verdient gemacht hat. Die Materialfülle, die er dem Werk hinzugefügt hat, neigt indessen dazu, es niederzudrücken. Ein weiteres Handicap der Berliner Aufführung ist die französische Sprache, wohl den Stars zuliebe gewählt, die nun peinlicherweise fast durch die Bank ebenso fehlt am Platz sind wie dieses ganze vermaledeite Französisch.

Jürgen Rose Venedig ist von einer sterbenden Pracht, einer Morbidität, als habe eine Vorfahrin der hochseligen Peggy Guggenheim doch noch mit dem venezianischen Wundermohren ein Techtelmechtel gehabt. Die Aufführung in ihrer Schwärze, ihrem kargen Rausch ist wundervoll dekadent. Gerade das aber war Hoffmann nicht. Und Offenbach ganz und gar nicht. So kann man sich irren. KLAUS GEITEL



Rausch der Dekadenz: Lucio Aliberti und Kenneth Riegel in Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“

FOTO: BINDER/THIELE



Boy Goberts triumphale Wiederkehr. Szene aus „My Fair Lady“ an der Hamburgischen Staatsoper

FOTO: F. PEYER

Shaws guter Geist mampft Pralinés

Schöne hatte man ihn vor Jahren aus Hamburg hinauskomplimentiert. Jetzt kehrt Thaliens ehemaliger Intendant Boy Gobert durch die „Hintertür“ der Staatsoper im Triumph wieder in seine Heimatstadt zurück: als Ekkel Henry im Remake des unverwundlichen Parade-Musicals „My Fair Lady“. Und Tout Hamburg, an der Spitze die Phalanx der treuen Thalia- und Gobert-Fans, lachte und jubelte ihm zu, als er sein „Warum kann eine Frau nicht sein wie ein Mann?“ anschlug. So arrogant und gerissen naiv, als wolle er diesen Blumenmädchen-Schinder Higgins freiwillig der Alice Schwarzer zum Abschuß freigeben als den fiesesten Chavuri der Welt.

Boy als Barde, als Möchte-endlich-auch-einmal-Bariton: Das war das Glück der neuen hamburgischen Aufbereitung dieser immer noch köstlichen Musical Comedy, bei der unter den berlinisch derb geschürzten Texten und den gewitzten Melodien eines Frederick Loewe gottlob immer noch viel vom pygmalionischen Geist des seligen George Bernard Shaw aufblitzte. Gobert als einziger hatte denn auch von Beginn an immer Shaw im Hinterkopf, dessen abgründige Dialog-Bosheiten und dessen bissigen Witz und nicht nur den schlagkräftigen, aber doch banalen Musical-Aufbau. Es als einziger spielte die Shawschen Hagestolzen in ge-nüßlichen Crescendos aus. Ließ diesen Higgins als miesen Tyrannen mit allen möglichen schauspielerischen Feinheiten vor uns stehen: ein Monster an Eitelkeit und absurdem Männlichkeitswahn.

Wie er, auf der Chaiselongue liegend, garstig-stiffant die Beine übereinanderschlägt oder Pralinés kaudend ungeniert weiterparliert oder gar angesichts Elizas offenkundiger Emanzipation verzweifelt „Mammi“ schreit: das sind Kabarettistisches eines ausgeübten Akteurs. Und daß er seinen eigenen Gobertschen Narzissmus und seinen Snob-appeal in diesen Higgins einbringt, macht die Chose nur noch amüsanter. Und wenn er auch nicht über ein Riesenor-gan verfügt, so verschlägt es ihm doch auch nie die Stimme. Ihm ge-bört der Abend, selbst wenn gewisse lampenflüchtige Irritationen ihn an diesem Premierenabend bedrängen. Aber der riesige Hamburger Opern-kasten ist ja wirklich eine teuflische Arena für einen Gesangsleuten.

Der Kummer des Abends: Bühnen-bild (Herbert Scherrelles) und Insze-nierung (Karl Wesseler) waren für ein Haus wie die Staatsoper, das ja inter-nationales Renommee beanspruchen will, schlicht um ein bis zwei Num-

mern zu klein. Mit Wehmut erinnert man sich des überkandidelten, luxu-rösen Ausstattungszubausers eines Cecil Beston und Oliver Smith. Wie gin-gen da Eleganz und durchtriebener Witz eine unzertrennbare Liaison ein! In Hamburg dagegen treibt Tupfing-Realismus seine Blüten. Für diese Hamburger Lady kommt Lieber-mann zu spät, der vielleicht die für ein solches Unternehmen nötigen Pe-nunzen den richtigen Leuten aus der Tasche gezogen hätte.

Wie dem Dekor fehlte auch der In-szenierung des Münsteraner Inten-danten Karl Wesseler der feine Hauch von Nonchalance und Leichtigkeit und offensivem Charme. Wenn man schon einen Neumeier im Hause hat und ein springelndes Corps de ballet mit den tanzwütigen Solisten, hätte man sie hier unbedingt in die choreographische Pflicht nehmen müssen für die Volksszenen und die Ascot-Gesellschafts-Galopps, die der muntere Chor nur mit gewisser An-strengung absolvierete.

Da brachte Stefan Soltesz am Pult der Philharmoniker doch mehr Schmiß in die ansonsten mühsam in Gang gesetzte Aufführung ein, wenn manches unter seiner Stabführung auch leicht krachig klang und man sich manch instrumentales Detail auch cool-prickelnder gewünscht hätte.

Cornelia Froboess, die intelligente Eliza der jüngsten Münchener „Fair-Lady“-Inszenierung August Ever-dings, der eigens zur Premiere ange-reist kam, hatte ursprünglich Ham-burgs Lady sein sollen, doch hinter-ten Verträge ihren Sprung an die El-be. Gabriele Ramm, versierte Eliza-Dutznung von „Lady“-Aufführun-gen, sprang für sie ein und vermochte sängerisch Higgins natürlich Paroli zu bieten. Schauspielerisch rankte sie sich an der Führungskraft Gobert sichtlich hoch, so daß sie mit Tempe-rament und energischem Zungen-schlag das Publikum bald für sich gewann. Toni Blankenheim als Doo-little blüpte bei allem Komödianten-tem in die Klamotte. Die übrigen Assistenten der Lady agierten sympathisch, mehr nicht.

Gobert leistete sich beim Gesang übrigens eine einzige schöne Sottise im Hinblick auf Zadeks Enthüll-Spektakel „Verlorene Zeit“. Das konnte einen auf die Idee bringen, daß „My Fair Lady“ doch mal eine neue deutsche Übersetzung brauchte. Man sieht, nicht nur eine Chance wurde hier veran. Aber geschädigt, wie die Hamburger zur Zeit sind, feierten sie das musikalische Unternehmern mit heißem, vielstündigem Applaus. KLARE WARNECKE

JOURNAL

Ideenwettbewerb am Checkpoint Charlie

DW. Berlin
Insgesamt 288 Arbeiten wurden zu dem Ideenwettbewerb „Überwindung der Mauer durch Bema-lung der Mauer“ eingereicht, den das „Haus am Checkpoint Charlie“ ausgeschrieben hatte. Den ersten Preis erhielt der Maler und Graphi-ker Matthias Hohl-Stein, der erst 1984 die „DDR“ verlassen hat, für das ironische Bild eines Springre-ters in der Uniform eines „DDR“-Grenz-wächters, der mit einem Schimmel über die Mauer setzt. Die beiden zweiten Preise wurden dem Amerikaner Benoit Maubrey und der seit zwei Jahren in Berlin leben-den Polin Ewa Partum zugespro-chen.

Gotische Wandmalereien im Greifswalder Dom

AP. Greifswald
Kostbare gotische Wandmalerei aus der Zeit zwischen 1420 und 1450 werden gegenwärtig im Greifswalder Dom freigelegt und restauriert. Die Arbeiten seien nach 1710 übermalt worden, teilte die „DDR“-Nachrichtensagentur ADN mit. Die bisher freigelegten Male-reien im Chorumgang - Christus als Schmerzensmann, Kreuzigungen, Auferstehungen, Apostelfiguren, Mariendarstellungen, Florales und Ornamentale, Wappen, Engel und Spruchbänder - befinden sich in einem sehr guten Zustand.

„Altes Schauspielhaus“ feiert Jubiläum

DW. Stuttgart
Aus Anlaß der Wiedereröffnung und zum 75jährigen Bestehen des Alten Schauspielhauses in Stuttgart ist im Bleicher Verlag, Gerlingen, das Buch von Rudolf Bernhard, „Das Alte Schauspielhaus“, erschie-nen (140 S., 27 Mark). Es schildert detailliert und gleichwohl anschau-lich den Weg dieses Theater-baus, der auf dem Platz der Lega-tionskaserne, in der Friedrich Schil-ler als Regimentsmusikant tätig war, errichtet, in den 60er Jahren beinahe abgerissen worden wäre. Seit November wird die Bühne wieder bespielt. Chef ist Ebert Bode, in Per-sonalunion auch Intendant der Stuttgarter „Komödie im Mar-quardt“.

Die Bildzeichnungen von Karl Bössing

DW. Albstadt
Alpha und Omega lagern vier mächtige Quadern in einer un-bestimmten Landschaft, umgeben von Schemen antiker Figuren. Diese „Archäologie des Unbewußten“, die die Bildschätze aus allen Jahr-tausenden in ungewöhnlichen Kombi-nationen zutage fördern, sind typisch für Karl Bössings „Bildzeichnungen 1981-1984“, die die Städtische Galerie Albstadt bis zum 27. Januar zeigt (anschließend Graz und Salzburg). Bössing, 1932 bekanntgeworden durch die Holz-schnittfolge „Mein Vorurteil gegen diese Zeit“, hat, nachdem er sich 1950 großformatigen Linolschnitten zuwandte, nun zum dritten Mal die Mittel seiner Kunst gewechselt. Der Katalog (25 Mark) bildet alle 94 far-bigen Kreidezeichnungen ab.

Kleinkunstpreise in Mainz verliehen

hl. Mainz
Der Deutsche Kleinkunstpreis 1984 wurde in Mainz an Werner Schneider vergeben. Weiterhin wurden Dietrich Kitterer für Kabarett und Ulla Meinecke für Chanson ausgezeichnet. Der Förderpreis fiel an Marianne Delgore. Die Preise sind mit jeweils 5000 Mark dotiert.

Erinnerung an den Dichter Jules Supervielle

dpa, Paris
Zum 100. Geburtstag des franzö-sischen Dichters Jules Supervielle (1884-1960) zeigt die Nationalbibliothek in Paris bis zum 8. Januar eine Gedenk-Schau mit Originalausga-ben seiner Werke, Fotos und Briefe. Supervielle ist besonders im deutschsprachigen Raum durch sei-ne Weihnachtsgeschichte „Ochs und Esel bei der Krippe“ bekannt geworden.

Oskar Seidlin †

In der Universitätsstadt Bloom-ington/Indiana, im amerikani-schen Mittelwesten, ist der 1912 in Königsbüttele/Obersachsen gebore-ne Germanist Prof. Oskar Seidlin gestorben. Als Jude war er 1933 aus Deutschland emigriert, war 1935 in Basel mit einer Arbeit über „Otto Brahm als Theaterkritiker“ promo-viert worden und lehrte von 1946 bis 1972 Literaturwissenschaft an der Ohio State University in Colum-bus/Ohio, bis er 1952 nach Bloom-ington ging. Oskar Seidlin galt als ausgezeichnete Kenner der Werke Josef von Eichendorffs. Seine be-kanntesten Bücher sind die Essays „Von Goethe zu Thomas Mann“ (1963) und „Versuch über Eichendorff“ (1965). 1968 erhielt er den „Preis für Germanistik im Ausland“ der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. J. B. B.

Ungarn würdigt seine deutsche Minderheit mit einer Ausstellung in Wien

Den Donauschwaben eine Chance

Eine ungewöhnliche und von ihrer Thematik beachtenswerte Aus-stellung ist in diesen Tagen in Wien eröffnet worden. Das Collegium Hun-garicum zeigt „Dokumentationen über die deutsche Nationalität in Un-garn“. Es geschieht wohl zum ersten Mal seit 1945, daß ein Land Ost- bzw. Mitteleuropas in derartiger Weise seine deutsche Minderheit würdigt.

Die Ungarndeutschen gehören neben den Siebenbürgern Sachsen und den Banater Schwaben in Rumänien zu den einzigen deutschen Volksgruppen des Ostens, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht total vertrieben oder vernichtet wurden. Anders als die Siebenbürgen aber erfreuen sich die ungarländischen Donauschwaben heute weitgehender nationaler und sozialer Rechte in der Volksrepublik, so daß bei ihnen kaum der Wunsch besteht, ihre Heimat zu verlassen.

Die Kommunikation mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Österreich ist relativ frei. Die unga-rische Regierung wünscht sogar, daß die Donauschwaben, die hauptsäch-lich im südlichen Ungarn, in der soge-nannten „schwäbischen Türkei“ um Fünfkirchen (heute Pecs), und west-lich von Budapest zu Hause sind, eine Brücke zwischen den beiden Nationen und den beiden Staaten bilden sollen.

Die Wiener Ausstellung, die bis zum 4. Januar 1985 geöffnet ist (Montag bis Freitag, 16.00 bis 19.00 Uhr), ist nicht nur bemerkenswert wegen ihrer geschichtlichen Objektivität und dem Fehlen jeglicher nationalistischer oder ideologischer Untertöne nach der einen oder anderen Seite. Sie zeigt zugleich schöne Exponate häußerlicher Kultur der Donauschwaben und gibt auch dem mit dem Thema nicht so vertrauten Besucher einen zuverlässigen Überblick über die Geschichte dieser Menschen, deren Vorfahren nach den Türkenkriegen im 18. Jahrhundert in das damals verwüstete Land gerufen wurden.

Die Ungarndeutschen stammen nicht nur aus Schwaben, sondern ebenso aus der Pfalz, aus Bayern, dem Elsaß und aus Tirol. Während das deutsche Bürgertum, das damals die neu entstehenden ungarischen Städte bevölkerte, im 19. Jahrhun-

dert in der magyarischen Nation auf-ging, blieb auf dem Lande das Deutsch-tum weitgehend erhalten.

Die Ausstellung zeigt, daß die Reli-gion von ausschlaggebender Bedeu-tung für die Geisteskultur der Un-garndeutschen gewesen ist. Sie ver-schweigt auch keineswegs, daß die schwäbischen Landwirte in ihrer Art zu wirtschaften den anderen Nationa-litäten voraus waren. Daneben gab es auch deutsche Handwerker, Bergleu-ter sowie Kaufleute in beachtlicher Zahl. Der Getreidehandel entlang der Donau war etwa in der k.u.k.-Monar-chie weitgehend eine Domäne der donauschwäbischen Kaufleute.

Die Schau gibt jedoch auch einen Einblick in die dunkle Seite der donauschwäbischen Vergangenheit. Es war das Dritte Reich, das diese Men-schen als Kanonenerfütterer mißbrauch-te, die jungen Leute der Donauschwa-ben in die Waffen-SS steckte und auch nationalistische Emotionen auf-beizte. Der Preis war furchtbar. 40 Prozent der donauschwäbischen Be-völkerung wurde, dem Potsdamer Abkommen gemäß, „ausgesiedelt“. Die Ungarndeutschen wurden 1945 nicht nur ihres Eigentums, sondern auch aller bürgerlichen Rechte be-raubt. Heute umfaßt die Volksgruppe etwa eine Viertelmillion Menschen.



Bayerische Kultur der Ungarndeutschen, aus der Ausstellung des Collegium Hungaricum in Wien

Sie stellt die größte nationale Minder-heit in Ungarn.

Die Ungarn - auch die ungarischen Kommunisten - sind ein Volk von Pragmatikern. So gab es schon in den fünfziger Jahren wieder einen deutschsprachigen Schulunterricht. Und heute gibt es deutschsprachige Gymnasialklassen in Fünfkirchen und in Frankentadt (Baja), ferne-er eine deutschsprachige Lehrerbildung, eine deutschsprachige Zeitung sowie deutsche Rundfunk- und Fernsehprogramme. In den donauschwäbischen Dörfern gibt es zwei-sprachige Ortstafeln auf deutsch und ungarisch.

Die Wiener Ausstellung, die vom donauschwäbischen Museum in Tata - in der dortigen Nepomuk-Mühle zu finden - zusammengestellt wurde, zeigt, daß die Ungarndeutschen kei-neswegs eine sterbende, sondern eine durchaus lebendige Volksgruppe sind. Professor Karoly Galy von der Universität Wien vertrat in seiner Er-öffnungsansprache die Auffassung, Ungarn und Österreich, die einst gemeinsam in der Habsburger Mon-archie gelebt hätten, sollten jetzt auch gemeinsam darangehen, die Ge-schichte der Ungarndeutschen zu er-forschen.

CARL GUSTAV STRÖHM

Berlin: Das renovierte Theater des Westens eröffnet mit „Guys and Dolls“

Remmidemmi der Neuen Prächtigkeit

Man sitzt, etwas beklommen, wie mitten in einer gülden getünch-ten Konfektionsschachtel. Gold, Gelb und ein krasses Braun sind die Grundfarben im hochpuppigen In-nern des zum zweiten Male (für ins-gesamt 40 Millionen) teuer und langwie-rig renovierten „Theater des Wes-tens“. Neue Prächtigkeit herrscht vor, wenn auch nicht von Grüte. Die alte Berliner Operettenremise ist nicht wiederzuerkennen. Innenarchi-tektonisches Zuckerwerk überall.

Über dem Parkett ist neuerdings eine gewaltige Lyra angebracht. Das pompös schwebende Ding wirkt wie eine gewaltige Gewitterwolke, ein schier bedrohliches Schwerkstück der geschmacklich außer Rand und Band geratenen letzten Jahrhundert-wende. Das Ding wird, wenn die Lichter in diesem Prunktheater end-lich ausgehen, vorsorglich an die Decke nach oben gehievt. Es parkt dort bis zur Pause in der Nähe des neuen, saftig und kraß ausgemalten Deckengemäldes.

Man registriert: Die Sitze sind ebenfalls erneuert. Sie knarzen nicht mehr. Dankel Der ehemals knappe Beinraum ist gnädig erweitert. Auch dafür ist man dankbar. Eine leichte Steigung der Reihen ist eingebaut. Man kann besser sehen. Nur die Pau-senkingel fällt aus. Die hat die mit

allen modernen Effekten ausgestat-tete Technik offenbar vergessen. Sonst funktioniert die radikal erneuerte Theaterbonbonniere erstaunlich. Man hat dauernd, sich unschauend, eine Überportion Zuckerguß im Munde.

Zur Bühne blickend, erlebt man, wenn auch bei der Eröffnungsvorstellung des Zuckerhauses sich drama-tisch sonst wenig bewegte, technisch immerhin doch wieder Erlebkliches. Mit Spiegelwänden wird träumerisch gespielt. Verwandlungen sind nicht mehr ausführlich nötig. Projektionen verschieben sich simultan. Ton und Licht werden von offenbar superge-nau arbeitenden Mischtschen aus in Stellung gebracht. Die Szene funk-tioniert technisch grandios. Der Zucker im Munde gerinnt einem derweil vor Staunen.

Was spielt man als Einstand? Nun, man hat - Nostalgie auch hier! - ziem-lich tief in die Mottekniste gegriffen und das inzwischen etwas ranzig und müde gewordene Broadway-Musical der Vierziger, „Guys and Dolls“ (oder wie das hier, etwas spießig übersetzt, heißt: „Männer, Miesen und Mone-ten“), ausgegraben. Den Stoff lieferte einst der Meister der radikal ruppigen Gangstergeschichten, Damon Run-yan. Die Musik erlang, in ihrer sozu-sagen schmutzigen Prächtigkeit,

Frank Loesser. Sie wirkt heute, so üppig wie sie vom Hausdirigenten, Rolf Kühn, intoniert wird im Big-Band-Stil, doch leicht datiert und ver-gangen. Ein wirklicher Ohrwurm setzt sich kaum mehr fest.

Die Geschichte, von Bernard Shaw und Brecht zweiseitig inzwischen ge-nutzt, ist eher bildbuchartig: Gang-ster verliebt sich in Mädchen der Heilsarmee. Die eine Welt existiert radikal und fromm. Die andere in ver-gackelter Frömmigkeit. Viel mehr ist nicht.

Helmut Baumann und Jürg Burth haben inszenatorisch versucht, die simple Sache fleißig aufzupolieren. Tetske van Osseward, Silvia Fenz, Joachim Kemmer und Wolfgang Zif-fer tanzen, singen und spielen die Hauptrollen überquer. Sie sind gut präsent. Leuchten tut keiner.

Das Ballett, von den Regisseuren selber choreographiert, stampft pri-ma. Immer neue Anstürme des dop-pelgedeuteten Tanzes, während die technisch grandiosen Prospekte sich wundersam heben, total verändern und geheimnisvoll wieder senken. Eine südamerikanische Nummer kommt uns optisch schier schleim-merhaft vor Augen. Ein Transvesti-tensolo sorgt für plötzlich etwas satte-ren Beifall.

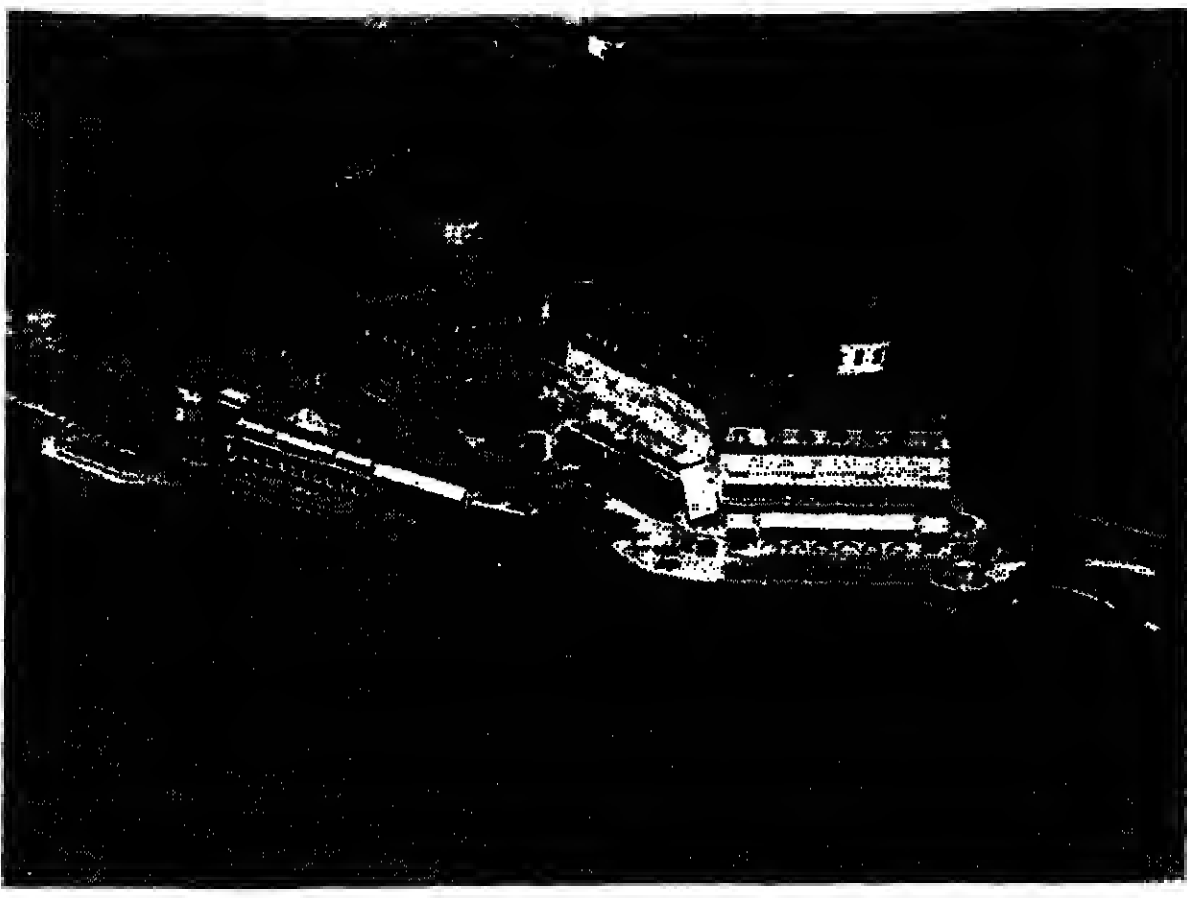
Im ganzen aber: Die schöne, ver-rückte Musical-Seligkeit kommt bei diesem Eröffnungabend nicht auf. Alles klappt (bis auf die Pausen-bimmel) perfekt und mit dem doch sehr laufendem Eifer. Die drei Spiel-stunden werden dem Zuschauer schließlich empfindlich lang, zuweilen fast sauer.

Fazit: Man hat ein prunkend zu-kerhaftes neues Haus. Man hat lauter technische Wundereffekte auf der Bühne. Das aber, was man spielt, kommt immer etwas wie aus dem amerikanischen Mustopf - nett zu se-hen, sehr aufregend nicht mehr. Was für die Eröffnungspremiere zutrifft, gilt ja auch für den ganzen Spielplan: Immer nur amerikanische Musicals zwischen Brecht/Weill und Johann Strauß. Die richtige Operette kommt gar nicht mehr vor, nicht einmal im Januar zu Eduard Künnekes 100. Ge-burtstag. Dabei hatte der Meister doch gleich schräg gegenüber in der Giesebrechtstraße sein Domizil. FRIEDRICH LUFT



Musical aus der Mottekniste: Szene aus „Guys and Dolls“ im wiederer-öfneten Berliner Theater des Westens

FOTO: BINDER/THIELE



Das Hotel Petersberg (links) liegt auf einem der Hügel des Siebengebirges bei Bonn, mit Blick auf den Rhein. Der imposante Bau wurde 1912 von dem Fabrikanten Ferdinand Mühlhens errichtet. Jetzt soll er nach einem Umbau der Bundesregierung als Gästehaus dienen. Hier eröffnete Schloß Gymnich bei Bonn (rechts) diesen Zweck. Sein Besitzer, Baron von Holzschuher, stellt jetzt möglicherweise Regressansprüche in Millionenhöhe. FOTOS: SVEN SIMON

Neues vom Streit um Bonns noble Herberge

Von EVI KEIL

Mit einer Weihnachtsüberbahrung steht sich der Haushaltsausschuß des Bundestages konfrontiert. Denn der Tag, an dem die ersten Gäste in der neuen Staatsherberge auf dem Petersberg Einzug halten, könnte auch der Zeitpunkt sein, an dem Jörg Baron von Holzschuher, der Besitzer des Schlosses Gymnich, Regressansprüche in Millionenhöhe stellt. Gymnich ist nämlich von der Regierung als Gästehaus angemietet.

Als die Haushälter im November „grünes Licht“ für den Umbau des alten Hotels Petersberg zum zukünftigen Gästehaus der Regierung gaben – Ausbaubudget ohne Möbel 103 Millionen Mark –, wußten sie nicht, daß es Regierungszusagen gibt, Gymnich weiter anzumieten. Zwei Gästehäuser aber sollten der Regierung nicht zur Verfügung stehen.

Von Holzschuher, der Gymnich zur Zeit für eine Million Mark an die Bundesregierung für Staatsgäste vermietet, machte in einem Brief an den Haushaltsausschuß darauf aufmerksam, daß er sich „die Geldendma-

chung eines entsprechenden Schadensersatzanspruchs zu gegebenem Zeitpunkt vorbehält“. Er begründet dies damit, daß es auch bei einem Ausbau des Petersberges „Zusicherungen des Herrn Bundespräsidenten, des Bundesministers des Äußeren sowie des Protokolls gegeben hat, Schloß Gymnich auch nach einem Ankauf des Hotels Petersberg weiterhin als Gästehaus anzumieten“. Diese Zusicherungen wurden für ihn Grundlage erheblicher Investitionen für den Ausbau des Gästehauses Gymnich, einen Ausbau, den er bis heute ganz auf eigene Kosten vornahm.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Echtermann, Berichterstatter für den Petersberg im Haushaltsausschuß, zur WELT: „Das ist ein massiver Vorwurf. Das bedeutet, daß ohne Rückkoppelung mit dem Bundesfinanzminister und mit dem Haushaltsausschuß Zusagen gemacht worden sind, zu denen die Bundesregierung jetzt nicht mehr steht. Die Regierung hat uns schriftlich mitgeteilt, daß sie Gymnich nach einem Ausbau des Petersberges aufgibt. Jetzt aber stellt sich die Frage des Regresses.“

Echtermann zeigte sich auch äußerst befremdet darüber, daß dem Haushaltsausschuß bei seinen November-Beratungen über den Petersberg-Ausbau offensichtlich falsche Angaben über die Nutzungsmöglichkeiten von Schloß Gymnich untergeschoben wurden. Diese Angaben stehen in einem für den Haushaltsausschuß und den Bundeskanzler angefertigten Bericht Absender: der Wohnungsbauminister.

Darin heißt es, „daß Gymnich für die Unterbringung größerer Delegationen zu klein ist und nur unzureichende Möglichkeiten für Konferenzen und Veranstaltungen bietet“. In dem Bericht wird unter anderem behauptet, daß in Gymnich nur maximal 30 Gäste einquartiert werden könnten, und zwar in einer Präsidentensuite, vier Suiten und sieben Gästezimmern. Von Holzschuher berichtete dagegen den Haushaltsausschuß: „Richtig ist, daß in Schloß Gymnich in drei Präsidentensuiten, zwölf weiteren Suiten und 30 Gästezimmern 100 Gäste untergebracht werden können.“ Außerdem verfüge das Schloß über sieben Konferenz- beziehungs-

weise Speisesäle sowie über einen vollklimatisierten abhörsicheren Konferenzsaal mit Simultananlage und Dolmetscherkabinen.

Echtermann: „Da sind massive Differenzen in den Angaben. Nun stellt sich die Frage, ob wir von der Bundesregierung richtig informiert worden sind. Ich habe von dem Bundeswohnungsbauminister und von dem Auswärtigen Amt eine Stellungnahme angefordert, ob solche Vorwürfe, wie sie hier gemacht werden, zutreffen. Bis hier keine Antwort bei mir eingegangen.“

Ob das neue Jahr grünes oder rotes Licht für den Petersberg bringt, steht also jetzt noch dahin. Unter dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde 1979 der Berg samt Hotel, das 1912 vom Kölner Fabrikanten Ferdinand Mühlhens („4711“) erbaut worden ist, für 18,5 Millionen Mark angekauft. Im November 1979 wurde nach einem beschränkten Architektenwettbewerb der Zuschlag für den Ausbau des neuen Gästehauses an die Architektengruppe Professoren Linde, Kramer, Luz erteilt. Den Innenausbau soll Frau Pro-



Finnwal in der Nordsee verendet

AP, Husum

Nur eine normale Flut hätte nach Einschätzung von Zoologen den gestrigen früh etwa einhalb Seemeilen westlich der Hamburger Hallig an der schleswig-holsteinischen Küste verendeten Finnwal retten können. Der seit Tagen wehende Ostwind verhinderte jedoch ein normales Ansteigen des Wassers. Wolfhard Schulz vom Institut für Haustierkunde der Universität Kiel bezifferte das Gewicht des 19 Meter langen Wals auf 40 bis 60 Tonnen. Wasserschutzpolizei und Zoll hatten wechselweise die Bewachung des gestrandeten Tieres übernommen, konnten um vier Uhr früh aber nur noch den Tod des Tieres feststellen. Jetzt soll der Wal nach Husum geschleppt und zerlegt werden. Vor etwa zwei Wochen war schon einmal ein Fottwal in der Wesermündung gestrandet. In der vergangenen Woche wurde ein Zwergfinnwal vor der Insel Neuwerk das Niedrigwasser zum Verhängnis.

Weihnacht für Giftmischer

AP, Tokio

Die seit zehn Monaten im Raum Tokio aktive Expressbande, die mehrere Nahrungsmittelfirmen durch Vergiftung ihrer Produkte zu erpressen sucht, will von einem ihrer Opfer ein Lösegeld von umgerechnet 1,2 Millionen Mark erhalten haben. In einem Brief kündigten die Kriminellen jetzt einen Weihnachtsurlaub an. Die Polizei solle sich ausruhen, da sie nach dem 15. Januar wieder viel Arbeit erwarte.

48 000 Gefangene

AP, Wiesbaden

Die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in den 166 Strafvollzugsanstalten des Bundesgebietes lag am 31. März 1983, dem Stichtag der jüngsten Erhebung, bei 48 243 um 5,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Mit acht Prozent erhöhte sich die Zahl der Ausländer und Staatenlosen am stärksten. 44 Prozent der Einsitzenden wurden zu einer Haft bis zu einem Jahr verurteilt.

Feuer in Schießstand

dpa, München

Bei einem Brand in der Schießanlage des Münchner Polizeiverwaltungsamtes sind gestern zwei Arbeiter ums Leben gekommen. Während der Erneuerung des Bodenbelags hatte sich der Klebstoff durch ein elektrisches Gerät entzündet. Ein weiterer Arbeiter schwer in Lebensgefahr.

Einwohner kehren zurück

AP, Bhopal

Nach dem problemlosen Beginn der Giftneutralisierung sind gestern zahlreiche Einwohner von Bhopal wieder in ihre Häuser zurückgekehrt. Die für den Notfall über dem Werk kreisenden Hubschrauber wurden nicht benötigt.

Brandstiftung bei Siemens

rt, Frankfurt

Ein durch Brandstiftung verursachtes Feuer in einer Lagerhalle der Firma Siemens in Frankfurt Stadtteil Rödelheim hat gestern einen Sachschaden von zehn Millionen Mark verursacht. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann leicht verletzt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Sonder-Spielkarte-Kombination mitwöchentlich System Service 7006 / Zahlenlotto System Service 007 der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„Zwischen zwanzig und 40 reicht man am besten“. Überschrift einer AFP-Meldung über US-Forschungen zum Zusammenhang zwischen Alter und Geruchssinn.

Neue Schnellbahntrasse

Köln-Frankfurt in Stundenfrist / Anschluß nach Paris?

PETER ZERBE, Frankfurt

Im Jubiläumsjahr der Eisenbahn in Deutschland werden erneut Pläne für die Zukunft geschmiedet: Nach dem Vorbild unseres Nachbarn Frankreich soll auch in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000 eine reine Reisezug-Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Köln und Frankfurt entstehen. In der Hauptverwaltung der Bundesbahn beginnen jetzt Wissenschaftler und Eisenbahn-Ingenieure mit entsprechenden Untersuchungen.

Wie aus der Hauptverwaltung zu hören war, sind es Wünsche der Bonner Politiker, die den Ausschlag für das Projekt geben. „Damit ist noch nichts über die Realisierung gesagt, aber wir wollen den Fuß rechtzeitig in die Tür haben“, erklärte ein Experte gegenüber der WELT. Die 220 Kilometer lange Strecke soll dabei nach Möglichkeit ohne Zwischenhalt durchfahren werden. Die Reisezeit könnte dann bei Einsatz der neuen Höchstgeschwindigkeitszüge, die bis zu 250 Kilometer in der Stunde fahren sollen, weniger als 60 Minuten betragen. In Verbindung mit den anderen Neubaustrecken, Hannover-Würzburg (327 Kilometer), Mannheim-Stuttgart (99 Kilometer) und Karlsruhe-Basel (188 Kilometer) soll unter Umständen ein neues Fernnetz entstehen, das dann in etwa dem heutigen IC-Netz entspricht. Bei den bisherigen Neubaustrecken und den Ausbaustrecken werden zwar deren

Kurven begradigt und schienen-gleiche Bahnübergänge beseitigt, doch werden auf diesen Strecken auch Schnellzüge mit 120 Stundenkilometer verkehren. Die neue Superlinie Köln-Frankfurt hingegen ist nur für Reisezüge vorgesehen.

Damit nimmt die Bundesbahn erstmals in ihrer Geschichte Abschied vom gemischten Betrieb, also Reise- und Güterzüge zusammen auf einer Strecke. Für die schnellen Güterzüge sind entsprechende Ausweichmöglichkeiten vorgesehen. Bei den Untersuchungen für die neue Strecke Köln-Frankfurt wird davon ausgegangen, daß die reinen Reisezüge größere Steigungen bei gleichbleibender Geschwindigkeit bewältigen können. Das bedeutet, die Bahn muß weniger Geld für den Bahnkörper aufwenden. So manche lange Brücke kann dann niedriger und kürzer, also billiger werden. „Im Vergleich zu den anderen Neubaustrecken können wir dann voraussichtlich von erheblich geringeren Kosten ausgehen“, hieß es.

Als Planungsvariante wird angestrebt, und dies auch auf Bonner Wunsch, einen Anschluß nach Paris herzustellen. Dies soll entweder über Köln oder Frankfurt erfolgen und einen gemeinsamen Einsatz von französischen und deutschen Triebzügen ermöglichen. Die Züge müßten dann allerdings umgerüstet werden, damit beide auch die jeweils unterschiedlichen Stromsysteme nutzen können.

Also formulierte der Herr Studienrat eine wichtige Frage

DW, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete Herbert Werner, Oberstudienrat außer Diensten, formulierte folgendes Anliegen für eine Fragestunde des Deutschen Bundestags (Bundestagesdrucksache 10/2567, Frage 25):

„Hält die Bundesregierung Berechnungen für zutreffend, nach denen der von ihr geplante Steuerfreibetrag von 2484 DM jährlich je Kind und der ergänzende Kindergeldzuschlag bis zu 45 DM monatlich schwerwiegend für Erstkinder wirksam werden und im Ergebnis im Vergleich zum Leistungszustand des Familienlastenausgleichs in 1981 insbesondere zu erhöhten Entlastungen für Einkommensfamilien mit sehr hohen Einkommen führen, während Familien mit einem Kind mit bis zu mittleren Einkommen mit zwei Kindern mit bis zu hohen und mit drei und mehr Kindern mit bis zu höchsten Einkommen bei etwa gleich hoher Finanzmasse durch eine ausgewogene Kombination von Kindergeldenthebungen unter Befreiung der Einkommensgrenzen, bescheiden erhöhten Steuerfreibeträgen und Wohngebäudeverbesserungen wesentlich stärker entlastet werden könnten?“

Die Bundesregierung hat noch nicht geantwortet. Sie soll sich noch auf der Suche nach dem Sinn dieser Frage befinden. Der 41jährige Pädagoge unterrichtete früher in Uim Ge-schichte und Englisch.

LEUTE HEUTE

Entlassen

Der weltbekannte Kriminalautor Georges Simenon hat gestern die Universitätsklinik Lausanne verlassen. Wie die Klinikleitung mitteilte, sei Simenon nach der Operation eines gutartigen Gehirntumors wieder wohlhabend. Der seit 1955 in der Schweiz lebende belgische Schriftsteller wird im Februar 82 Jahre alt.

„Morbus Mohl“

Auch das Fernsehen kann Krankheiten übertragen, glaubt der Essener Kommunikationswissenschaftler Horst Merseheim. In seiner Doktorarbeit zum Thema Medizin und Fernsehen schildert er den „Morbus Mohl“, benannt nach dem Leiter der ZDF-Gesundheitsredaktion „Gesundheitsmagazin Praxis“, Hans Mohl. Die Krankheit äußere sich in zahlreichen Patienten, die am Tage nach der ZDF-Sendung in die Arztpraxen kämen und glaubten, sie hätten die geschilderten Krankheiten selbst.

Lotoglück

Vor acht Jahren gewann Erika Barhart in der Lotterie des US-Bundesstaates Maryland eine Million Dollar. Sofort ließ sich ihr Mann scheiden und bekam hohe Alimente sowie die Tochter zugesprochen, die Gerichts-kosten zahlte die Gewinnerin. Zwei teure Beinoperationen beinträchtigten darüber hinaus ihren heutigen Barkeeper-Job. Lakonischer Kommentar: „Hätte ich das geahnt, hätte ich den Schein zerrissen.“

Graf v. Galen verhaftet

Betrugsverdacht gegen früheren Bankmanager verdichtet

DW, Frankfurt

Unter dem dringenden Verdacht umfangreicher Betrugereien im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Privatbank Schröder, Münchener und Hengst (SMH-Bank) im Herbst 1983 ist der frühere persönlich haftende Gesellschafter der Bank und ehemalige Vorsitzende des Frankfurter Börsenvereins, Ferdinand Graf von Galen, am Sonntag nachmittag auf offener Straße in Frankfurt Bankenviertel festgenommen worden. Zur gleichen Zeit wurden auch der persönlich haftende ehemalige Gesellschafter der SMH-Bank, der 49jährige Hans Lampert, in seinem Haus in Kronberg sowie der zur Geschäftsführung gehörende 43jährige Wolfgang Stryg in Königstein festgenommen.

Unter anderem wird Galen und sel-

nen beiden Mitgesellschaftern von der Frankfurter Staatsanwaltschaft vorgeworfen, trotz eindeutiger Warnungen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und schwacher Sicherungen der inzwischen in Konkurs gegangenen Mainzer Baum-schneidengruppe IHB Kredite bis 950 Millionen Mark eingeräumt zu haben. Ferner sollen sie annähernd 500 Millionen Mark durch betrügerische Machenschaften zu Lasten von Refinanzierungsbanken beschafft haben.

Besonders schwerwiegend ist der Vorwurf, die SMH-Bank habe einen „Prospekt-Betrug“ begangen, indem sie versuchte, mit falschen Bilanzangaben an der Börse eingeführt zu werden.

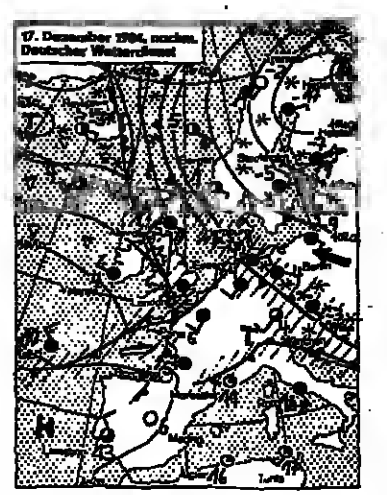
Galen hatte nach dem Zusammenbruch seiner Bank zunächst als vorbildlicher Schuldner gegolten, als er nach und nach 50 Millionen Mark aus seinem Privatvermögen zur Deckung dringender Verpflichtungen der Bank stoppte, was zu diesem Zeitpunkt noch möglich gewesen wäre. Unter anderem wird Galen und sel-



Auf offener Straße verhaftet: Ferdinand Graf von Galen. FOTO: WOLFF P. PRANGE

WETTER: Naßkalt

Wetterlage: Atlantische Tiefenlängs-linien überqueren Deutschland, die mitgeführte etwas mildere Meeresluft verdrängt im Laufe des Tages die in den Norden und Osten eingeflossene kalte Festlandsluft.



17. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

18. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

19. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

20. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

21. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

22. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

23. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

24. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

25. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

26. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

27. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

28. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

29. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

30. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

31. Dezember 1984, mittlere Wettervorhersage

Vorhersage für Dienstag:

Ostlich der Weser bedeckt, Niederschläge von Schnee in Regen übergehend, später Übergang zu wechselnder Bewölkung, vereinzelt Schauer. Temperaturen zwischen 2 Grad im Osten und 7 Grad im Westen. In der Nacht zum Mittwoch von Westen her Einbruch und Regen. Temperaturen im Westen 3, im Osten um null Grad, Straßengefrore. Mäßiger im Südweste blät frischer Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Unbeständig mit weiteren Regenfällen, naßkalt.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:			
Berlin	-4°	Kairo	15°
Bonn	-5°	Kopenh.	1°
Dresden	-1°	Las Palmas	19°
Essen	-4°	London	8°
Frankfurt	-4°	Madrid	8°
Hamburg	-4°	Mailand	6°
Liss./Sylt	-1°	Mailorca	-3°
München	-4°	Moskau	-9°
Stuttgart	-5°	Nizza	13°
Algier	16°	Oslo	-3°
Amsterdam	-4°	Paris	5°
Athen	15°	Prag	-2°
Barcelona	13°	Rom	18°
Brüssel	-5°	Stockholm	-5°
Budapest	-1°	Tel Aviv	17°
Bukarest	-1°	Tunis	19°
Helinski	-7°	Wien	-3°
Istanbul	-7°	Zürich	6°

Sonnenanfang* am Mittwoch: 8:24 Uhr, Untergang: 16:15 Uhr; Mondanfang: 4:35 Uhr, Untergang: 14:07 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Reue über die Autobahnvignette?

IRENE ZÜCKER, Genf

Gestern haben französische Lastwagenfahrer, unterstützt von Schweizer Kollegen, ihre angekündigte 24stündige Blockade schweizerisch-französischer Grenzübergänge für den Schwerverkehr durchgeboxt, dies aus Protest gegen die Schwerverkehrsabgabe, die sie vom kommenden Jahr an in der Schweiz bezahlen müssen.

Doch die Suppe wurde nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht worden war. Von den 68 Zollstellen wurden 20 Grenzübergänge für LKWs gesperrt, zwölf im Raum Genf und sechs bei Basel.

Bei den Zollämtern Richtung Italien, Österreich und Deutschland blieben die Blockaden aus. Die deutschen Lastwagenfahrer waren von ihrem Verband aufgefordert worden, an den Protestaktionen nicht teilzunehmen.

Die Blockade wurde von der Schweizer Regierung offiziell verurteilt; sie will auf jeden Fall an der Schwerverkehrsabgabe festhalten und sich durch Blockaden nicht unter Druck setzen lassen.

Doch die entschiedene Haltung der Regierung kann nicht darüber hinweghelfen, daß sich heute viele

Schweizer getäuscht fühlen. Sie vertreten die Ansicht, man habe dem Bürger vor der Volksabstimmung vom 28. Februar 1984 Sand in die Augen gestreut, indem dargelegt wurde, daß durch die Erhebung dieser neuen Steuer mit dem Ausland keine Schwierigkeiten entstünden.

Die Autobahnvignette wie die Schwerverkehrsabgabe wurden im Abstimmungskampf vor allem als eine von mehreren innenpolitischen Maßnahmen innerhalb eines Gesamtpaketes zur Sanierung der leeren öffentlichen Bundeskasse dargestellt, wobei von „Opfersymmetrie“ gesprochen wurde. Viele „Stimmbürger“, die sich auf italienischen und französischen Autobahnen über die happigen Abgaben ärgern, haben sich aus nationalem Bewußtsein heraus für die Bezahlung dieser neuen Schweizer Steuer entschieden, ohne die Tragweite der außenpolitischen Schwierigkeiten zu realisieren.

Erst nach der Abstimmung gab es für viele ein böses Erwachen. Vor allem durch die deutschen Proteste wurde vielen Eidgenossen erst richtig klar, wie stark ihr Entscheid dem gesamteuropäischen Willen für eine koordinierte Verkehrspolitik und der Gebührenabschaffung zuwiderlaufe.

Die Regierung muß sich heute den Vorwurf gefallen lassen, daß sie vor der Abstimmung die wirkliche Situation verschleierte und sich mit dem Ausland zu wenig abgesprochen habe. Doch Bern weist diesen Vorwurf zurück mit dem Hinweis, es habe zum Beispiel 1983 die europäischen Verkehrsminister und Brüssel informiert. Damals sei von den Nachbarstaaten zwar nicht mit „Begeisterung“ auf die geplante Verkehrsabgabe reagiert worden, doch niemand habe gewagt und versucht, die Vorlage zu stoppen, was zu diesem Zeitpunkt noch möglich gewesen wäre.

Heute liegt der Handlungsspielraum der Schweizer Regierung praktisch bei null. Sie ist ausführende Behörde eines Volksentscheides, einer neuen Verfassungsbestimmung. Diese könnte zwar durch eine parlamentarischen Vorstöße geändert werden – ein dornenvoller Weg von drei Jahren.

Die Schweizer fühlen sich in der Zwickmühle: Deutschland und Finnland haben offiziell gegen die Schwerverkehrsabgabe protestiert. Doch auch Frankreich will sich noch wehren und Italien überdenkt die Möglichkeit, Schweizer Lkw zu besteuern.

Araber können sich ihren Harem nicht mehr leisten

Statt viele Frauen auf einmal haben sie viele nacheinander

PETER M. RANKE, Kairo

Die Regierungen der arabischen Golfstaaten haben ihren Kampf gegen fremde, vor allem westliche Einflüsse verschärft. Schüler und Studenten in Saudi-Arabien sollen keine europäische Kleidung mehr tragen, Hotels keine Ausländer mehr beschäftigen. Damit dürften Filipinos und Pakistani, Südkoreaner und Singalesen ihren Arbeitskontrakt verlieren.

Die Regierung von Kuwait hat Hochzeiten zwischen Kuwaitis und ausländischen Mädchen untersagt. Bei den leichten Scheidungsgebühren im Islam sind verstoßene Ausländerinnen zu einem Problem in einem Scheitern geworden, in dem nur 35 Prozent der 150 000 Staatsangehörigen wirkliche Kuwaitis sind.

Auch andere Golfstaaten lassen keine ausländischen „Bräute“ mehr zu. Der saudische König Fahd hat die jungen Männer aufgefordert, einheimische Mädchen zu heiraten; sie seien ebenso hübsch wie die Ägypterinnen und zudem mit den saudiarabi-

bischen Tugenden vertraut. Scheich Abdul Aziz Ibn Baz hat in Mekka einen Fonds gegründet, der bis zu 7000 Dollar an junge Freier zahlt, die ein einheimisches Mädchen ehelichen.

In Qatar wird es ähnlich gehandhabt. Die Tatsache, daß am Golf so viele Ägypterinnen und Pakistani-Mädchen geheiratet werden, liegt in deren niedrigen Brautpreisen. Oman hat das Brautgeld auf höchstens 1800 Dollar festgesetzt.

In den „Vereinigten Emiraten“ müssen dagegen bis zu 70 000 Dollar bezahlt werden. Kein Wunder, daß vor allem Ägypterinnen bevorzugt wurden, die schon von Agenturen vermittelt werden.

Die arabischen Regierungen fürchten auch die sozialen Folgekosten, wenn der oft viel ältere Mann stirbt, oder die ausländische Frau verläßt. Vor allem Männer über 60 heiraten ausländische Mädchen unter 20, um sie bald wieder zugunsten einer neuen Frau zu verstoßen. Das ist billiger als ein Harem. (SAD)

